



21. Heft | 12. Oktober 1911

## JOHANNES TIMM · RÜCKBLICK AUF DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG 1911

**U**BER das erfreuliche Ergebnis einer fruchtbringenden organisatorischen und agitatorischen Arbeit konnte auf dem Parteitag in Jena der Parteivorstand Bericht erstatten. Die Mitgliederzunahme der Partei war im letzten Jahr die höchste, die jemals zu verzeichnen war: 16,18 % gegen 13,69 im Vorjahr. Aber nicht bloß in den nackten Zahlen zeigt sich der stetige Aufstieg der Partei. Überall wurde eine lebendige Werbearbeit für die Machterweiterung der Sozialdemokratie entfaltet. Auch der Bericht über die Frauenbewegung war erfreulich; er gab ein deutliches und gutes Bild von dem geistigen Leben und der praktischen Wirksamkeit der weiblichen Mitglieder innerhalb der Partei. Die sozialistischen Frauen beteiligten sich lebhaft an allen Kämpfen für die Erweiterung der politischen Rechte und waren auf dem Posten, wo es galt die besonderen Angelegenheiten der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes wurde gründlich behandelt, der Kinderschutz überall propagiert. Besondere Kinderschutzkommissionen entfalteten in 135 Orten Deutschlands ihre Tätigkeit. Die proletarische Jugendbewegung zeigte überall erfreuliche Fortschritte, trotz des vereinten Bemühens der Bürokratie, der Schule und Kirche, der Polizei und der Gerichte diese Bewegung einzudämmen oder gar zu vernichten. Bedeutende Erfolge hat die Partei bei den Reichstagsnachwahlen, den Landtags- und Gemeindewahlen errungen. Und die Kampfeswaffe des Proletariats, die Parteipresse, hat eine weitere Verbreitung unter der Arbeiterklasse Deutschlands erhalten. Wahrhaftig, jeder Parteigenosse, der den Bericht des Parteivorstands an den Jenaer Parteitag mit Interesse verfolgte, wird mit Freude den weitem Aufstieg der Partei empfinden. Das unausgesetzte Mühen vieler Tausende von Arbeitern neue Anhänger zu gewinnen hat einen schönen Erfolg gebracht. Die rastlose Werbetätigkeit der Partei in allen ihren Gliedern ist die beste Begründung der Prognose, daß die kommenden Reichstagswahlen die Scharte von 1907 ausweiten werden. Unter diesem Eindruck hat der Parteitag in Jena getagt.

Dieser Eindruck wird auch nicht dadurch verwischt, daß einige Elemente der Partei in recht ungeeigneter Weise Vorsehung zu spielen versuchten. Es soll durchaus nicht getadelt werden, daß an den Bericht des Parteivorstands sich

eine scharfe Debatte knüpfte. Auch über den Ton kann man verschiedener Meinung sein, obwohl doch eigentlich schon der rein taktische Gesichtspunkt, daß unsere Gegner bei den uns fern stehenden Arbeitermassen mit Erfolg den Ton unter Parteigenossen zur Abwehr gegen die Sozialdemokratie verwerten, nicht ganz außer acht gelassen werden sollte. In diesem Punkt wird man schwer etwas allseitig Befriedigendes finden. Das Aushilfsmittel des Genossen K. Kautsky scheint mir auch nicht das richtige zu sein. K. Kautsky will nach seiner Besprechung des Parteitags in der *Neuen Zeit* beim Ausfechten von Meinungsverschiedenheiten einen Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen der Partei gemacht wissen. Er unterscheidet zwei Gruppen: »Die einen sind durch Verschiedenheiten des Standpunkts bedingte; sie sind grundsätzliche, die bei den mannigfachsten Gelegenheiten immer wieder auftreten. Daneben gibt es aber auch gelegentliche Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Leuten gleichen Standpunkts auftauchen, wenn sie vor komplizierte Erscheinungen gestellt werden, und jeder an sie mit anderen Informationen, anderen Mitteln geistiger Schulung oder auch nur anderm Temperament herantritt.« Daraus folgert er nun: »Das Ausfechten der Meinungsverschiedenheiten der erstern Gruppe führt leicht zu Gereiztheit und Erbitterung, denn es sind immer die selben Leute, die einander da bei jeder Gelegenheit gegensätzlich gegenüber treten. Der Gegner von heute war der Gegner von gestern und wird der Gegner von morgen sein. Ganz anders steht es mit dem Ausfechten der Meinungsverschiedenheiten der zweiten Gruppe. Sie beruhen ja nur auf subjektiven Verschiedenheiten für den besondern Fall. Der Gegner von heute ist der Waffengefährte von gestern und wird der von morgen sein. Die Austragung der Differenz wird da ein freundlicher Austausch von Meinungen, ein bloßer Versuch sich gegenseitig zu überzeugen.« Mir scheint diese Unterscheidung etwas sehr künstlich konstruiert. Innerhalb einer großen Partei wie die Sozialdemokratie gibt es und wird es immer Meinungsverschiedenheiten über die einzelnen Fragen geben. Der Sozialismus will diese Fragen wissenschaftlich zu lösen versuchen. Das führt zu Auseinandersetzungen, die sachlich sein können, eigentlich müßten, gleichviel auf welchem Standpunkt der einzelne Parteigenosse steht. Aber innerhalb des Parteiganzen hat der einzelne sich in dem Ausfechten der Meinungsverschiedenheiten so zu verhalten, daß die Parteigenossenschaft keinen Schaden leidet. Das ist es, worauf es ankommt. Und hierin könnten manche Parteigenossen von den Vertretern der deutschen Gewerkschaften lernen. Die Reibungsflächen innerhalb der Gewerkschaften sind sicher anderer Art als die innerhalb der Partei; aber sie sind zweifellos nicht geringer. Dennoch verstehen es die Gewerkschafter aber auf ihren öffentlichen Veranstaltungen den Ton einer echten Waffenbrüderschaft zu finden, nicht zum Schaden des Gewerkschaftsganzen.

Kehren wir nach dieser kurzen Abschweifung zu unserm Gegenstand zurück. In Jena war, wie gesagt, weniger der Ton der Debatte mit dem Parteivorstand zu bemängeln. Ich bin vielmehr der Meinung, daß dort selbst wenig gegen den Ton der Auseinandersetzungen gefehlt ist. Dieser Fehler wurde aber in den Auseinandersetzungen vorher in der Parteipresse begangen. Die unangenehme Erscheinung war, daß die Personenfrage dabei eine bestimmte Rolle spielte. Also nicht die Sachlichkeit der Gründe, sondern das Menschliche, Allzumenschliche. Den Nachklang dessen hörte man in Jena. Die Masse der Parteigenossen kann es nicht verstehen, weshalb Parteigenossen, die sich in der nächsten Umgebung des Parteivorstands befinden, sich bei bestimmten

Differenzpunkten nicht in parteigenössischer Weise direkt mit dem Parteivorstand zu verständigen suchen.

Man mag über die Marokkofrage denken wie man will, jedenfalls muß man anerkennen, daß sie in ihrer Zuspitzung dem Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei eine große Verantwortlichkeit auferlegte. Ich habe die Überzeugung, daß der Parteivorstand in allen Phasen der Entwicklung der Marokkofrage in diesem Sommer seine volle Pflicht getan hat. Unter diesem Eindruck stand auch die überwiegende Mehrheit des Parteitags in Jena. Die Parteigenossen, die ein besonderes Urteil in den verwickelten Fragen der auswärtigen Politik haben oder zu haben glauben, hätten der Parteileitung mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihre Vorschläge ihr direkt unterbreiten sollen. Allein in den Fragen wichtiger Parteientscheidungen darf man aus Gründen der allgemeinen Geschlossenheit der Parteileitung nicht öffentlich in den Rücken fallen. Ein gewisses Maß der Zurückhaltung ist doch unseren Gegnern gegenüber geboten. Auch hierin könnten gewisse Parteigenossen von der bewährten Kampfeskunst der Gewerkschaften lernen.

Die Marokkopolitik zwingt noch zu einer andern Betrachtung. In seiner bedeutsamen Rede auf dem Parteitag in Jena hat August Bebel betont, »daß Deutschlands Handel und industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen müsse wie die jedes andern Staats, daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfechten dürfen, daß keiner dem andern vorgezogen wird, keiner seine Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen«. Ich fasse diese Stelle der Rede Bebels so auf, daß es der deutschen Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein kann, in welcher Richtung sich die Marokkopolitik entwickelt. Würde Deutschlands Handel und industrielle Entwicklung in Marokko zurückgedrängt, die Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko seine Interessen zu verfechten gehemmt, so wäre das nach Bebels Ansicht verkehrt. Ohne momentan weitere Schlußfolgerungen an diese Betrachtung zu knüpfen, scheint sie mir aber doch die Auffassung zu stützen, daß die Sozialdemokratie sich mehr als bisher praktisch mit den Vorgängen der auswärtigen Politik beschäftigen müsse. Die Marokkofrage beunruhigt die internationale Lage seit Jahren. Ständig bildete sie die Gefahr eines schreckensvollen europäischen Krieges. Die internationale Sozialdemokratie hat sich mit diesem Problem sehr wenig eingehend beschäftigt. Wie wichtig wäre es gewesen eine objektive und eingehende Darlegung der Verhältnisse vom Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie zu geben, um Aufklärung unter die proletarischen Massen zu verbreiten, wo, bei welcher Regierung die Quelle der Gefahren liegt. Wenn die verantwortlichen Vertreter der internationalen Sozialdemokratie gemeinschaftlich eine solche Darlegung gegeben hätten, so wäre das eine Waffe in dem Kampf des Proletariats für die Aufrechterhaltung des Friedens. Man könnte sich dann mit besonderer Wucht gegen den Friedensstörer wenden. Wenn diese Lehre aus den internationalen Vorgängen — wie beispielsweise dem Krieg zwischen Italien und der Türkei, der jetzt plötzlich um Tripolis ausbrach — gezogen wird, so vermag das den Einfluß und die Wirksamkeit der Sozialdemokratie als Friedenspartei wesentlich zu stärken. Der Jenaer Parteitag hat durch die einstimmige Annahme der Resolution zur Marokkofrage klar den Willen der deutschen Sozialdemokratie bekundet. Der Genosse Dr. David konnte mit Recht betonen, daß es in der Frage der internationalen Solidarität

gegenüber der Kriegshetze keine Richtungsunterschiede gibt. Schließlich wurden auch sämtliche Anträge, die die Haltung des Parteivorstands in der Marokkofrage tadelten, zurückgezogen.

Neben der Marokkofrage war die Stellungnahme zu den kommenden Reichstagswahlen der wichtigste Punkt der Tagesordnung des Parteitags. Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen und die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei hierzu hat Genosse Bebel trefflich beleuchtet. Unsere Hauptaufgabe wird es sein den konservativ-klerikalen Block zu sprengen. Die vom Parteitag angenommene Resolution des Parteivorstands zeichnet ausführlich die Richtlinien für die Stichwahlen. Die konservative und Zentrumspresse hat durch den Ärger und den Zorn, mit dem sie von dieser Parole Kenntnis nahm, selber bekundet, was die Stellungnahme der Sozialdemokratie für sie bedeutet. Wenn die rechtsstehenden Liberalen noch immer nicht begreifen wollen, wohin die politische Strömung in Deutschland drängt, so schaden sie nur sich selber. Die Masse des deutschen Volkes scheint zu wissen, wohin der Weg führt.

Der parlamentarische Bericht brachte keine besonderen Ausstellungen an die Haltung der Reichstagsfraktion. Es konnte angenommen werden, daß sich eine größere Auseinandersetzung an die Haltung und Abstimmung der Reichstagsfraktion zur elsass-lothringischen Verfassung anschließen würde. Daß es nicht geschah, ist ein Beweis dafür, daß die Parteigenossen überall begriffen haben, weshalb die Fraktion trotz aller Bedenken sich schließlich in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Verfassung und für das Wahlgesetz erklären mußte. Über die Reichsversicherungsordnung und den bekannten Verlauf der Reichstagsberatungen gab das Referat Molkenbuhrs in großen Zügen einen Überblick. Die Annahme der von der Frauenkonferenz beschlossenen Resolution faßt die Aufgaben der Partei zur Mutter- und Säuglingsfürsorge zusammen.

Ob die Beschlüsse zur Frage der Maifeier eine glücklichere Lösung bedeuten als die in Nürnberg gefaßten, wird sich in der Praxis zeigen müssen. Mir scheint, daß nicht die nötige Unterscheidung getroffen wurde. Handelte es sich in der Durchführung des Beschlusses in Jena nur um die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, so wäre die Sache relativ einfach. Vielleicht kommen neue Schwierigkeiten, die nur geeignet sein können die Maifeier selbst wesentlich zu beeinträchtigen.

Fasse ich das Gesamtergebnis des Jenaer Parteitags zusammen, so komme ich zu dem Schluß, daß seine Arbeiten als durchaus zufriedenstellend gelten können. Die Partei hat ihre Angelegenheiten so geregelt wie es die politischen Verhältnisse erfordern. Es gilt jetzt fruchtbringende Arbeit zu leisten.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · REORGANISATION DER PARTEILEITUNG



UF dem Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist eine Kommission eingesetzt worden, die die Frage prüfen soll, ob die Parteileitung einer Reorganisation bedürftig sei, und in welcher Weise diese im Bejahungsfall zu geschehen habe. Der Antrag dazu ging, wie man weiß, von Mitgliedern des äußersten linken Flügels der Partei aus, die mit dem Parteivorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung:

unzufrieden sind oder waren, erfuhr aber von diesem keinen Widerspruch sondern noch eine Art wohlwollender Empfehlung. In der Tat kann man die Frage ganz ohne Bezugnahme auf die Streitigkeiten prüfen, die zu dem Antrag Anlaß boten. Sie haben mit ihr nur so viel Zusammenhang als sie zur Ursache wurden, daß der Antrag von *radikaler* Seite gestellt wurde. Er hätte aber auch von reformistischer Seite gestellt werden können; denn schon vor Jahren haben Vertreter des reformistischen Flügels der Partei, Vollmar, David und andere, die Frage einer Reform der Zusammensetzung der Parteileitung erörtert. Allerdings unter anderen Gesichtspunkten als die Antragsteller in Jena.

Die Unzufriedenheit der Vertreter der äußersten Linken mit dem Parteivorstand haftet im wesentlichen an Personen. Die Mehrheit der jetzigen Vorstandsmitglieder sind ihnen zu sehr *Leute der Mitte*, wenn sie ihnen nicht gar der Hinneigung zum rechten Flügel verdächtig sind. Nun hatte ja auf jeden Fall der Parteivorstand eine Ergänzung zu erfahren, ein Ersatz für unsern Paul Singer war unbedingt zu wählen. Aber mochte dieser Ersatz noch so sehr nach den Wünschen der Antragsteller ausfallen, so erschien eine Person unter den gegebenen Umständen ihnen doch zu wenig den, sagen wir: Ton des Parteivorstands zu ändern. Ich glaube dem Genossen Dittmann-Solingen nicht unrecht zu tun, wenn ich die Vermutung ausspreche, daß Erwägungen dieser Art für ihn mitbestimmend waren, als er eine sehr bedeutende Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder für nötig erklärte. So wenig diese Motive mit den meinen übereinstimmen, so kann ich unter ihrer Voraussetzung dem Vorschlag immerhin eine innere Vernunft zuerkennen. Aber nur unter dieser Annahme. Denn welche vernünftigen Gründe sonst für die große Vermehrung der Beisitzer des Parteivorstands sprechen sollen, ist schwer erfindlich. Irgendeine Beschwerde, daß der Parteivorstand in quantitativer Hinsicht hinter seinen Aufgaben erheblich zurückgeblieben sei, ist nicht laut geworden. Seien wir offen zu einander: Es handelt sich um Qualitäten. Wobei es allerdings fraglich ist, wie das Hegelsche Gesetz, wonach Quantität Qualität wird, in diesem Fall sich realisieren würde.

Was kann eine so starke Vermehrung der Vorstandsmitglieder, wie Dittmann und Genossen sie angeregt haben, an der Leistungsfähigkeit des Parteivorstands ändern? Daß sie ihn zu einem schneller arbeitenden Körper machen würde, ist sehr unwahrscheinlich, das Gegenteil das Wahrscheinlichere. Aus je mehr Personen eine Verwaltungsinstanz besteht, um so schwerfälliger arbeitet sie. Das ist eine überall gemachte Erfahrung. Wo immer man hierin aus doktrinären oder anderen Rücksichten ein gewisses Maß überschritt, ob es sich um die Leitung von Staaten, Parteien oder Wirtschaftsverbänden handelte, ist man durch die machtvolle Sprache der Notwendigkeit dazu genötigt worden, wenn die Maschine nicht rosten sollte, entweder Amputationen vorzunehmen oder aus dem großen Verwaltungsausschuß einen engeren als die eigentliche Leitungsinstanz auszuschneiden, sozusagen dem Vorstand einen Oberverband überzuordnen. Ein Beispiel dafür aus der Staatengeschichte ist England, über dessen vielköpfigem Ministerkollegium das in keinem Gesetzesakt vorgesehene oder anerkannte Kabinett als *Ausschuß des Ausschusses* die faktische Oberleitung des britischen Reichs führt. Aus der Verfassungsgeschichte der politischen Parteien liefert ganz besonders Frankreich lehrreiche Beispiele, und wie es in der Gewerkschaftsbewegung dort

aussieht, wo die Vollziehungsinstanzen ganze Körperschaften sind, kann man wiederum in England studieren. Jede Vermehrung der Kopfzahl einer Behörde über das Notwendige der Funktion hinaus heißt Mechanisierung und Bürokratisierung ihres Betriebs.

Nun nimmt allerdings der Dittmannsche Vorschlag auch auf die Funktion Bezug, indem er den Vorstand nach Arbeitsgebieten oder Ressorts organisiert wissen will: so viel Ressorts, so viel Mitglieder oder Sekretäre. Das hätte einen gewissen Sinn, wenn der Vorstand eine größere Zahl von ganzen Ämtern mit ihrem Personal direkt zu leiten hätte. Dann würde man sagen können: für jedes Amtsbureau ein Vorstandsmitglied als Leiter. Davon ist aber bei uns nicht die Rede. Wenn das Wachstum und die Erweiterung des Arbeitsfelds der Partei dem Vorstand Mehrung der Aufgaben gebracht hat, so hat dagegen die organisatorische Entwicklung der Partei Entlastung des Vorstands von einem Teil derjenigen Arbeiten zur Folge gehabt, die früher vornehmlich von ihm besorgt wurden. Der ursprünglich so ausgeprägte Zentralismus der Partei hat Schritt für Schritt mit ihrem großen Wachstum notwendigerweise einer immer stärkern Beimischung von föderalistischen Einrichtungen Platz machen müssen, und so fällt heute Landesvorständen und Provinzialsekretariaten sowie Spezialausschüssen verschiedener Art vieles von den früheren Aufgaben des Vorstands der Gesamtpartei zu. Weniger als je darf dieser daher die Züge eines Kollegiums von Fachministern annehmen, in dem Ressortinteresse gegen Ressortinteresse kämpft. Er soll die zusammenfassende Instanz der Partei sein, die in all ihren Entschlüssen und Maßnahmen nur vom Blick auf das große Ganze der Bewegung geleitet wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß seine Mitglieder unter sich Arbeitsteilung vornehmen, Verteilung eines Teils ihrer Arbeiten nach bestimmten verwaltungstechnischen Gesichtspunkten. Aber solche Arbeitsteilung und die Konstituierung des Vorstands auf Grund vorgezeichneter Ressorts sind zwei grundverschiedene Dinge. Die eine läßt das Einheitsbewußtsein unbeeinträchtigt, die andere ist geeignet es durch Amtsstubengeist zu schädigen. Für das sachliche Arbeiten des Vorstands sind von dieser Art *Reorganisation* nur Nachteile zu gewärtigen.

Eine wesentlich andere Frage ist, ob man die ganze Bildung des Parteivorstands nicht nach anderen Verfassungsgrundsätzen vornehmen soll als bisher. Wie er bisher gewählt wurde: von den Delegierten des Parteitags nach dem einfachen Mehrheitsprinzip, entsprach er auch in seinem Ursprung dem zentralistischen Gedanken. Das begriff aber die Möglichkeit in sich, daß er unter Umständen das Organ einer bestimmten Fraktion der Partei werden konnte, die im Verfolg besonderer Ereignisse eine so große Mehrheit auf dem Parteitag erlangt hatte, daß sie völlig frei war ausschließlich Personen ihrer Schattierung zu ernennen und leidenschaftlich genug diese Möglichkeit voll auszunutzen. Wenn es bisher niemals geschehen ist, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß der Parteistreit bisher noch nie die Mehrheit der Delegierten stark genug erfaßt hat, um die in der Partei, wie auch sonst in der Arbeiterbewegung, bestehende Abneigung gegen das Wegwählen verdienter Persönlichkeiten zu besiegen. Es ist aber bekannt, daß man auf einigen Kongressen doch ziemlich nahe an solchem Spiel der Leidenschaften war, und jedenfalls ist, soweit dabei der gegenwärtige Wahlmodus in Betracht kommt, gegen eine mindestens zeitweilige Mehrheits Herrschaft in der Partei mit all den üblen Nebenwirkungen einer solchen keine Sicherheit gegeben.

Was aber soll man an seine Stelle setzen? Etwa einen andern Wahlmodus? Gegen die Wahl des Parteivorstands durch *Urabstimmung* in den Mitgliedschaften spricht so unendlich viel, daß ich keinen Parteigenossen, der seine fünf gesunden Sinne hat und die Geschichte der persönlichen Plebiszite kennt, für fähig halte sie in Vorschlag zu bringen. Verhältnismäßig wiederum ist nur da angebracht, wo organisierte Parteien bestehen, und daß eine Bildung von organisierten Fraktionen innerhalb der Partei zur dauernden Einrichtung werde, werden nur sehr wenige Parteimitglieder wünschen. Es wird zwar immer zu unterscheidende Strömungen in der Partei geben, einen rechten und einen linken Flügel und zwischen ihnen eine Mittelströmung, aber es ist keineswegs als unvermeidlich zu gewärtigen oder gar als vorteilhaft herbeizusehnen, daß sie sich zu abgegrenzten Fraktionen verdichten. Die für ein gesundes Leben der Partei so notwendige Freiheit des Urteils würde gerade bei wichtigen Entscheidungen Gefahr laufen dem Interesse von Fraktionen der Partei aufgeopfert zu werden. Heute rechnen sich wohl Parteimitglieder im allgemeinen einem bestimmten Flügel zu, behalten sich aber in ihrer großen Mehrheit vor je nachdem bei Abstimmungen sich von ihm zu trennen. Die Grenzen sind für die große Masse der Genossen nicht so stark gezogen, daß darüber das Gefühl der Zusammengehörigkeit Eintrag erlitt. Ganz anders, wenn die Fraktionen dauernde Einrichtungen der Partei würden. Da würde bald die eine und bald die andere Abstimmung zur *Machtprobe*, und mit der Freiheit des Urteils, dem gegenseitigen Überzeugen in den Debatten der Parteitage wäre es vorbei.

Was hat zum Beispiel die in Jena so heftig erörterte Frage, ob der derzeitige Parteivorstand in der Marokkofrage zur rechten Zeit eingegriffen hat, mit dem Gegensatz *Radikalismus und Revisionismus* zu tun? Sachlich gar nichts. Man kann firmer Revisionist und der Ansicht sein, der Vorstand habe den rechten Moment verpaßt, man kann aber meines Erachtens selbst als *Ersradikaler* mit mir der Ansicht sein, daß der Parteivorstand und mit ihm das internationale sozialistische Bureau in die lächerlichste Situation von der Welt gekommen wären, wenn sie unmittelbar, nachdem der *Panther* in Agadir eingelaufen, zusammengetreten wären. Was hätte man denn in jenem Moment beschließen können, ohne den Eindruck des bloßen Theaterdonners hervorzurufen, wie einst die pompösen Proklamationen des *Zentralkomitees der europäischen Demokratie* von 1850 seligen Angedenkens? Muß man sich nicht gerade vom Standpunkt des entschiedenen Radikalismus hüten in den Fehler der voreiligen Manifeste und der auf nichts als Vermutungen gestützten Aufrufe zu verfallen? Kann man nicht auch von jenem Standpunkt aus begreifen, daß sich Demonstrationen nicht zu schnell wiederholen, nicht ins Blaue hinein veranstaltet werden dürfen, sollen sie sich nicht abnutzen, vor Freund und Feind als *Blendwerk* erscheinen und dann im entscheidenden Moment die nötige Wirkung verfehlen? Kurz, es ist eine reine Frage der Abschätzung von *Tatsächlichkeiten*, über die der Jenaer Parteitag in diesem Punkt zu befinden hatte, und die große Mehrheit der Delegierten hat denn auch im richtigen Gefühl sie als eine solche behandelt. Wie anders, wenn sich das Fraktionswesen eingenistet hätte, und der Streit als Angelegenheit der *Fraktionen* vor den Parteitag gekommen wäre. Von einer unbefangenen, nur sachlichen Gründen folgenden Beurteilung wäre dann nicht mehr die Rede gewesen. Und eben so leicht in Fällen, wo noch wichtigere Entscheidungen zu treffen sind. Es überwiegt denn auch bis weit in die extremen Flügel der

Partei hinein die Ansicht, daß man das Fraktionswesen nicht überwuchern lassen soll. Ohne Fraktionen aber hat die Verhältniswahl keine Substanz zur Grundlage.

Trotzdem ist ein anderes System der Bildung des Parteivorstands denkbar als das jetzige, denkbar und durchführbar. Es wäre dies die Wahl auf Grundlage des Territorialprinzips oder die föderalistische Zusammensetzung. Für sie läßt sich manches Triftige ins Feld führen. Die föderalistische Gliederung spielt in unserm Parteileben eine große und durch das Organisationsstatut ausdrücklich genehmigte oder sogar vorgeschriebene Rolle. Die örtlichen Vereine der Partei gliedern sich nach Reichstagswahlkreisen, die Wahlkreisorganisationen nach Provinz- und Landesverbänden, und das Parteistatut überweist im § 3 den Landesorganisationen für ihr Gebiet die »selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten«. Und dieser Paragraph ist kein toter Buchstabe. Die Landesorganisationen haben ihre eigenen Vorstände, halten eigene Kongresse ab und haben neben der Unterhaltung der Propaganda- und Werbearbeit in ihrem Landesteil, die sich grundsätzlich von der im übrigen Reich entfalteten Werbearbeit nicht unterscheidet, noch eine Reihe Aufgaben zu erfüllen, die durch die Besonderheit der bei ihnen obwaltenden politischen Zustände je nachdem sich anders zuspitzen. Es ist daher kein unmöglicher und auch kein unerhörter Gedanke — denn lange Jahre war zum Beispiel die sozialistische Arbeiterpartei Frankreichs auf dieser Basis organisiert, und der *Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* sowie der *Ausschuß der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands* von 1875 bis 1878 sahen ähnlich aus — den Vorstand der Gesamtpartei aus Delegierten der Landesorganisationen zusammenzusetzen. Wiederholt ist auch schon von der einen oder andern Seite das Bedürfnis nach einer solchen Vertretung der Landesorganisationen im Parteivorstand lebhaft geäußert worden. Und in bestimmten Fällen würde sie vielleicht sehr gut wirken. Die heftigen Szenen des Nürnberger und Magdeburger Parteitags wären der Partei bei einer solchen Organisation des Gesamtvorstands möglicherweise erspart geblieben.

So sehr ich das anerkenne, so wenig kann ich mich jedoch für diese Änderung erwärmen. Den Vorteilen, die sie gewähren kann, würden Nachteile gegenüberstehen, die erheblich schwerer ins Gewicht fallen. Schon die eine Frage, welche Gestalt bei ihr der Parteivorstand annehmen würde, zeigt es. Da man nämlich bei der Verteilung der Delegationsmandate doch unbedingt die Mitgliederstärke der verschiedenen Organisationen berücksichtigen, die Delegation zahlengerecht gestalten müßte, würde der Vorstand alsdann eine ähnliche Gestalt erhalten wie jetzt — der deutsche Bundesrat. Alles, was oben über die Schwerfälligkeit großer Verwaltungskörper gesagt worden ist, würde auf ihn zutreffen. Er müßte entweder gegen das Prinzip der Vertretung nach Kopfzahl verstoßen, also einem Grundsatz unseres Parteiprogramms ins Gesicht schlagen, oder — trotz Zusammenwerfens der ganz kleinen Staaten zu Staatsverbänden — ein Körper von womöglich 30 bis 40, wenn nicht mehr Delegierten werden. Die könnten natürlich nicht das ganze Jahr in Berlin sitzen sondern müßten einer kleinen Zahl aus ihrer Mitte die Führung der laufenden Geschäfte übertragen, und das Ende wäre neben einer schwerfälligen und kostspieligen Maschine ein *geschäftsführender Ausschuß*, der sich vom Parteivorstand in seiner jetzigen Gestalt kaum mehr als dem Namen nach unterscheiden würde.

Denn man muß nicht glauben, daß dieses Wahlverfahren etwa einen häufigern Wechsel im Personal des Vorstands oder Ausschusses verbürgte als das jetzige. Bei jedem leidlich verständigen Wahlsystem wird die Partei ihre Beamten, die sich bewährt haben, so oft wie möglich wiederwählen. In der sozialdemokratischen Partei Eisenacher Programms hatten wir, um die Demokratie zu sichern, das System der *Vororte*, die nach dem Statut alljährlich vom Kongreß zu bestimmen waren und den Ausschuß zu bestellen hatten. Der Gedanke vieler war dabei womöglich jedes Jahr einen andern Vorort und mit ihm einen neuen Ausschuß zu erhalten, so daß sich kein ständiges Führerpersonal ausbilden könne. Aber es kam anders. Kaum hatte die Partei die Schläge von 1870 überwunden, und hatten sich Aug. Geib und Th. York als Ausschußmitglieder eingearbeitet und bewährt, da wurde ihr Wohnsitz, Hamburg, auf jedem Kongreß unrettbar wieder zum Vorort der Partei bestimmt. Nicht wegen der schönen Lage der Elbestadt, sondern weil die Partei in ihrer großen Mehrheit Geib und York nicht missen wollte. Schon in Eisenach /1873/ und noch mehr in Koburg /1874/ ging das manchem wider die Kleiderordnung. Aber der Gedanke, daß man eingeschulte Beamte nicht fahren läßt, um uneingeschulte an ihre Stelle zu setzen, trug jedesmal den Sieg davon.

Dennoch ist es nicht notwendig das territoriale oder föderalistische Prinzip bei der Zusammensetzung der Parteileitung ganz zu vernachlässigen. Es hat seinen legitimen Anspruch auf Berücksichtigung bei der Zusammensetzung der Parteibehörden. Nur ist die richtige Körperschaft dafür nicht der Parteivorstand sondern die *Kontrollkommission*. Obwohl es im Parteistatut nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, hat man in der Praxis schon bisher auf den Parteitag bei der Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission darauf geachtet dem territorialen Gedanken Rechnung zu tragen. Es ist von Anfang an Regel gewesen die Kontrolleure der Partei aus den verschiedenen größeren Gebietskomplexen, in die man Deutschland für diesen Zweck einteilte, zu nehmen. Nun kann aber sehr wohl die Frage gestellt werden, ob es nicht an der Zeit ist in Hinblick auf den ganzen organischen Ausbau der Partei auch in diese Sache etwas mehr System zu bringen, nicht nur die zu Wählenden sondern auch ihre *Wähler* hier territorial zu bestimmen. Denn heute sind in dieser Hinsicht allerhand Diskrepanzen möglich. Der Besuch der Parteitage wird ein immer stärkerer — in Jena waren es gegen 400 Teilnehmer —, und die Verständigung der Masse der Delegierten unter einander über vorliegende Anträge, Wahlvorschläge und dergleichen immer umständlicher, wenn nicht unmöglich. Selbst die erfahrensten Kongreßparlamentarier sind oft nicht in der Lage die Tragweite von Anträgen auf den ersten Blick zu übersehen. Ein großer Körper ohne Gliederung ist immer der Möglichkeit ausgesetzt unter dem Einfluß von Augenblickserregungen zu handeln oder unbewußt von Konventikeln geleitet zu werden. Beides so unwünschenswert wie nur möglich. Da sind nun unter dem Druck des praktischen Bedürfnisses mit der Zeit ohne besondern Kongreßbeschuß Organe geschaffen worden, die sich als geeignet erwiesen haben den Mangel abzustellen, die sogenannten *Landmannschaften*: aus den Delegierten bestimmter größerer Landesgebiete gebildete Abteilungen, die zur Vorberatung von Anträgen, Wahlen etc. nach Bedürfnis zusammentreten. Sie sind nicht ausdrücklich vom Parteistatut anerkannt, aber ihre Existenz ist allgemein bekannt und wird als wirkend vorausgesetzt. Sie entsprechen den Abteilungen des Reichstags und anderer staatlicher Parlamente, nur daß ihre Zusammensetzung nicht durch das Los sondern eben durch das Territorialprinzip be-

stimmt wird. Für das, worauf es hier ankommt, ist dieser Unterschied unwesentlich, das Wichtige ist, daß diese Gruppierung keinen parteifraktionellen Charakter trägt.

Wie nun die Dinge liegen, und wie es auch kaum anders sein kann, wird zwar je nach den Landesgebieten in den einen Landsmannschaften das *radikale*, in anderen das reformistische Element überwiegen, aber das verschlägt nichts. Entscheidend ist, daß kaum eine Landsmannschaft so ausschließlich aus Delegierten einer einzigen Richtung zusammengesetzt sein wird, um den Charakter eines Organs für Parteigenossen ohne Unterschied der Fraktion zu verlieren und den von Fraktionskonventikeln anzunehmen. Es steht also nichts im Weg bei der Wahl der Parteikontrolleure die Einrichtung der Landsmannschaften grundsätzlich und offiziell in Anspruch zu nehmen. Faktisch haben sie bisher schon dabei ihre Rolle gespielt, aber das geschah eben inoffiziell, so daß neben ihnen und im Widerspruch mit den Regeln eines gesunden demokratischen Föderalismus unter Umständen Fraktionsleidenschaft das Prinzip der Mehrheitsherrschaft in schroffer Anwendung in die Wahl hineinspielen lassen und Widersinnigkeiten in der Vertretung herbeiführen kann. Es ist daher nicht überflüssig, daß die Kommission für die Reorganisation der Parteileitung sich auch mit der Frage befaßt, ob es angezeigt, und durch welche Mittel es möglich wäre der Kontrollkommission mehr als bisher den Charakter einer Instanz zu geben, in der der Grundsatz der föderativen Vertretung der Parteimitgliedschaften zu seinem vollen Recht kommt. Wenn das nicht zu erzielen ist, ohne die Zahl der Mitglieder der Kommission zu vermehren, so darf daran erinnert werden, daß sowohl im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* wie in der *Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands* die entsprechenden Kommissionen aus sehr viel mehr Mitgliedern bestanden als die Kontrollkommission unserer jetzt so außerordentlich viel stärkern Partei. Es ist aber eine Einteilung möglich, die die Zahl in rationellen Grenzen hält.

Die Überlieferung unserer Partei und der Geist des jetzigen Parteilebens weisen gleichmäßig darauf hin der Territorialvertretung in der Parteileitung eine Stätte zu sichern. Aber sie besagen auch, daß der *Einheitsgedanke* der Partei ebenfalls seiner ausgeprägten Träger bedarf. Für die Mitgliedschaften erfüllt diese Aufgabe der *Parteitag* der Gesamtpartei. Er führt die territorial Getrennten zusammen, ist der Sammelplatz aller Strömungen in der Partei, die nach Geltung ringen, die Stätte, wo sie sich messen und den zeitweiligen Ausgleich finden. In der Parteileitung aber fiel es bisher dem *Partei Vorstand* zu das geistige Band zu verkörpern, das die Partei eint, und nichts spricht dafür daran etwas zu ändern und um bloßer Differenzen des Tages willen ihn so umzumodeln, daß das Bewußtsein dieser Aufgabe darunter Eintrag erleidet.

XX  
**RUDOLF WISSELL · FRAGEN DES KOALITIONS-  
 RECHTS**



Ein wenigen Paragraphen der Gewerbeordnung ist die Rechtsprechung so oft Gegenstand eingehender Kritik gewesen wie bei den beiden nachfolgenden:

§ 152: Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedin-

gungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben. Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153: Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

In der politischen Tagespresse, in der Fachpresse der beiden Parteien des gewerblichen Arbeitsvertrags, in den sozialpolitischen und juristischen Zeitschriften, in Broschüren und in den Ausgaben der Gewerbeordnung ist diese Kritik geübt worden. Kein Kommentar der Gewerbeordnung, der nicht in mehr oder minder eingehender Weise zu dieser Rechtsprechung Stellung nimmt. Die Auslegung, die diese den oben erwähnten beiden Paragraphen und den einschlägigen des Strafgesetzbuchs gegeben hat, zeigt in selten klarer Weise, wie sehr auf diesem Gebiet des sozialen Lebens das höchste deutsche Gericht die Fühlung mit dem praktischen Leben verloren hat, wie wenig es dessen Bedürfnissen entsprechen kann.

Nach § 152 der Gewerbeordnung ist die Erzwingung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter zulässig. Das ist nicht direkt ausgesprochen, aber nach dem ganzen Sinn des § 152 ist dies vom Gesetzgeber als erlaubt vorausgesetzt. Wenn alle Verbote und Strafbestimmungen wegen »Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittels Einstellung der Arbeit usw.« aufgehoben sein sollen, so folgt daraus, daß Streik und Aussperrung erlaubt sind. Wenn diese Mittel des gewerblichen Kriegsgerichts nicht zulässig sein sollten, so wäre es ganz unverstänglich die Verabredungen dazu zu gestatten und straffrei zu lassen. Darüber besteht auch gar kein Zweifel, daß diese Kampfmittel erlaubt sind: Das ist beständig durch die Rechtsprechung ausgesprochen worden. Trotzdem hat das Reichsgericht die Androhung von Streik usw. mit der infamierendsten Handlung, die das Strafgesetz kennt, mit der Erpressung, auf eine Stufe gestellt und für die Androhung von Streik die Bestrafung aus dem Erpressungsparagraphen gutgeheißen. Als Erpressung gilt nach § 253 des Strafgesetzbuchs die Nötigung eines andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die Strafsenate des Reichsgerichts haben als *rechtswidrigen Vermögensvorteil* einen solchen angesehen, auf den der, der ihn erlangt, keinen zivilrechtlich gültigen, also keinen klagbaren Anspruch hat. Nun hat ganz naturgemäß der Arbeiter nur auf seinen vereinbarten und verdienten Lohn einen klagbaren Anspruch. Was der Arbeiter über das Vereinbarte hinaus haben will, kann er vor dem Zivilrichter nicht geltend machen, nicht einklagen. Dieses Mehr, das über den vereinbarten Lohn hinausgeht, hat also das Reichsgericht als einen rechtswidrigen Vermögensvorteil betrachtet. Wo nun der dem Unternehmer angedrohte Streik keinen Vermögensvorteil, keine Lohnerhöhung bezweckte, wo also von der Erlangung eines nicht einklagbaren und darum nach der Weisheit des Reichsgerichts rechtswidrigen Vermögensvorteil keine Rede sein konnte, hat das Reichsgericht aus der Androhung des Streiks eine Drohung im Sinn des

§ 153 der Gewerbeordnung erblickt und auf Grund dieses Paragraphen Bestrafung eintreten lassen. Durch diese bis heute unverändert geübte Praxis der Strafsenate des Reichsgerichts ergibt sich also die widersinnige Tatsache, daß die Androhung eines Übels, zum Beispiel eines Streiks, strafbar, die Verhängung und Durchführung des Streiks, die Zufügung eines Übels aber straffrei ist.

Der Unhaltbarkeit dieser Konsequenzen der Rechtsprechung hat sich denn auch schließlich die Regierung nicht verschließen können. In der Reichstags-sitzung vom 20. April 1907 erkannte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern an, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiet der Erpressung und des Koalitionsrechts in der letzten Zeit zu manchen Ergebnissen geführt habe, die in ihren Wirkungen berechtigte Zweifel erwecken. Des weitern hat sich aber auch ein Zivilsenat des Reichsgerichts, der 6., zu einer freieren Anschauung verstanden. Er hat dargelegt, daß die Kampfmittel wie der Streik usw., die in Lohnstreitigkeiten zu dem Zweck angewandt werden, um den widerstrebenden Willen des Gegners zu brechen, in ihrer Anwendung schärfer und zur Brechung des Widerstands wirksamer seien als die bloße Androhung. Es sei doch unmöglich anzunehmen, daß der Gesetzgeber das intensivere Zwangsmittel habe gestatten, das mildere aber mit Strafe habe bedrohen wollen. Wenn in der allerletzten Zeit in solchen Fällen von einer Bestrafung wegen Erpressung nicht so sehr Gebrauch gemacht worden ist, so ist das nicht auf eine Änderung der Auffassung der Strafsenate sondern auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich sogar den Staatsanwälten die Erkenntnis aufgedrängt hat, daß es so nicht weitergehen könne, und sie deshalb Anklagen nicht so häufig erhoben haben.

Nun ist es ja ein ganz unhaltbarer Zustand, daß bei Ausübung der sich aus § 152 der Gewerbeordnung ergebenden Rechte die Arbeiter vom Willen des Staatsanwalts abhängig sind. Um so mehr muß alles beachtet werden, was auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Kritik hervortritt, um eine Änderung dieser Verhältnisse anzubahnen. Der Privatdozent an der Kieler Universität Professor Dr. Maschke hat sich in seiner hier schon behandelten sozialrechtlichen Studie über Boykott, Sperre und Aussperrung<sup>1)</sup> über diese Streitfragen ausgelassen, sich insbesondere auch mit dem Reichsgericht auseinandergesetzt. Er behandelt dabei auch in eingehender Weise die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Er meint — und sicher mit Recht —, daß in der Verhängung des Streiks oder der Sperre auch zugleich die Drohung mit ihrer Fortsetzung bis zur Erreichung des Zieles liege. Wenn nun die Drohung mit dem Streik oder der Sperre strafbar sei, so müsse das Reichsgericht dieses Kampfmittel selbst, auch ohne Androhung, als Erpressung bestrafen. Diese Konsequenz sei aber begreiflicherweise nicht gezogen, und sie zeige das Unhaltbare der Grundauffassung des Reichsgerichts in klarster Weise. Die Drohung sei nicht Selbstzweck sondern Mittel zum Zweck. Wenn durch gewisse Rechtsnormen die freie Willensbestimmung gewährleistet werden solle, so könne dieses doch nur in jenen Grenzen geschehen, in denen eine solche Freiheit nach den natürlichen Gesetzen des sozialen Verkehrs gegeben und möglich sei. Nun beruhe aber das menschliche Zusammenleben auf der gegenseitigen Beeinflussung, und keiner, auch nicht die selbständigste

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Die Aussperrung als gewerbliches Kampfmittel* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 771 ff.

Natur, werde sich diesem Einfluß entziehen können, auch gar nicht entziehen wollen, da sie ihm als Erhöhung und Bereicherung der eigenen Persönlichkeit erscheinen müsse. Die Stellung führender Politiker, Gelehrter usw. beruhe ja gerade auf der Wirkung, die sie auf ihre Anhänger ausübe. Auch im wirtschaftlichen Leben sei der Erfolg von der Wirkung der eigenen Persönlichkeit auf Dritte abhängig. Die Freiheit von jeglicher Motivation sei eine psychologische Unmöglichkeit. Unsere Entschließungen könnten nur in zwei Richtungen durch andere bestimmt werden: durch Erregung von Lust oder Unlust, durch Inaussichtstellen von Vorteilen (ideellen oder materiellen) oder Nachteilen. Das Inaussichtstellen von Nachteilen umfasse das Gebiet der Nötigung durch Herbeiführung einer Zwangslage, vor allem ihre Geltendmachung durch Drohung, also durch Ankündigung eines Übels. Von der Befürchtung solcher Übel hingen im täglichen Verkehr unausgesetzt in völlig legitimer Weise zahllose Entschließungen ab. Dieser Druck, der auf menschliche Entschließungen ausgeübt werde, läge in der Natur der Sache, im Wesen des Verkehrs. Daher könne die Androhung von Übeln, die für einen konkreten Entschluß nach der Sachlage und nach der Verkehrsanschauung normalerweise bestimmend sei, niemals eine rechtswidrige Nötigung sein. Damit sei ja stets zu rechnen, und der Hinweis hierauf, also die Absicht der Beeinflussung, deshalb rechtmäßig. Es sei keine unerlaubte Nötigung, wenn verkehrsmäßige Übel angedroht würden, das heißt solche, die nach der Sachlage und nach der Verkehrsanschauung im innern Zusammenhang mit dem zu erzielenden Entschluß stünden. Eine unerlaubte Nötigung liege vor, wenn das angedrohte Übel nicht im innern Zusammenhang mit der erzwungenen Handlung stehe, wenn beispielsweise bei Vermögensdispositionen das Vermögensopfer nicht als normales Äquivalent für die Abwendung des angedrohten Übels erscheine. Widerrechtlich sei eine Nötigung, sobald die zu erzwingende Handlung, abgesehen von der Art ihrer Herbeiführung, rechtswidrig sei. Unzulässiger Zwang würde es sein, wenn ein Übel angedroht würde, um beispielsweise einen Vertragsbruch herbeizuführen, ebenso der Zwang zu einer sittenwidrigen Handlung. Wenn das abgenötigte Rechtsgeschäft auch bei freiwilliger Vereinbarung nach den dafür geltenden Rechtsnormen nichtig oder anfechtbar sei, so sei auch die Nötigung zu seinem Abschluß rechtswidrig, und zwar auch in allen Fällen, in denen der Bedrohte sich zu Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit zwingen lasse, die über das zulässige Maß hinausgehen, und die er auch freiwillig nicht rechtswirksam auf sich nehmen könne. Nun seien Streik und Aussperrung verkehrsmäßige Übel. Ihre Androhung könne daher nicht als strafbar angesehen werden. Der Zwang mit verkehrsmäßigen Übeln könne ebensowenig dem § 153 der Gewerbeordnung unterstellt werden wie den sonstigen strafrechtlichen Normen. Das klingt so plausibel, ist so einleuchtend, daß man hoffen möchte, auch das höchste Gericht verschlösse sich diesen Darlegungen nicht.

Maschke kommt aber noch in einem andern Punkt zu recht interessanten Ergebnissen. Er erörtert in eingehender Weise die Streitfrage, weshalb in § 153 nur von den »Verabredungen« gesprochen wird. Eine auch nur flüchtige Betrachtung der beiden §§ 152 und 153 ergibt, daß im § 152 Absatz 1 von »Verabredungen und Vereinigungen«, in Absatz 2 von »Vereinigungen und Verabredungen« und in § 153 nur von »Verabredungen« die Rede ist. Nur der Zwang zur Teilnahme an solchen Verabredungen (§ 152) usw. wird in

§ 153 mit Strafe\*bedroht. Diese verschiedene Anwendung und das Fehlen der »Vereinigungen« in § 153 ist bisher als ein sprachlicher Fehler der Gesetzesredaktion angesehen worden. In dem bekannten Kommentar zur Gewerbeordnung von Landmann wird unter eingehendem Hinweis auf die Rechtsprechung und Literatur ausdrücklich gesagt, es sei nur auf eine mangelhafte Redaktion zurückzuführen, wenn in § 153 nur die Verabredungen genannt seien; auch die Vereinigungen fielen unter den § 153. Hiergegen wendet sich Maschke. Zunächst stehe der Einfügung des Worts *Vereinigung* die Unzulässigkeit der extensiven Interpretation eines Strafgesetzes entgegen. Dann aber auch könne die Tragweite der ganzen Bestimmung in den beiden Paragraphen nur erfaßt werden, wenn man zuvor den Sinn feststelle, den das Gesetz mit den beiden verschiedenen Begriffen *Verabredungen* und *Vereinigungen* verbunden habe. Maschke sucht dies an einem Beispiel klarzumachen, und er unterstellt, daß Arbeiter vergeblich eine Lohnforderung gestellt haben und nun in einer Versammlung den Streik beschließen. Dieser Beschluß sei die Verabredung gemäß § 152 der Gewerbeordnung. Daraufhin werde dann die Arbeit eingestellt, und zur Durchführung des Beschlusses würden nunmehr die eigentlichen Streikarbeiten geleistet. Die Führer des Streiks versuchen in erneute Unterhandlungen mit der Gegenpartei einzutreten oder die Intervention Dritter herbeizuführen; sie veröffentlichen Aufrufe an die Arbeiter und gegebenenfalls an das Publikum, Streikgelder werden gesammelt und ihre Verteilung organisiert, es wird für schleunige Abreise unverheirateter Arbeiter gesorgt, der Zuzug auswärtiger nach Möglichkeit ferngehalten, die Streikposten, und wer sonst dazu Gelegenheit hat, bemühen sich die Arbeitswilligen zu gewinnen usw. Aus all diesem ergeben sich persönliche Beziehungen der Anhänger unter einander, die über das Maß einer einmaligen oder wiederholten Verabredung hinausgingen. Diese Beziehungen seien also zunächst rein tatsächlicher Natur und hielten diesen Charakter fest; eben diese seien es aber, die das Gesetz als *Vereinigung* der Verabredung an die Seite stellt. Diese Vereinigung sei also regelmäßig ein tatsächlicher und kein Rechtsbegriff. Maschke leugnet nicht, daß sich aus dieser tatsächlichen Vereinigung gegebenenfalls auch eine rechtliche herausbilden könne, aber er meint, das sei nicht von entscheidender Bedeutung. Er weist auch darauf hin, daß bei den heutigen Streiks in vielen Fällen bekanntlich die Mitglieder verschiedener Berufsvereine der selben Branche beteiligt sind. Auch hier finde notgedrungen eine Vereinigung der Streikenden verschiedener gewerkschaftlicher Provenienz unter sich und mit Nichtorganisierten statt, und diese Situation beweise, daß diese Vereinigung grundsätzlich nicht eine Gewerkschaft sein könne.

Sei nun aber unter der *Vereinigung* der Gewerbeordnung der rein tatsächliche Zusammenschluß der Kampfpartei, der in der Regel als solcher der juristischen Bildung entbehre, und jedenfalls ohne Rücksicht auf das etwaige Vorliegen einer solchen, zu verstehen, so falle von hier aus ein charakteristisches Licht auf die weiteren diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Maschke deduziert so: Nach § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung steht jedem Teilnehmer der Rücktritt aus den im 1. Absatz bezeichneten Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt. Das Wort *letzteren* in diesem Satz kann — einen normalen Satzbau vorausgesetzt — sich nur auf die Verabredungen unter gewolltem Ausschluß der Ver-

einigungen beziehen, und es folgt das auch zwingend aus der Tatsache, daß die vorher gebrauchte, an sich natürliche Wortstellung *Verabredungen und Vereinigungen* im 2. Absatz direkt umgekehrt ist. Es fragt sich also, welches die Ursache dieser hiernach nicht zufälligen Differenzierung gewesen ist, das heißt, weshalb die Versagung der Klage und Einrede auf die Verabredungen beschränkt ist. Wird diese Tatsache festgestellt, so ist auch ohne weiteres ersichtlich, daß die gleiche Weglassung der Vereinigung in § 153 nicht Zufall, nicht eine Nachlässigkeit redaktioneller Art sein kann sondern an beiden Stellen mit bestimmter Absicht geschehen ist.

Die Ursache dieser Formulierung ist unschwer erkennbar. Da die Vereinigung zunächst als ein tatsächlicher und nicht als rechtlicher Begriff gedacht ist, liegt kein Grund vor eine Klage oder Einrede aus ihr zu versagen, da in der Regel die Voraussetzung für die Entstehung einer solchen nicht gegeben ist. Dem praktischen Bedürfnis war überdies durch Versagung der Rechtsbehelfe aus den Verabredungen vollauf Genüge getan, da die Vereinigung eine praktische Wirksamkeit nur durch diese, durch die von ihr gefaßten Beschlüsse und deren Ausführung zu entfalten vermag, und aus dem gleichen Grund konnte auch die Strafbestimmung wegen des Koalitionszwangs auf die Verabredungen als das praktisch Entscheidende beschränkt werden. Stellt aber die Vereinigung im einzelnen Fall ein rechtliches Band dar, so gewinnt die nach dem bürgerlichen Recht in Ermangelung einer gesetzlichen Ausnahme hieraus zugelassene Klage eine Bedeutung, die überhaupt erst ihre Einfügung in den Rahmen der Rechtsordnung ermöglicht. Denn erstreckt man die Klagelosigkeit auf die rechtliche Vereinigung, so ergäbe sich die fast unerträgliche Konsequenz, daß alle Rechte und Pflichten der Mitglieder gegen einander aus dem Gesellschaftsvertrag des Rechtsschutzes entbehrten.

Das Resultat der Ausführungen Maschkes ist also, daß in § 153 der Gewerbeordnung der Koalitionszwang bestraft wird, nicht aber der Organisationszwang: Strafbar ist die Nötigung einer konkreten Kampfmaßregel sich anzuschließen, nicht aber diejenige in einen Berufsverein von Arbeitern oder Arbeitgebern einzutreten. Ob die sehr scharfsinnigen Darlegungen Maschkes für unsere Rechtsprechung von Bedeutung sein werden, ist im voraus schwer zu sagen. Sie weichen namentlich in dem soeben zuletzt besprochenen Teil von der bisherigen allgemeinen Auffassung, in beiden Teilen aber von der des Reichsgerichts erheblich ab. Sicher wird die Rechtsprechung an ihnen nicht vorübergehen können, und die Arbeiterorganisationen sollten daher ihr Augenmerk darauf richten.

XX  
**MARKUS RATNER · DIE NATIONALE AUTONOMIE  
 UND DAS JÜDISCHE PROLETARIAT**



**A**UTONOMISMUS im Sinn eines Systems der innern Verwaltung der nationalen Organismen wird alljährlich zur allgemein anerkannten Plattform der modernen nationalpolitischen Parteien, zur Losung der nationalpolitischen Bewegung unserer Zeit. Von den mir bekannten Lösungsversuchen des komplizierten nationalen Problems geht kein einziger von einem andern, zweckmäßigerem oder richtigerem Gesichtspunkt aus. Es ist von großem Interesse die Genesis dieser Idee zu verfolgen. Die Geschichte der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ideologien lehrt

daß oft lange vor der wissenschaftlichen Begründung später anerkannter Ideen diese im Keim schon existierten und erst allmählich zur Reife gelangten. Am weitesten vor Malthus und Darwin gärten in der Wissenschaft unklare Gedanken, aus denen sich später das Bevölkerungsgesetz und die Theorie des Kampfes ums Dasein herauskristallisierten. Dennoch werden diese Theorien der Wissenschaft stets untrennbar mit den Namen Malthus und Darwin verbunden bleiben, da erst diese ihnen das notwendige empirische Fundament und die logische Begründung gaben. So darf man wohl berechtigterweise behaupten, daß die Idee der nationalen Autonomie ihre heutige wissenschaftliche Gestalt zuerst durch die Schriften des österreichischen Genossen Karl Renner gewonnen hat. Allerdings sind diesen Schriften verschiedene Auseinandersetzungen über die nationale Autonomie in den Kreisen der österreichisch-südslawischen Sozialdemokratie sowie einige Arbeiten von Theoretikern der nationalen Autonomie aus bürgerlichen Sphären vorausgegangen.<sup>1)</sup> Das wissenschaftliche Fundament dieser Idee aber legte erst Renner in seiner Schrift *Staat und Nation /1899/* und in seinem Buch *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat /1902/*. In der Zeit zwischen diesen beiden Veröffentlichungen fand in Brünn 1899 der ordentliche Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt, auf dem ein Nationalitätenprogramm im Geiste der nationalen Autonomie angenommen und diese Idee so in den Reihen des sozialistischen Gedankens und der sozialistischen Tätigkeit einbezogen wurde. Gegenwärtig wird die Annehmlichkeit der Idee der nationalen Autonomie als eines konkreten Mittels zur Lösung der Nationalitätenfrage im sozialistischen Standpunkt in wissenschaftlich-sozialistischen Kreisen wohl von niemandem bezweifelt; und nicht nur Revisionisten sondern auch *Radikale*, wie K. Kautsky und Mehring, vertreten diesen Standpunkt.<sup>2)</sup>

Über den Inhalt der Lehre der nationalen Autonomie kann ich mich hier nicht näher befassen. Ich möchte nur feststellen, daß in den neuesten theoretischen Arbeiten die nationale Autonomie als eine Doppelorganisation aufzufassen wird, die auf einem zweifachen Prinzip: der territorialen und der personalen Autonomie, aufgebaut ist.<sup>3)</sup> Was nun die territoriale oder Geoplatonische Autonomie betrifft, so ist diese Idee äußerst alten Ursprungs; sie wurde von verschiedenen Gesichtspunkten und nach verschiedenen Richtungen hin in bürgerlichen Denkern entwickelt und propagiert. Die Idee der personalen Autonomie dagegen sowie der Gedanke ihrer Verbindung mit dem Prinzip der territorialen Autonomie ist ein Produkt der neuern Zeit und charakteristisch in erster Reihe die Richtung des modernen sozialistischen Gedankens.

Die Idee der personalen Autonomie ist also als Bestandteil der gegenwärtigen sozialistischen Weltanschauung zu betrachten, und es kann uns nicht wundern, daß sie einen besonders starken Anklang bei den Bevölkerungselementen zum Beispiel *Patriot Die Verfassung als die Quelle des Nationalitätenhaders in Österreich (Wien 1897)*, *Grundsätze für eine endgültige Lösung der Nationalitätenfrage in Österreich (Wien 1897)*, *Ergänzung der Verfassung Österreichs (Wien 1898)*, *Kautsky Der Kampf der Nationalitäten um das Staatsrecht in Österreich. Nochmals der Kampf der Nationalitäten in Österreich und Die Krise in Österreich in der Neuen Zeit, 1897-1898*, 1. Band, pag. 516 ff. und 665 ff., 1903-1904, 1. Band, pag. 72 ff.; sowie *Nationalität und Internationalität*, 1. Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, 1907-1908; ferner *Mehring Historisch-materialistische Literatur in der Neuen Zeit, 1906-1907*, 2. Band, pag. 303 ff.

Über dieses zweifache Prinzip, das territoriale und das personale, in der Lehre von der nationalen Autonomie siehe *Renner Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat (Wien 1902)*, pag. 145 ff., ferner *Bauer Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907)*, pag. 401 ff., *Kautsky Nationalität und Internationalität*, loc. cit., pag. 28 ff.

menten gefunden hat, die ihrer am meisten bedürfen: bei den exterritorialen Nationen. So ging auch in Österreich diese Idee zuerst von der südslawischen Sozialdemokratie aus. Wie den Ausführungen des Abgeordneten Kristan auf dem Brünner Parteitag zu entnehmen ist, vertrat — längere Zeit vor den Veröffentlichungen Renners — die südslawische sozialdemokratische Partei den Standpunkt der nationalen Autonomie in der Prager *Akademie*. Ebenso begreiflich ist es, daß der Gedanke der personalen nationalen Autonomie die weiteste Verbreitung und Popularität im Proletariat der exterritorialen Nation *par excellence*, der Juden, gefunden hat.

Die Entwicklung der nationalautonomischen Lehren innerhalb des jüdischen Proletariats, wie unter dem in Rußland ansässigen Teil des jüdischen Volks überhaupt, ist äußerst charakteristisch und lehrreich. Schon im Jahr 1899 trat Genosse Schitlowsky im *bundistischen* Organ *Der jüdische Arbeiter*, wenn auch nicht für die nationale Autonomie des jüdischen Volks, so doch jedenfalls für die Idee der selbständigen kulturellen Entwicklung der jüdischen Nation ein. Der *Bund* selbst, die bedeutendste Organisation des jüdischen Proletariats in Rußland, besaß im Augenblick seiner Entstehung überhaupt kein nationales Programm. Auf dem 1. Parteitag des *Bundes* /1897/ wurde der Beschluß gefaßt »die Forderung der bürgerlichen, nicht aber der nationalen Gleichberechtigung in die Reihe der politischen Forderungen aufzunehmen«. Indessen veröffentlicht entsprechend der Sachlage in Österreich, wo den Arbeiten Renners und des Brünner Parteitags bürgerliche Veröffentlichungen auf dem Gebiet der nationalen Autonomie vorangehen, auch im russischen Judentum Herr Dubnow, ein national-bürgerlicher Demokrat und jüdischer Historiker, seine *Briefe über das alte und neue Judentum*, in denen der Gedanke der nationalen Autonomie in seiner Anwendung auf das jüdische Volk mit außerordentlicher Schärfe vertreten wird. In dieser Zeit wird auch innerhalb des jüdischen Proletariats auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage durch die Aufnahme der sozialistischen Ideen die fruchtbarste Arbeit in der Richtung der nationalen Autonomie geleistet. 1901 fand der 4. Parteitag des *Bundes* statt. Dort wurde eine Resolution angenommen, nach der Rußland in eine »Föderation der Nationalitäten mit voller nationaler Autonomie jeder einzelnen« unabhängig von dem von ihnen bewohnten Territorium verwandelt werden sollte. 1905 tagte unter dem Getöse der beginnenden Revolutionsbewegung der 5. Parteitag des *Bundes*, der die nationalautonomen Forderungen des jüdischen Proletariats und des jüdischen Volks eingehender präziserte. Die allmähliche Entwicklung der autonom-nationalen Forderungen des jüdischen Proletariats bleibt indessen bei dieser Revolution des *Bundes* nicht stehen. Gerade auf dem Boden der Auffassung der nationalen Autonomie, der nationalen wie der personalen, haben sich in den letzten Jahren innerhalb des jüdischen Proletariats äußerst merkwürdige Gruppierungen gebildet. 1903 tritt in den jüdischen sozialistischen Kreisen die Gruppe *Wasroshdenije* hervor, die 1905, lange vor dem letzten Parteitag des *Bundes*, in kategorischer Form die nationalautonomischen Forderungen aufstellt. In der Folgezeit bildete sich aus dieser Gruppe die *Jüdische sozialistische Arbeiterpartei (Serp)*, die das sorgfältig ausgearbeitete Programm der personal-nationalen Autonomie zur Hauptlosung ihres nationalpolitischen Kampfs und zum Hauptmoment ihrer Propaganda und Agitation erhoben hat. Zwischen *Bund* und *Serp* besteht nun ein kardinaler Unterschied in der wesent-

lichen Auffassung des Inhalts der nationalautonomen Arbeit. Während der *Bund* den Kompetenzkreis der Organe der nationalen Selbstverwaltung auf die Fragen und Angelegenheiten der Sprache, Kultur und Bildung in engem Sinn dieses Worts beschränkt, ist die *Serp* geneigt die nationale Autonomie auch als Selbstverwaltung in Angelegenheiten der jüdischen wirtschaftlichen Politik aufzufassen, das heißt für die Hebung der unter dem Einfluß des Jahrhunderte alten Drucks in den äußersten Verfall geratenen produktiven Kräfte der arbeitenden jüdischen Massen zu wirken. Endlich strebt die Partei *Poale Zion*, die Partei der Arbeiterzionisten, deren Endziel die territoriale Autonomie der Juden in Palästina ist, gleichzeitig nach der nationalpolitischen, das heißt personalen Autonomie der in Rußland verbleibenden Juden.

Die Idee der nationalen Autonomie der Juden wird allmählich aus der jüdisch-sozialistischen Sphäre in die Kreise der bürgerlichen Organisationen hinübergetragen. Im Jahr 1905, in der Morgenröte der russischen Freiheitsbewegung, die als Organe des politischen Kampfes die verschiedensten Verbände schuf, ist unter anderm auch der *Verband für die Erreichung der Gleichberechtigung des jüdischen Volks in Rußland* entstanden, und in seinem Programm finden wir einen Absatz über die »breite Autonomie der Gemeinden«. 1906 nimmt die zionistische Organisation Rußlands auf ihrem Parteitag in Helsingfors die nationale Autonomie der Juden in Rußland in ihr Programm auf. Gegen Ende dieses selben Jahres 1906 entsteht die demokratische *Jüdische Volkspartei*, die ebenfalls ein ausgedehntes nationalautonomistisches Programm ausarbeitet. Es bleiben zwei jüdische politische Organisationen, eine sozialistische und eine bürgerliche, die die nationale Autonomie in ihr Programm noch nicht aufgenommen haben. Die *Zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei* verhielt sich vor noch nicht sehr langer Zeit ablehnend gegenüber der Idee der nationalen Autonomie der Juden in Rußland; sie wandte alle ihre Hoffnungen auf die bevorstehende Auswanderung der Juden in ein autonomes Territorium. Aber in der letzten Zeit haben auch die Ansichten dieser Partei, der gegenwärtig einzigen jüdischen sozialistischen Partei, in deren Programm die Forderung der nationalen Autonomie für die russischen Juden nicht enthalten ist, eine bedeutende Modifikation nach dieser Seite hin erfahren. Genosse Maxim Anin — von dem in den *Sozialistischen Monatsheften* mancher Beitrag zu dieser Frage erschienen ist — erscheint nun in dieser Partei als Verfechter eines veränderten positiven Verhaltens zur Idee der nationalen Autonomie.<sup>4)</sup> Eine eifrige Gegnerin der Idee der nationalen Autonomie, die nichts anderes sei als die Idee eines neuen jüdischen Ghetto, war endlich die jüdische *Kadettenpartei*, die *Jüdische Volksgruppe*. Aber auch hier ist bereits starke Bresche geschlagen. Wenigstens sind gerade in den Reihen dieser Gruppe die in letzter Zeit auf der Tagesordnung des russisch-jüdischen Lebens stehenden Projekte einer zwangsweisen Organisation der jüdischen Gemeinde — dieser ersten Zelle einer autonom-jüdischen Organisation — entstanden.

Wir sind also wohl zu dem Schluß berechtigt, daß sämtliche nationalpolitischen Auffassungen sowohl der proletarischen wie der bürgerlichen jüdischen Organisationen im allgemeinen in dem Gedanken der nationalen Autonomie für das jüdische Proletariat und das jüdische Volk gipfeln. Wie in dieser Hinsicht die breite amorphe jüdische Volksmasse denkt und fühlt, ist

<sup>4)</sup> Siehe das Organ der westeuropäischen sozialistischen Territorialisten *Jüdisches Freiland*, 1910, Nummer 3, sowie Anin *Die Nationalitätenprobleme der Gegenwart* (Riga 1910), pag. 85 ff.

nicht näher bekannt. Das Volk schweigt heute in Rußland. Aber abgesehen von meinen subjektiven Eindrücken, die mich persönlich zu ganz bestimmten Schlußfolgerungen auf diesem Gebiet führen, muß ich hier doch bemerken, daß die Tatsache der Sympathie aller politisch organisierten jüdischen Elemente — insbesondere der Volksmassen, die die Kadres der jüdischen sozialistischen Parteien bilden — gegenüber der Idee der nationalen Autonomie für sich spricht.

Werfen wir einen Blick auf das Heimatland des Autonomismus, auf Österreich, so überzeugen wir uns bald, daß auch hier im Judentum die Bewegung zugunsten der nationalen Autonomie immer breiter und intensiver wird. Noch ist die Aufregung nicht vergessen, die der Austritt einer Gruppe jüdischer Sozialisten, der *Separatisten* (österreichische *Bundisten*) auf der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens im Jahr 1905 hervorrief. Es bildete sich darauf eine besondere jüdische sozialdemokratische Gruppe, die die Forderung der nationalen Autonomie für die Juden — im Leben und in der Parteiorganisation — auf ihr Banner schrieb. Die Forderung der nationalen Autonomie für die österreichischen Juden bildet auch einen Programmpunkt der österreichischen Partei *Poale Zion*. Auch im jüdischen Bürgertum in Österreich finden wir eine ähnliche Bewegung für die nationale Autonomie. Durch die Wirksamkeit der zionistischen Organisation wurde der *Jüdische Nationalverein in Österreich* geschaffen, der auf dem Standpunkt der personalen Autonomie für die österreichischen Juden steht. Auch die Wiener jüdische Kultusgemeinde arbeitete einen Entwurf für ihre Organisation aus, der im Keim das Projekt einer nationalen Gemeindeautonomie enthält. Ich weise absichtlich auf die Erscheinungen nationalpolitischen Lebens in jüdisch-bürgerlichen Kreisen hin. Wem ist die Tatsache nicht bekannt, daß die Bourgeoisie gegenwärtig bestrebt ist mit dem Volk in der Sprache zu reden, die ihm geläufig ist? Erscheinen diese neuen nationalautonomischen Redewendungen der jüdischen Bourgeoisie nicht als Anklang an die Gefühle und Stimmungen der jüdischen Massen, die — wenigstens in ihrem fortschrittlichen, in den Reihen der sozialistischen Parteien organisierten Teil — überall in Rußland wie in Österreich kategorisch die nationale Autonomie für die Juden verlangen?

Wie verhalten sich nun die nichtjüdischen sozialistischen Elemente in Rußland und Österreich zu dieser Forderung des jüdischen Proletariats?

Die jüdischen sozialistischen Parteien in Rußland stehen mit ihrem Ideal der nationalen Autonomie nicht allein. Als Konglomerat aus einer Menge von Völkerschaften, die kaum erst den Weg einer offenen nationalen Bewegung betreten, liefert uns Rußland ein Beispiel des Nebeneinanderseins zahlreicher nationalpolitischer Parteien. Es sind dies die *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens*, die *Polnische sozialistische Partei*, die polnische Partei *Proletariat*, die *Ukrainische sozialdemokratische Partei*, die *Lettische Sozialdemokratische Partei*, der *Bund lettischer Sozialdemokraten*, die *Litauische Sozialdemokratie*, die *Esthische sozialdemokratische Partei*, der *Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland (Bund)*, die *Jüdische sozialistische Arbeiterpartei (Serp)*, die *Zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei*, die jüdische Arbeiterpartei *Poale Zion*, die weißrussische sozialistische Partei *Gromada*, die *Armenische revolutionäre Partei (Daschnakutzjun)*, die *Grusinische Partei der Sozialisten-Revolutionäre-Föderalisten (Sakartwelo)*, die tatarische sozialistische Partei *Gumbet* und andere mehr. Fast alle diese ver-

schiedenartigen Parteien stehen auf dem Boden der nationalen Autonomie, sei es der territorialen, der personalen oder der gemischten: der territorialen mit Einschluß des personalen Prinzips als Korrektur zum Schutz der Interessen der nationalen Minorität. Verschiedene unter diesen Parteien stehen in direkter organisatorischer Verbindung mit der russischen Sozialdemokratie. Trotzdem hat die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands* selbst, die ja der Idee nach einen Verband sämtlicher in Rußland tätiger sozialistischer oder wenigstens sozialdemokratischer Parteien darstellen sollte, bisher die Forderung der nationalen Autonomie nicht in ihr Programm aufgenommen. In ihrem Programm ist nur die Rede von »einer breiten lokalen Selbstverwaltung, einer Gebietselbstverwaltung für diejenigen Ortschaften, die sich durch besondere Lebensbedingungen und besonders Bevölkerungsbestand auszeichnen«. Hier werden jedenfalls die Begriffe *lokale* und *Gebietsautonomie* verwechselt, und vom nationalen Prinzip, von nationaler Selbstverwaltung und Autonomie wird überhaupt nicht gesprochen. Die russische Sozialdemokratie hat sich im Gegenteil zur nationalen Autonomie durchaus ablehnend verhalten. Auf ihrem 2. Parteitag wurde über die Frage der Beziehungen des *Bundes* zur Sozialdemokratie beraten, eine Beratung, die mit dem Austritt des *Bundes* aus der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* endete. Dabei wurde offen die Ansicht geäußert, es sei für die kulturelle Entwicklung der Nationalitäten nicht nötig irgendwelche nationalen Institutionen zu schaffen, man könne sich in der Nationalitätenfrage auf rein negative Prinzipien beschränken, und es sei für die Sozialdemokratie gleichgültig, ob die eine oder die andere nationale Kultur wachse oder nicht. Das bedeutet natürlich die völlige Ignorierung des nationalen Problems. Gegenwärtig bildet der *Bund* wieder einen selbständigen Teil der russischen Sozialdemokratie mit dem Recht sein nationalautonomisches Programm beizubehalten. Die russische Sozialdemokratie selbst hat aber zu diesem Programm keinerlei Stellung genommen. Die konsequente Ignorierung der nationalen Forderungen der einzelnen Völkerschaften durch die russische Sozialdemokratie führte zum Austritt zweier sozialdemokratischer Mitglieder der *Duma* aus der Fraktion. In letzter Zeit jedoch werden in der Partei Stimmen laut, die immer energischer eine Revision des nationalen Programms fordern. Ist es deshalb möglich, daß auch hier bald der so bedeutungsvolle Schritt zu einem nationalen sozialistischen Programm hin getan wird. Und dann darf man annehmen, daß bei dem Einfluß, den der *Bund* in der russischen Sozialdemokratie besitzt, auch die nationalautonomistischen Bestrebungen der jüdischen Arbeiterklasse nicht unberücksichtigt bleiben werden.

Es ist charakteristisch, daß die *Polnische sozialistische Partei*, die selbst mit allen Kräften die nationale Autonomie (als Bestandteil der allgemeinen Forderung der politischen Selbständigkeit Polens) erstrebt, sich zu den autonomistischen Forderungen des jüdischen Proletariats scharf ablehnend verhält. So lesen wir in einer alten Resolution ihres 6. Parteitags: »Das in Rußland und Polen wohnhafte jüdische Proletariat bildet einen Bestandteil der Arbeiterklasse dieser Länder . . . , das jüdische Proletariat bildet eine Minorität innerhalb des polnisch-litauischen Proletariats«, womit dann jenes ablehnende Verhalten gegenüber der Forderung der jüdischen nationalen Autonomie begründet wird. Bedeutend toleranter stellen sich zu den Forderungen der einzelnen Nationalitäten die *Sozialrevolutionäre*, in deren Programm das Prinzip der »weitestmöglichen Anwendung föderativer Beziehungen zwischen den einzelnen Nationalitäten« enthalten ist. Vom 16. bis zum 20. April 1907 fand

eine von ihnen einberufene Konferenz der sozialistisch-nationalen Parteien Rußlands statt, an der außer ihnen sich folgende Parteien beteiligten: die *Polnische sozialistische Partei*, die weißrussische *Gromada*, die *Serp*, die armenische Partei *Daschnakutjun* und die *Grusinische Partei der Sozialisten-Revolutionäre-Föderalisten*. Auf dieser Konferenz wurde — zum erstenmal in der Geschichte der sozialistischen Parteien Rußlands — folgende Resolution gefaßt:

»Da die Konferenz die Frage der Notwendigkeit der Schaffung von exterritorialen nationalen Verbänden öffentlich-rechtlichen Charakters als außerordentlich dringend für die Lösung der Nationalitätenfrage erachtet — insbesondere in Rußland, das so stark von einander abweichende, durch einander geschobene nationale Elemente enthält —, und da sie zugleich der Meinung ist, daß diese Frage im gegebenen Moment noch nicht aus dem Stadium der Diskussion getreten ist, hält es die Konferenz für notwendig allen sozialistischen Parteien und Organisationen eine eingehende Besprechung des Problems in Versammlungen und in der Parteiliteratur zu empfehlen.«

Seitdem sind nun 4½ Jahre verflossen, und die Diskussion über diese Frage ist in der Partei dennoch nicht aufgerollt worden. Gewiß ist der Grund dafür in dem Sturm der Gegenrevolution zu suchen, der mehr als diesen einen schönen Wunsch der russischen sozialistischen Parteien zunichte gemacht hat.

Unversöhnlich ablehnend ist das Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie zur Forderung der nationalen Autonomie im jüdischen Proletariat. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die jüdischen Arbeiter in Galizien im Jahr 1905 aus der polnischen sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind und eine autonome Gruppe gebildet haben. Wie verhielt sich diesem Akt nationaler Selbstbestimmung der jüdischen Arbeiter gegenüber die österreichische Sozialdemokratie, die ja auf föderativen und autonomistischen Prinzipien aufgebaut ist? Der Zentralrat der österreichischen sozialdemokratischen Partei, die das Recht der autonomen Existenz aller übrigen Nationen anerkennt, erklärte in diesem Fall, daß die jüdischen Sozialdemokraten mit ihrem Austritt aus der polnischen Sozialdemokratie *eo ipso* aus der Organisation der österreichischen Internationale überhaupt ausgetreten seien. Man könnte noch eine lange Reihe einzelner kleinerer und größerer Tatsachen anführen, die das Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber dem jüdischen Proletariat klarlegen. Und doch hat dieses in Galizien und der Bukowina indichten Massen ansässige jüdische Proletariat seine eigenen brennenden Bedürfnisse und Interessen, dennoch spricht, denkt und fühlt es in seiner eigenen jüdischen Sprache, die es in seinem Klassenkampf in der sozialistischen Propaganda und Agitation gebraucht. Es muß hier gleich bemerkt werden, daß vor einiger Zeit auch eine *wissenschaftliche* Grundlage für dieses tatsächlich ablehnende Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie zu den national-autonomistischen Forderungen des jüdischen Proletariats geschaffen worden ist. Sie knüpft sich an den Namen des Genossen Otto Bauer, in dessen Buch wir ein besonderes Kapitel *Die nationale Autonomie des Juden?* mit einem charakteristischen Fragezeichen finden.<sup>5)</sup> Leider kann ich mich hier nicht mit einer eingehenden Kritik dieses Kapitels, des zweifellos schwächsten Teils mit einer eingehenden Kritik dieses Kapitels, des zweifellos schwächsten Teils des sonst leistungswerten Buches, befassen. Nur einige Worte darüber seien mir gestattet.

Es muß anerkannt werden, daß die ursprüngliche orthodox-marxistische Theo-

<sup>5)</sup> Siehe Bauer, loc. cit., pag. 366 ff.

rie überhaupt starke Verwirrung in die Auffassung der Nationalitätenfrage brachte: eine Verwirrung, die sich erst in unseren Tagen zu lösen beginnt. Karl Marx legte den Grundstein zu dem grandiosen Bau des internationalen Sozialismus, indem er durch den hohen Flug seiner politischen Ideen die Grenzen der einzelnen Staaten überwand und durch die gewaltige Kraft der wissenschaftlichen Analyse und der historischen Synthese die allgemein menschliche Grundlage des Gemeinschaftslebens für alle Völker ohne Ausnahme feststellte. Unter diesen Gesichtspunkten eröffneten sich Marx' scharfem Auge nur die sozialen Perspektiven, nur das Bild der Klassengegensätze. Die Nationalitätenfrage spielte in seiner Weltauffassung keine Rolle; diese Frage entglitt vollkommen seinem Gesichtsfeld, das ausschließlich auf die Beobachtung der sozialen Verhältnisse und der Klassenstruktur der Gesellschaft beschränkt war. In engstem Zusammenhang mit dieser allgemein theoretischen Unterschätzung der Nationalitätenfrage stehen bei Marx noch eine Anzahl konkreter Fehlschlüsse. Marx hat in einer ganzen Reihe von Fällen die ungeheure Lebenskraft unterschätzt, die gegenwärtig auch von kleinen Nationalitäten ausströmt. Charakteristisch in diesem Sinn ist sein Verhalten zu der Bewegung der Slawen, der er überhaupt jede Zukunft absprach. Durch die Geschichte, durch den nationalen Aufschwung der geschichtslosen Nationalitäten wurden die Marxschen Prophezeiungen Lügen gestraft; sie sind nur konstruiert nach den Regeln des ökonomischen Materialismus, der in der Analyse der nationalen Beziehungen ausschließlich mit Kategorien wie *Industrie*, *Handel* und *Kommunikationsmittel* operiert. Gegenwärtig wird die Unhaltbarkeit der Marxschen Behandlung der Nationalitätenfrage sogar von K. Kautsky zugegeben.<sup>6)</sup> Man muß Bauer beipflichten, wenn er zu diesem Punkt bemerkt, daß Marx und Engels nur einige Gebiete der Geschichte erforscht haben, keineswegs aber die nationalen Beziehungen.<sup>7)</sup>

Doch, was man für die Slawen anerkennt, ignoriert man gänzlich, sobald es sich um die Juden handelt. Analog der Prognose auf die österreichischen Slawen verhielt sich Marx auch gegenüber den nationalen Schicksalen des Judentums äußerst ablehnend. Marx war durchaus nicht geneigt die Merkmale einer Nation in den Juden zu sehen. Er betrachtete das Judentum vielmehr als eine ausschließlich ökonomische Kategorie, deren Eigentümlichkeiten er aus der Beobachtung des zeitgenössischen bürgerlichen Judentums in Deutschland schöpfte. Wie Marx in der Slawenfrage keine neuen Formen und Beziehungen des nationalen Lebens gesehen hat — was jetzt auch alle marxistisch denkenden Kritiker Marxens zugeben —, so hat er auch die Möglichkeit der Klassendifferenzierung im Judentum wie die Entstehung eines jüdischen Proletariats und eines jüdischen Sozialismus nicht vorausgesehen. Marx lebte nicht in unserer Zeit. Aber auch seine Anhänger, die in unserer Mitte leben, und die vom jüdischen Sozialismus gehört haben, die einigermaßen mit dem jüdischen Proletariat und seiner Bewegung bekannt sind, haben sich bis heute von der gänzlich veralteten Marxschen Auffassung der Judenfrage nicht freigemacht. Der russische Sozialdemokrat Lunatscharskij erklärt, daß jener Standpunkt »noch heute als vollkommen richtig« anerkannt werden muß, und das, obgleich vor seinen Augen der heldenhafte Kampf des jüdischen Proletariats sich abgespielt hat, der Kampf für die ökonomische, politische

<sup>6)</sup> Siehe Kautsky Vorwort zu Marx' *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, 2. Auflage (Stuttgart 1907), pag. XXI ff., und *Nationalität und Internationalität*, loc. cit., pag. 1 ff.

<sup>7)</sup> Siehe Bauer *Bemerkungen zur Nationalitätenfrage in der Neuen Zeit*, 1907-1908, 1. Band, pag. 792.

und nationale Befreiung der eigenen Nation sowie für die Befreiung des ganzen Landes, mit dem auch sein trauriges Schicksal verknüpft ist. Alte Ideen, althergebrachte Traditionen haben eine zähe Lebenskraft. Und wenn der Inhalt dieser alten Ideen schon überwunden ist, behält die formale Macht der alten Worte noch lange ihren Einfluß auf die Geister. So war es mit den Ansichten der modernen Sozialisten über die Judenfrage. Vor einiger Zeit stellte K. Kautsky die folgende Behauptung auf:

»Will man die Rolle kennzeichnen, die das Judentum im Mittelalter spielte und heute noch in Osteuropa spielt, so geschieht dies weit besser als durch die Bezeichnung *Nation* durch die Bezeichnung *Kaste*. Nicht unter den Nationen des modernen Europa, mit denen wir es hier zu tun haben, sondern unter den Kasten Indiens finden wir Erscheinungen, die dem Judentum entsprechen, wie es sich nach der Zerstörung Jerusalems und dem Aufkommen des Christentums gestaltet hat. Die Versuche das Judentum als Nation aufrechtzuerhalten sind tatsächlich nur Versuche seine Existenz als besondere Kaste fortzuführen.«<sup>9)</sup>

Viel ist über das Wesen und die Eigentümlichkeiten der jüdischen Nationalität gestritten worden, aber niemand kam bisher auf den ungeheuerlichen Gedanken das nach Millionen zählende jüdische Volk mit einer indischen Kaste zu vergleichen. Ein Volk, das die extremen Pole des Reichtums und der schlimmsten Armut, des geistigen Glanzes und der Dürftigkeit umfaßt; ein Volk, das an sozialer Differenzierung und Klassengliederung so reich ist; ein Volk, in dessen Reihen ein heißer Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat gekämpft wird; ein Volk, dessen gesamtes unterdrücktes inneres Dasein das lebende Bild einer endlosen Bewegung durch Jahrhunderte, Länder und Völker darstellt: ein solches lebendig tätiges Volk wird urplötzlich auf dem geheimnisvollen Weg einer erfinderischen menschlichen Logik einer Kaste gleichgestellt, die ihrer Natur nach etwas Formloses, Stabiles und Unbewegliches ist. Das heißt wirklich Mißbrauch mit Analogieen treiben. Und doch hat Genosse Bauer sich in seinem Werk über die Nationalitätenfrage auf den gleichen Standpunkt gestellt. Nach Bauer wurden die Juden, nachdem sie ihre territoriale Selbständigkeit eingebüßt hatten, als Fremdlinge in die mittelalterliche feudale Gesellschaft verpflanzt. Hier waren sie Vermittler im Handelsverkehr, und zwischen ihnen und der autochthonen Bevölkerung der mittelalterlichen Gesellschaft, die sich an einem ganz andern Pol der wirtschaftlichen Tätigkeit bewegte, fand keine ökonomische Annäherung statt. Die Juden bildeten eine im vollen Sinn des Wortes abge sonderte soziale Gruppe, und dies begünstigte den Fortbestand ihrer nationalen Einheit. Damals waren die Juden eine Nation. Aber mit dem Vordringen des Kapitalismus tritt ein Teil der Juden in die Reihen der allweltlichen Bourgeoisie, der andere Teil geht in das industrielle und Handwerksproletariat über. Die Juden wurzeln sich immer tiefer in die allgemeine ökonomische Organisation der christlichen Gesellschaft ein, und »man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß sie aufhören eine Nation zu sein«. Leider hält die Bauersche Verallgemeinerung der historischen Kritik nicht stand. Tatsächlich erhellt aus den modernen wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen, daß die Juden sich auch im Mittelalter keineswegs ausschließlich mit Handel befaßten sondern ebenso mit allen anderen Arten der wirtschaftlichen Tätigkeit. Jedenfalls steht es fest, daß sie im Altertum keineswegs ökonomisch isoliert waren, daß sie vielmehr einen organischen Bestandteil der ökonomischen Struktur der antiken Gesellschaft bildeten. Trotzdem haben sich die

<sup>9)</sup> Siehe Kautsky *Nationalität und Internationalität*, loc. cit., pag. 7.



# WILHELM HAUSENSTEIN · DIE FRANZÖSISCHE KUNST DES 18. JAHRHUNDERTS · VERSUCH EINER ANGEWANDTEN STILSOZIOLOGIE



ÜR alle Möglichkeiten künstlerischer Betätigung hat das französische Dixhuitième außerordentliche Formeln gefunden; es übertrifft vielleicht noch die ähnlich gestimmte Renaissance an Vielseitigkeit und Eindringlichkeit. Sein überwältigender Reichtum wird daher ein leidenschaftliches Studium immer lohnen. Ein besonderes Motiv kommt uns hinzu: das ist die nahe sozialästhetische Verwandtschaft, die zwischen dem 18. Jahrhundert und der Gegenwart besteht. Diese Beziehung läßt sich aus dem Gebiet der englischen oder der deutschen Kunst der Zeit schwerer erweisen. Zwar erzog sich der englische Adel einen Reynolds, Gainsborough, Lawrence. Und aus dem englischen Bürgertum stieg neben Swift ein Hogarth auf. Und wenn der deutsche Adel die lästige Verpflichtung des Mäzenatentums fast nur an Künstlern siebenten Ranges erfüllte — arm wie er war —, so konnte das deutsche Bürgertum doch auf Chodowiecki und Geßner hinweisen. Aber alle diese Namen verschwinden hinter den gleichzeitigen französischen.

Worin besteht die angedeutete sozialästhetische Beziehung der Zeiten?

Wie in der französischen Kunst des Dixhuitième feudale und bürgerliche Kunst gegeneinandergestellt waren, und wie sich beide Klassenstile zu höchst charakteristischen, blühend sinnlichen Mischungen verbanden, die über eine mechanische Klassenscheidung hinausführten, so bereitet sich in unserm Zeitalter allenthalben ein merklicher Kontrast zwischen traditioneller Bürgerlichkeit in der Kunst und einem neuen Stilsuchen vor, dessen geheimnisvoller Urgrund der vorwärtstreibende Geist der sozialen Zeiterregung und aller ihrer Korrelate ist; und ebenso bahnt sich auch fast zugleich eine große Synthese an, deren Herkunft sich nicht mehr mechanistisch auf bestimmte Klassenstile zurückführen läßt. Im Künstlerischen ist die Unabhängigkeit der Klassenbewegungen viel mehr auf Relativitäten reduziert als im Ökonomischen. Unsere sozialistischen Volkshäuser sind so bürgerlich wie möglich: oft bürgerlich im fatalsten Sinn der siebziger und achtziger Jahre. Kapitalistische Unternehmungen stellen dagegen dem Massenbesuch Architekturen hin, in denen ein wahrhaft revolutionäres Prinzip, der Grundsatz der konstruktiven Sachlichkeit, bis zum Äußersten getrieben wird: Das Prinzip des Existenzminimums wird in die feierliche Höhe architektonischen Stils gehoben, und das Ornament heißt Verbrechen, oder es wird nach dem Vorbild ornamentaler Figuralreliefs romanischer Architekturen mit einer naiven Zaghaftigkeit verwandt. Der Bürger spielt das Prävenire: und er entdeckt die künstlerischen Notwendigkeiten, die aus einer Kultur der Masse erwachsen, um so sicherer, als sich das Kapital in einen technisch sparsamen Stil weit zweckmäßiger investiert als in die Fabriken, Warenhäuser, Kirchen, Börsen, Bahnhöfe, Restaurants und Theater, denen übler bourgeois Geschmack verwichener Jahrzehnte unter dem absterbenden Einfluß der Stile luxuriöserer Sozialkulturen den baugewerklichen Apparat gefälschter Renaissance und unlauteren Barocks aufzwang. Die aktive Kraft einer aufsteigenden Klasse ist im Künstlerischen zunächst leicht begrenzt. Bürgerliche Geister oder Geister, die mit bürgerlicher Kultur

gesättigt sind, haben das Proletariat zuerst künstlerisch gefaßt: Meunier, Zola, Verhaeren und — Marx.

Aber das Dixhuitième gebietet sofort eine Einschränkung. Das französische Bürgertum jener Zeit hat im Künstlerischen viel mehr Kraftreserven freigesetzt als es je ein modernes Proletariat konnte. Das ist der Unterschied der Phänomene: Dies Bürgertum verfügte in der Zeit, in der es seine soziale Emanzipation begann, über eine so bedeutende ökonomische Macht, daß es ihm leicht war sich an der Fortbildung idealer Traditionen höchst aktiv zu beteiligen. Die Künstler der bürgerlichen Emanzipation waren selber Bürger: Chardins Vater war Möbelschreiner. Und Bürger waren sogar die großen Künstler des *ancien régime*: Watteaus Vater war Schieferdeckermeister, Bouchers Vater Kupferstichhändler und Stickmusterzeichner, Fragonards Vater Handschuhmacher, Spekulant in einem Brandlöschungsunternehmen und schließlich Buchhalter.

Die sozialästhetischen Parallelen und Widerspiele sind nun sicher nicht überall deutlich zu substantizieren. Aber man kann in vielen Fällen wenigstens zwischen den Zeilen lesen. Im übrigen: Das 18. Jahrhundert war nicht bloß dazu gemacht mit anderen verglichen zu werden. An bestimmten Stellen beginnen die unaussprechlichen Reize des Isolierten.

Ich versuche den Gegenstand kunstgeschichtlich zu periodisieren.

Die französische Kunst des 18. Jahrhunderts begann mit den Überlieferungen des *grand siècle*. Der *style Louis XIV* war heroisch. Er liebte die antike Maske, modifizierte sie aber im Geschmack der Oper. Dieser Stil wollte riesige Bildformate, überlebensgroße Figuren; er hatte die Dimensionen der großen Palaisdekoration. So haben ihn Lebrun und Jouvenet geprägt. Lesueur brachte das devote Moment in diesen Stil. Zwei abseits stehende Meister brachten das landschaftliche Correspondens: Poussin einen tizianischen Landschaftsstil, Claude eine Art, die trotz der antiken Kulissen den Geist der Barbizonschule, des *paysage intime* vorausnimmt. Der *grand style* setzte sich verdünnt ins Dixhuitième fort. Die Formate wurden enger. Das Repräsentative wurde menschlicher, zugänglicher, gefälliger. So ist der große Stil in den Mythologien und Historien der Coppel, Troy, Vanloo. Fragonard debütierte mit einer immerhin Murillo anempfindenden antiken Szene. Gabriel de Saint-Aubin, der Dixhuitième-*realist par excellence*, glaubte um den Rompreis konkurrieren zu müssen. Der offizielle Jahrhundertstil war das dekorativ-konventionelle Feudalschema des Geschichtsbilds. Es ist nicht paradox: Watteaus wunderbar große und vornehme Kunst, in der dem Wort *Poesie* kein fataler Ton nachklingt, kündigt die realistischen Instinkte des Bürgertums an. Der bürgerliche Geist hatte noch kein Verhältnis zur Antike. Noch gehörte die Antike — in den traditionellen Schemen des Feudalstils — dem Adel und der Kirche, und noch war man nach der andern Seite hin fern von David. Watteaus Realismus und der seines genialen Lehrers Gillot — Realismen, die sich für Theaterszenen, Gesellschaftsszenen, Kirmessen und Jahrmärkte interessierten und sich thematisch wie formal nicht wenig an Callot und Teniers inspirierten — galten als Leistungen inoffiziellen Stils, so sehr die hohe Welt die *peintres de sujets modernes* auch suchte.

Der *style Louis XV*, den Boucher vertrat, bedeutet etwas wie einen Kompromiß. Der *grand style* wird zur Operettenantike. Er nähert sich der Realität:

des galanten Lebens. Er nimmt Diminutivformen an. Er mündet in erotische Boudoirmythologien, denen eine wundervoll oberflächliche dekorative Konvention entströmt. Die Pastorale bei Boucher deutete bereits auf einen kommenden Umschwung. Arkadien war nicht weit vom bürgerlichen Suppentopf. Der *style Louis XIV* hat die Katastrophe des Rokoko vollendet. Er hat es überwunden: Es umfaßt in der französischen Kultur nur die Zeit von 1715 bis höchstens 1774. Die Ära Ludwigs XVI. bedeutet einen entschiedenen Durchbruch des Bürgertums in der Kunst: beinahe den *art pot au feu*. Boucher, der Galante, mußte noch Maler des häuslichen Lebens werden. Der Geist bürgerlicher — und schon kleinbürgerlicher — Familiensentimentalität begann die Kulturstimmung zu beherrschen. Die kleinen Mamas des Bürgerhauses wurden als Kultusheilige behandelt, und selbst Marquisen trugen die *délices de la maternité* zur Schau. Man wurde nach einer Periode, in der die virtuoseste Hofmannserotik Selbstzweck gewesen war, auch in den besten Kreisen noch einmal fruchtbar. Moreau vergaß in dem Album, in dem er das Leben einer mondänen Pariserin von 1780 schilderte, nicht die *déclaration de la grossesse* und die *soins du mari*. In dieser Periode schufen auch Greuze und Chardin. Chardin schaltete zwischen Pfirsichen, Tabakspfeifen, Kohlköpfen und Kupferkasserollen mit einer Sachlichkeit, die man als kleinbürgerliche Monumentalität bezeichnen möchte. Greuze gab die bürgerliche Wohnzimmerdramaturgie, die gemalten Gegenstücke zum Musikus Miller und zur Mutter Millerin, zu Gemmings *Hausvater* und ähnlichen Szenen aus der Dichtung des jungen Bürgertums. Er vergaß übrigens nicht seiner Kunst aus dem galanten Repertoire des feudalen Decrescendo einige würzende Züge mitzuteilen. Und er vergaß auch nicht den Hausvätern, die ungeratenen Söhnen fluchen, altrömisches Relief zu geben. Denn das Bürgertum fing an sich der Antike zu bemächtigen. Es entstand jene eigenartige Vermischung von Antike und bürgerlichem Realismus, die auch unserer klassischen Literatur zu eigen ist. Jede emanzipierte Klasse rezipierte noch antikes Wesen nach den Maßen ihrer eigenen Wirklichkeit. Das klassische Theater Frankreichs ist eine feudale Modifikation der Antike. Lessing, Winckelmann, Cochin, Diderot und — pikant genug — der hochgeborene Graf Caylus sind bürgerliche Stilisierungen der Antike. Das antike Schema Ludwigs XIV. heißt Alexander oder Tiberius. Das antike Schema Diderots und der Enzyklopädie heißt Cato oder L. Junius Brutus.

1766 wurde Lessings *Laokoon* im *Journal encyclopédique* besprochen. 1764 schon, im Jahr des Erscheinens, kam in der *Gazette littéraire de l'Europe* eine Rezension der Kunstgeschichte Winckelmanns, und 1781 bis 1784 erschien die französische Winckelmannausgabe Hubers. Auch Mengs und der deutschklassizistische Ästhetiker Christian Ludwig Hagedorn wurden übertragen. In Frankreich fand man freilich auch andere Wege zur Antike: Frau von Pompadour, die ein Weib mit den feinsten Instinkten war, protegierte die klassizistische Mode in einer Zeit, in der diese Mode noch kaum geboren war. Sie schickte Soufflot, der das Pariser *Pantheon* erbaut hat, zu den Ausgrabungen nach Unteritalien. Im übrigen war diese neue Renaissance der Antike ein Lieblingssport etlicher Abbés von Geblüt, deren galante Vergangenheit in eine puritanische Zukunftsästhetik dialektisch umschlug; so wurde Saint-Non zum Etrusker und zum Feind des flamboyanten Rokoko. Klio ist witzig: Sie läßt den offiziellen Stil des revolutionären Bürgertums, den Davidismus, bei einer königlichen Maitresse und etlichen Soutanen des *ancien régime* beginnen.

Die kunstgeschichtliche Periodisierung entspricht genau der sozialökonomischen. Die Ära Ludwigs XIV. war höfisch und feudal. Die Régence war schon sehr stark mit den plutokratischen *nouveaux-riches* durchsetzt. Es war die Zeit John Laws, der tollsten Agiotage, der jungkapitalistischen Handels- und Banksyndikate. Die Mäzene Watteau — der übrigens wie Gillot ein Opfer der Lawschen Zettelbank wurde — gehörten zur Plutokratie: Julienne, Crozat. Das Zeitalter Bouchers war eine Periode gesteigerter Konkurrenz der Hochbourgeoisie mit dem feudalen Mäzenatenadel. 1726 wurde das Steuerpachtwesen syndikatmäßig organisiert: die *Ferme générale*, eine Gesellschaft von 60 und bald nur noch 40 Bankkapitalisten, Handelsmagnaten und bürgerlichen Grundrentenempfängern, machte aus der Pacht der Akzisen und Gefälle ein Monopol. Ein Beispiel der Zahlen, um die es sich handelte: Necker gab in dem berühmten Etat die Bruttoeinnahmen der *Ferme* auf 186 Millionen Livres, die Verwaltungskosten und Pächtergewinne auf etwa 43 Millionen, den jährlichen Nettogewinn des Gesellschafters auf etwa 75 000 Livres an. Diese *Fermiers* stellten der Kunst von 1730, 1740, 1750, 1760 die Protoktoren. Ein Generalpächter, Bergeret, war Fragonards Hauptgönner. Das glänzendste Buchkunstwerk des Dixhuitième, die erotischen Versnovellen Lafontaines mit den Vignetten Eisens und den Fleurons Choffards, nannte sich ausdrücklich *Edition des fermiers généraux*. Die *Fermiers* hatten die Kosten bestritten. Ein Bürger von geringer Herkunft, der Bruder der Pompadour, Abel Poisson — später erhielt er das Marquisat von Vandières und das von Marigny —, wurde ein geschmackvoller Hofintendant der schönen Künste.

In der Ära Ludwigs XVI., des ersten *Citoyen Roi* der französischen Geschichte, gab man sich simpler. Neckers Salon vermied seigneuriale Fermierallüren und affektierte das Hausbackene der Bürgerstube. Auf Neckers Soiréen sprach man nur von sozialen Fragen, von Staatsbudgets, von Montesquieu, von Physiokratie und Naturrecht, allenfalls von Gebners Idyllen. Die Damen erschienen ungepudert, wie Rousseau es wollte; sie trugen sich nach englischer Sitte — nach der Sitte vorgeschrittener Bürgerlichkeit — mit Vorliebe in reinstem, häuslichem Weiß; und wenn sie zu spät kamen, so entschuldigten sie sich bei der Frau des Hauses hörbar leise damit, daß sie soeben noch Bébé gestillt hätten: *il faut ça, vous savez*; und Vater Breitinger hätte eine Herzensfreude gehabt. Die Fenster des Salons waren groß, die Räume waren hell, staubsammelnde Dekors wie Straußenfedernbaldachine, bauschige Vorhänge und quirlige Rocailles waren vermieden. Die Wände waren zu klassizistischer Einfachheit, die Stukkaturen zu ernster Rechtwinkligkeit besänftigt. Jeder Exzeß war im Milieu wie im moralischen Leben verpönt. Man goutierte den Reiz der Langeweile so sehr, daß man sich verbot ihm zu bemerken. Dies war auch die Zeit, in der die aufgeklärten Fürsten ganz persönlich die soziale Frage lösten: Die süße Marie-Antoinette ließ einen kranken Weinbergarbeiter in ihrem Wagen fahren, und ein braunschweigischer Prinz hüßte zur tränenden Begeisterung des loyalen Chodowiecki sein Leben ein, als er bei einer Überschwemmungskatastrophe helfen wollte. Aber dann kam dennoch die französische Revolution. Der Mensch ist undankbar.

Die allgemeinste sozialästhetische Form, innerhalb deren sich der Kontrast zwischen Adel und Bürgertum entwickelte, war das gewaltige Problem, das auch unserer Zeit seit Marées gegeben ist: Mobile oder immobile Kunst? Der Adel neigte wie die ganze Feudalkultur zum Immobilen. Mit Gillot und

Watteau beginnt das mobile Bild: das Genre. Es entwickelt sich bei Hilair und Lancret, bei Chardin und Greuze weiter, auch bei dem Pastellisten Latour: weniger bei Boucher, am stärksten in den glänzenden Staffeleiimpressionen Fragonards. Es ist aber sehr zu beachten: Die Mäzenatenplutokratie war keineswegs bloß auf mobile Bilder eingestimmt. Mag es immerhin ein wenig seigneurialer Snobismus gewesen sein, sicher ist es doch Tatsache, daß auch die reichen Bourgeois lokalisierte Kunstwerke, kunstgewerbliche Totalitäten wollten. So enthält der relativ mobile Stil Watteaus immer noch fühlbare Beziehungen zur Örtlichkeit, die zu schmücken ist. Das Genre — im Grunde die Hauptkunst des Bürgertums — hat noch ornamentale Kurve. Latours Porträtpastelle waren mitunter in ovale Wandausschnitte eingelassen. Und man möchte selbst das Unpersönliche dieser Pastellporträts, das Geschminkte daran, ihre zarte, ausgleichende Konventionalität noch zu den Konzessionen an den immobilien Stil zählen. Das Sozialästhetische ist in der Kunst überaus mächtig. Das eigentliche Wesen des Brustbilds, die individualisierende Physiognomie, wird den Traditionen feudal gebundener Stilkonvention in Latours Pastellbildnissen sicher so sehr geopfert wie in den repräsentativ-feudalen Kostümporträts Champaignes, Rigauds, Tocqués. Wir wollen auch nicht vergessen, daß gerade bürgerliche Lebensverhältnisse die kunstgewerblich fixierten Möglichkeiten stark erweiterten: Moreau schuf Reklamekarten, Augustin de Saint-Aubin glänzende Kupferstichcartouchen für Fahrpläne und unter anderm einmal eine Apothekeretikette für eine blasenziehende Salbe ohne Kanthariden. Des Buchschmucks, der Goldpressungsentwürfe, Vignetten, des Drucktypenstichs gar nicht zu gedenken. Und die größten Maler des Jahrhunderts schufen Firmenschilder: Watteau gab mit dem berühmten *Enseigne de Gersaint* sogar ein Wunder szenenkompositioneller Feinheit, und von Chardin weiß die Überlieferung, daß er einem Wundarzt eine höchst realistische Duellszene aufs Hausschild gemalt habe. Noch eins: Auch die Kirche versagte sich nicht. Sie ging mit der Zeit. Baudouin, der ein kleines Rokokocochon gewesen ist, malte Heiligenszenen.

Weitere Fragen nach der sozialen Form der Kunstübung: Wie stand der Künstler zum Mäzen? Wie zum Markt? Wie zu den Traditionen seines Berufs? Der Mäzen war zugleich suffisant und Bewunderer. Der Maler war zugleich Meister und nach dem immerhin nicht ganz totzudiskutierenden Titel Jan van Eycks *Valet de chambre*. Nie war für den Gebildeten die Verpflichtung zum Dilettieren weniger unumstritten. Aber der Dilettant war auch selten arroganter. Wenn George Michel im Haus des Generalpächters de Chalu täglicher Lehrer der Familie war, so entsprach das einer allgemeinen Chance, die damals fast jeder geübte Künstler so gut besaß wie jeder *maitre d'armes* darauf rechnen konnte seinen *bourgeois gentilhomme* zu finden. Frau von Pompadour radierte bei Cochin fils; und sie zeichnete bei Charles Eisen. Der Regent war ein Dilettant von nicht gemeiner Begabung. Die Kehrseite: Überall hing der Lehrer von den Empfindlichkeiten des Seigneurs ab. Eisen wurde aus dem Schloß Versailles gejagt, als er einen etwas kecken Witz wagte: nämlich den sich das selbe Kostüm zu genehmigen, das er für Ludwig XV. entworfen hatte. Und der Baron Yory entließ George Michel mit Entrüstung, als der Maler zu den Jakobinern ging.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Künstler war am pompösesten in der *Académie royale de peinture et de sculpture* organisiert. Außerhalb der

Akademie gab es für das französische Dixhuitième überhaupt keine voll legitime Kunstübung. Man wurde nach strenger Privatvorbereitung, die womöglich im 4. oder 5. Jahr einsetzte, Eleve der Pariser Akademie, dann — sofern man bei der Klausurkonkurrenz einen Rompreis erhalten hatte — *élève protégé du Roy*. Dann war man etliche Jahre in der römischen Akademie, die Colbert gegründet hatte, *boursier du Roy* und begeisterte sich für jeden großen Stil von Raffael bis Pompeo Battoni. Darauf wurde man Agrégé der Pariser Akademie und schließlich förmliches Mitglied: sofern die Rezeptionsbilder der gut gelagerten Jury wohlgefielen. Zuletzt bekam man Wohnung und Atelier im *Louvre. Valet de chambre*. Noch eins: Nur die Akademiker hatten das Recht die offiziellen Ausstellungen im Salon, der *Salle carrée*, zu beschicken, die seit 1673 üblich waren. Es ist klar: So mußten sich Sezessionen bilden. Und sie entstanden. Am Fronleichnamstag oder dem nachfolgenden schönen Feiertag sah man Ausstellungen aller Inoffiziellen auf dem Pont neuf. Unter den unorganisierten Sezessionen war die *Académie Saint-Luc* die weitaus wichtigste. Im ganzen hatte das Ausstellungswesen kleine Dimensionen. Das Museumswesen war so gut wie unöffentlich. Es begann sich in fürstlichen, adligen und bürgerlichen Kunstkammern eben erst vorzubereiten.

Die wirtschaftliche Entwicklung des jungen Kapitals führte mit Notwendigkeit zur Entstehung von Massenkunstwerken. Der Pariser Kunsthandel wurde sehr lebendig. Watteau arbeitete bei einem Manufakturbesitzer, der Dutzendware in ingenüös geteilter Arbeit herstellen ließ: ein Geselle machte Wolken, einer Himmelsbläuen etc. Watteau hatte den Vorzug für einen Wochenlohn von 3 Francs und etliche Wassersuppen ganze Figuren des heiligen Nikolaus malen zu dürfen. Eine andere Befriedigung des Massenbedarfs fand das Händlerkapital in der Aufzucht zahlloser graphisch-reproduktiver Techniken. Kein Zeitalter vor der Photochemieperiode hat diese Menge reproduktiver Künste. Die Technik führte vom strengen Stichelwerk, wie es von Lebas oder Wille vertreten wurde, vom sogenannten *burin*, dem Grabstichel, zu kombinierten Verfahren, bei denen der Stichel die in Arbeitsteilung vorgeätzten Platten *retouchierte*. Demarteau erfand zur Wiedergabe von Handzeichnungen die weiche Crayonmanier, die mit der Roulette und der Punktierung arbeitet. Von England aus eroberte der mollig-flaumige Punktierstrich Bartolozzis auch Frankreich. Janinet und Debucourt bildeten den Farbenstich bis zu den verblüffendsten Wirkungen aus. Mäßig begüterte Leute, die Originale haben wollten, fanden auf dem Markt flüchtige Gouachen und Lavisblätter Baudouins, Lafrensens, Freudebergers: ein malerisches Korrelat zu den Porzellanen von Sèvres und zu den Terracotten der Clodionschule. Es fällt auf, daß die Kunstübung fast erblich war. Die Saint-Aubins waren in 3 Generationen Künstler: der Großvater war Sticker, der Vater auch; von den Söhnen waren Gabriel und Augustin Radierer; Louis war Porzellanmaler, Charles-Germain Stickmusterzeichner und Karikaturist. Der Fall war typisch. Die väterliche Zucht war rigoros. Der alte Eisen nahm den Sohn in Kabinette und ließ ihn das Geschene aus dem Gedächtnis reproduzieren. Daher die kompositionelle Leichtigkeit der Rokokomalers, ihr Sinn fürs Ganze. Knaben mußten im Gehen auf der Straße zeichnen. So hat der junge Boucher Hallentypen fixiert. Daher die frühreife Souveränität der Hand. Die strenge Zucht setzte sich in Privatschulen und auf der Akademie fort.

Innerhalb dieser sozialen Formen entwickelte sich die ästhetische Differen-

zierung der Kunst. Man kann wohl 4 Kontraste aufstellen: den zwischen feudalem und realistischem Stil, den zwischen Rocaille und Antike, den zwischen Figur und Landschaft oder Stilleben, endlich den zwischen Malerei und Zeichnung.

Dem adelig-höfischen Stil Vanloos und der Seinen stand der Realismus eines Pigalle, Caylus, Gabriel de Saint-Aubin, Bouchardon, Chardin diametral gegenüber. Diese Opposition war deutlich mit politischer Opposition verquickt. Saint-Aubin, der die realistisch-grandiose Darstellung des den Salon von 1753 besuchenden Publikums, einen Rousseau beim Schach im *Café de la Régence*, die Sprengwagen des Tuileriengartens radiert hat, war rassisger Voltairianer und ein Vorläufer der Konventleute von 1793. Er war bewußter Bohémien, überzeugter Kunstproletar, indes ohne präziös zu werden. Graf Caylus, Grande von Spanien, trug einen Bürgerfrack mit Kupferknöpfen und radierte die Gassenhändlertypen, die Bouchardon gezeichnet hatte. Das war sozialer und ästhetischer Protest gegen jene Formel, die der Baron Grimm verbreitete: »Da die Leute von der Halle und von der Place Maubert in der Gesellschaft keine Existenz haben, können uns ihre Angelegenheiten in keiner Weise interessieren.« Noch ein Beispiel statt vieler: Pigalle bildete aller akademischen Pose zum Trotz einen höchst naturalistischen Voltaire. Der Gegensatz drang überall durch. Er bemächtigte sich auch der Karikatur. Moreau le jeune karikierte noch akademisch-allegorisch. Aber der Klassiker der Karikatur des Revolutionszeitalters, Debucourt, karikierte aus der Realität der sinnlichen Erscheinungen heraus. Er karikierte etwas englisch. Er karikierte im bewußten Geist der Demokratie: ein Vollender der Traditionen Callots, der Le-nains, Scarrons und des Cervantes.

Caylus, Bouchardon und andere Realisten waren zugleich ausgesprochene Klassizisten, Bouchardon, der Hallenbesucher, ist der Erbauer der antikisierenden Grennellefontaine gewesen. So war der Kampf des bürgerlichen Realismus gegen die feudale Boucherpoesie zugleich ein Kampf auf anderer Front: ein Kampf schlicht begriffener Antike gegen die entzückenden Persionen der Rocailleantike. Cochin fils hat diesen Kampf literarisch sehr amüsant geführt; er höhnt den Rocaillemeister Meissonier, den Tausendkünstler, den Bernini Ludwigs XV.: »Mit Meissonier wird das Rokoko verrückt. Er behandelt eine architektonische Monumentalaufgabe nach den selben Gesichtspunkten wie eine Bonbonbüchse. Es ist wunderbar, wie er den sprödesten Marmor zwingt sich gefällig in die bizarrsten Schlingungen zu fügen. Balkone, Balustraden dürfen bei ihm nicht geraden Wegs gehen. Sie müssen sich schlängeln, wie es dem Herrn gefällt. Unter seinen allesbezwingenden Fingerchen wird das härteste Material kokett wie Seide.«

Die Landschaftskunst und das Stilleben standen mit dem Realismus der Gruppe um Saint-Aubin in einem zum mindesten objektiven Einverständnis. Die Feudalität verachtete die Halle. Sie verachtete auch die Landschaft. Und sie wurde von beiden wiederverachtet. Noch 1791 war die Kritik den Landschaftlern feindselig. Ein Rezensent des Salons von 1791 meinte: »Von den Landschaften rede ich nicht. Das ist ein so inferiores Genre, daß man es gar nicht behandeln sollte.« Zwei Jahre nachher war der Umschwung da: charakteristischerweise gerade in dem Moment der Herrschaft der unteren Schichten, in einer Zeit der Ohnmacht der plutokratischen Gironde. Ein Rezensent von 1793 meint: »Man muß zugeben, daß die Landschaftsmalerei in Frankreich eine

Höhe erreicht hat, wie sie nur in den Zeiten Poussins und Claudes erreicht war. Die Natur ist überall schön. Man muß nur verstehen das Schöne herauszuholen.« Diese Emphase war berechtigt. Vernets Landschaften — etwa der *Ponte Rosso* im *Louvre* —, die herrlichen Ansichten Louis Gabriel Moreaus aus der Nähe von Paris, die Daubigny zu gehören scheinen, die Kunst George Michels, die sich etwa in einem Skizzenbuch des *Louvre* entfaltet und erstaunlich an Constable und Bonington oder an Cuypp und Goyen erinnert, beweisen, daß jener Kritiker nicht übertrieb. Er berief sich übrigens ausdrücklich auf Moreau und Michel.

Und das Publikum dieser Zeit? Der Geschmack war nuanciert. Man besann sich nicht Chardin, den Maler verächtlicher Kohlköpfe, in die *Académie royale* aufzunehmen. Man war doppelgesichtig wie die soziale Art der Zeit. Moreau und Michel haben nicht so sehr in die Breite gewirkt wie Chardin es vermochte. Selbstverständlich konnte sich Ludwig XVI. trotz aller volksfreundlichen Gesten an den Naturburschen um Michel nur wie an Kuriositäten ergötzen: »Wir haben im Wald von Fontainebleau den Maler Bruandet und ein Wildschwein gesehen.«

Konnten diese Künstler Erfolg haben? Sie hatten in Leben und Kunst die proletaroiden Art der *Räuber* Schillers. Bruandet warf seine Freundin zum Fenster hinaus, daß sie das Genick brach. Michel pflegte seine Honorare in Sechsfrankenstücke zu wechseln und diese Münzen flach über die Seine tanzen zu lassen. Für diese Kraftgenies konnte es in Frankreich nur ein einziges Jahr geben: das Jahr 1793. Der französische Kunsthistoriker Prosper Dorbec schreibt: »Die neue Gesellschaft bestand aus rasch avancierten Militärs obskurster Herkunft und reichgewordenen Spekulanten; also Leuten, denen ihre bescheidenen Eltern nicht die humanistische Erziehung der Feudalzeit hatten geben können. So waren auch die Maler geneigt auf eine antikisierende Topographie zu verzichten und sich damit zu begnügen das treue Bild der Heimatlandschaft zu geben.« So scheidet sich in der Revolution der Geschmack der Sansculotten von dem pompösen Davidismus, der zunächst nur der humanistisch orientierten Gironde und etlichen akademischen Intelligenzen entsprach und erst in der Zeit des Direktoriums, des Konsulats und des Kaiserreichs das allgemeine Bewußtsein zu durchdringen vermochte. Um 1810 kümmerte sich niemand mehr um George Michel, den Maler der Ebene von Saint-Denis, den Maler des alten Montmartre und seiner Windmühlen.

Dies ist die Linie: Watteau entsprach dem Realismus der Plutokratie um Law, Chardin dem der mittelbürgerlichen und kleinbürgerlichen Diderotperiode, Michel dem sozialen Stil der Robespierrezeit und ihrer proletarischen Einschläge. Neben Michel erscheint Davids Klassizismus wie alt, fast sagt man: wie reaktionär. Es ist bezeichnend, daß der Davidismus so hemmungslos in den Stil des Empire hinüberglitt. David wurde so selbstverständlich Hofstilist wie der Konsul Bonaparte ein Kaiser Napoléon. Künstlerisch hat diese Entwicklung den Tod der Farbe bedeutet. Nur einer jungen Kultur ist die Antike stets unschädlich. Sie konnte weder dem Stil Watteaus noch dem Fragonards und Chardins, ja nicht einmal dem Bouchers die malerisch-pastose Frische nehmen. Cochin, der Klassizist, vermochte Sätze wie diesen: »Der Hauptreiz der Malerei, das Kolorit, ist bei uns noch lange nicht genug erkannt.« Cochin nennt Raffels Faktur im materiellen Sinn trocken. Er empfiehlt den Zeitgenossen mehr auf die Bolognesen und Neapolitaner (Reni,

Caravaggio, Ribera) und noch mehr auf Correggio, Tizian und Veronese zu achten. Er warnt auch vor archäologischer Kunst. Er wittert David. Das ist enorm viel. Das Bürgertum hat mit einer erstaunlichen Universalität eingesetzt. Aber freilich: Im monumentalen Stil war es am schwächsten.

Das 18. Jahrhundert hatte immobile und mobile Kunst, Dekoration und Genre, Weite und Intimität, kunstgewerbliche Ziele und lockere Staffeileimpessionen, bedeutungsvolle Moralmalerei und hinreißende Sinnlichkeit, Idee und Körper, Allegorie und Grotteske, Linie und Farbe, Kurve und Pointe, antiken und Zeitgeist, Romantik und Realismus.

Wie stehen wir dazu?

Wir haben aus dieser Problematik, die sich über Courbet und Millet, Manet und Cézanne in unsere Tage erstreckt, eine neue krisenlose Formel zu dichten. Doch wie? Hat die neue Gesellschaft ihr künstlerisches Schema nicht selbständig zu finden? Der Radikalismus ist eine Hyperbel, an der wir das Selbstgefühl revolutionärer Kraft begeistern. Die Idee ganz traditionsloser Kunst ist gewaltig; aber auf die Dauer nur eine Metapher. Entwicklung ist alles. Aber die Münze hat einen Revers. Auch Tradition ist nur ein Paradigma. »Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis.« Die Traditionen sind in ihrer Buchstäblichkeit gar nichts. Sonst zeugen sie Vulgärkonservatismus. In ihrem Gleichniswert sind sie viel. Wird etwa die Zeit positiver Gesellschaftsorganisation, die wir — ohne feindliche Spitze — Feudalwelt nennen, im Sinn eines Gleichnisses verstanden, so wird sie zum Beispiel einer *organischen* Periode im Sinn *Enfantins* und *Bazards*, die von dem *kritischen* Zeitalter der Reformation, der Aufklärung, des Individualliberalismus abgelöst ward: um nach Jahrhunderten der Menschheit in unvergleichlich grandioserer Fassung neu beschert zu werden.

Der sozietäre Kunststil, dem wir entgegenschreiten, wird ein dekorativer Immobilierstil sein. Zugleich wird er dialektisch das Erbe verarbeiten, das ihm die intime Sensibilität, die grenzenlose Freizügigkeit, die analytische Präzision des bürgerlichen Auges von Watteau bis Monet und Renoir, von Chardin bis Cézanne hinterließ. Und im Gegensatz zum monumentalen Stil der Lebrunzeit wie des Davidismus wird der Stil der Zukunftsgesellschaft der Antike entraten können. Dieser Schritt wird einer der freiesten der Weltgeschichte sein. Er wird vom Sozialismus nicht getrennt werden können. Denn er wird aus der Erkenntnis kommen, daß die Antike ein Kollektivstil war. Dann wird man anstatt der Ergebnisse die Voraussetzungen pflegen: das kollektive Volk der Antike. Man wird dies Volk noch überbieten; und dann erst die Herrlichkeit der Antike recht verstehen. Dann wird der Künstler nicht mehr *valet de chambre* sein und dennoch zuverlässige Gelegenheiten haben. Der Stil wird der mazedonischen wie der republikanischen Moral entbehren können und sein Ethos in einem kultivierten Animalismus haben.

Nach der Tragödie des Humanismus kam in unserer Zeit die lebendige Wirklichkeit zu ihrem Recht. Wir erlebten einen Maler, der die doppelte Lösung fand. Er verschmolz mit der Kollektivität und mit der Natur, und aus der Glut seiner Seele erhob sich das Urbild des Stils der Zukunft, die Synthese aller Probleme, die seit der letzten aller Renaissancen, der französischen Kunst von 1700 bis 1800, noch erlebt wurden: das Kunstwerk van Goghs.

XX

## FRANZ STAUDINGER · DAS ERKENNTNISPROBLEM



ANGESICHTS der Tatsache, daß heute wieder mehr als je die philosophischen Systeme durcheinanderwirbeln, und nicht nur eine Reihe von neuen Formen des Monismus, Dualismus, Materialismus und Idealismus etc. auftaucht, sondern auch Neukantianismus, Neuhegelianismus, Neufichteanismus nebst einer Unzahl anderer *-ismen* im Kampf ums Dasein mit einander ringen, ist es vielleicht dem Leser nicht unwillkommen, wenn ich nach Abschluß meiner Rundschaubearbeitung in dieser Zeitschrift noch einmal kurz zusammenstelle, nach welchen Gesichtspunkten ich hier gearbeitet habe, und wie ich glaube, daß diesem Hexensabbat von Systemen zu entrinnen sei.

Jedenfalls, so wird einleuchten, wird das kaum dadurch zu bewerkstelligen sein, daß man ein neues System neben die alten stellt oder auch eines der alten unbesehen hinnimmt. Es wird vielmehr geraten sein sich erst einmal nach denjenigen Gesichtspunkten umzuschauen, nach denen wir überhaupt Systeme aufstellen könnten. Das heißt aber, wir müssen die Elemente sowohl, nach denen wir selbst erkennen, als auch die Elemente, aus denen sich das bereits als erkannt Festgestellte zusammensetzt, zu gewinnen suchen, sie vergleichen, sichten und dann sehen, was wir damit anzufangen vermögen. Vielleicht kommen wir dann zu der Überzeugung, daß das Systememachen überhaupt eine windige Sache ist, und daß, wie Kant sagt, derjenige, der einmal Kritik geschmeckt hat, von all solch dogmatischem Zeug, ob es nun materialistisch oder idealistisch heiße, fern bleibt. Vielleicht sehen wir dann, daß die bisherigen Systeme samt und sonders darauf beruhen, daß irgendein besonderer Gesichtspunkt, der sich bei der Analyse des uns vorliegenden Weltbilds oder unserer eigenen Seelentätigkeit findet, unvermerkt in den Mittelpunkt gerät, und daß nun alle anderen Beziehungsfäden sich darum herumreihen, so daß sie aus diesem einen Gesichtspunkt auszufließen scheinen. Die Art, wie dadurch der Betreffende die Welt und das Leben sieht, erscheint ihm nun als die Art, wie *man* sie sehen muß, wie sie an sich *sind*. Aber ein anderer steht auf einem andern Standpunkt. Und von hier sieht er die Beziehungen zu seinem geistigen Augenpunkt anders gruppiert und stellt sie nun nicht nur so dar wie er sie hier sieht sondern behauptet gleicherweise, so müsse man sie sehen, so seien sie.

Und wenn es nur das wäre. Dann hätten wir wenigstens eine Anzahl scharf umrissener, klarer Bilder, die uns zeigten, wie man vom gegebenen Standpunkt etwas sieht und sehen muß. Dann würde man alsbald ebenso wie bei den Bildern, die auf verschiedenen Stellen verschieden in unser leibliches Auge fallen, sorgsame Aufnahmen haben, und die Bilder würden sich nicht vermengen sondern, methodisch geordnet, dazu dienen uns gewissermaßen ein Panorama zu schaffen, ja vielleicht den diesem unterliegenden Grundplan allmählich erkennen lassen, soweit das nach Bildern möglich ist. Leider aber fallen in unser geistiges Auge Bilder von gar verschiedenen Stellen, die sich nicht so scharf von einander trennen wie die unserer leiblichen Augen. Was wir eben geistig sehen, vermischt sich mit dem, was wir früher gesehen haben. Wir haben hier noch lange nicht gelernt scharf aufzufassen, wie das Weltbild sich notwendig von einem bestimmten Standpunkt aus zeigen muß, und noch weniger

die Fähigkeit erworben von da aus uns auf andere Standpunkte zu begeben und hier ebenso klar und eindeutig Aufnahmen zu machen. Die Vorstellungen, die aus einem Gesichtspunkt stammen, verschmelzen vielmehr überaus leicht mit den Vorstellungen, die von anderen Gesichtspunkten hergeleitet sind, ohne daß unsere Erinnerung uns noch sagt, von welchem Gesichtspunkt sie eigentlich stammen. So muß hier heute noch notwendig ein Wirrwarr herrschen. Fleißige, aber unkritische Leser der verschiedenen Systeme haben dann oft wahre Rattenkönige im Kopf, die sie dann womöglich als funkelnelne Weisheiten aufstischen.

Solange die Menschen in einfachen und gleichbleibenden Verhältnissen leben, tritt das Übel der Standpunktsphilosophie nicht sehr störend vor ihr Bewußtsein. Sie sehen die Welt, vielleicht mit phantastischen Zutaten versehen, eben so wie sie es gewohnt sind, und die Unterschiede der Gesichtspunkte bei den einzelnen pflegen nicht mehr verschieden zu sein. Fremde Gedanken, die zufällig herantreten, werden da entweder abgelehnt oder so mit dem gegebenen Gedankenschatz verbunden wie wir als Kinder die Nachrichten von Eisbären und Eskimos mit unseren Umgebungsbildern verbanden. Das war eben etwas anderes, Fremdes, das unsere Neugier anzog, aber sonst berührte es uns nicht weiter. Heute dagegen, wo alles in geradezu wirbelndem Fluß begriffen ist und sich nicht nur räumlich und zeitlich sondern auch innerlich zusammendrängt, wird diese Tatsache mehr und mehr zur peinlichsten Bedrängnis. Sie verhindert, daß wir uns verstehen können, wenn wir auch die selbe Sprache reden. Keiner weiß oft, ob der andere unter dem Wort, das er ihm sagt, auch das selbe begreift, sobald es über die gewöhnlichsten Dinge des Lebens hinweggeht. Das liegt ja zum Teil an Mängeln der Sprache selbst, aber diese Mängel ihrerseits treten gerade erst dadurch hervor, daß die Begriffe selbst so vollständig zersplittert worden sind. Man denke nur an die Worte *Religion, Glaube, Gott, Natur, Materie, sozial, Autorität, Kapital* und viele andere, die, ob auch einzelne sich bemühen sie zu fixieren, doch im Bewußtsein des Volkes und selbst der Wissenschaft in tausend verschiedenen Bedeutungen durcheinanderlaufen. In diesem Tohuwabohu wieder einige Ordnung zu schaffen kann zwar nicht das Werk eines Augenblicks sein. Aber wir müssen doch einmal anfangen uns zu besinnen, wie wir dazu kommen können eindeutige klare Begriffe und natürlich dementsprechende Bezeichnungen zu schaffen.

Da ist es das allererste, daß wir zum Selbstbewußtsein darüber kommen, wie wir unsere bisherigen Weltbilder aufgebaut haben, und warum sie samt und sonders, wie sie auch heißen mögen, unzureichend und unmethodisch sein mußten. Das Bewußtsein des Übels und seines Sitzes ist hier wie überall die Vorbedingung zur Besserung.

Dann aber fragt sich: Wie es anfangen, um es zu bessern und nicht wieder in die alten Fehler zurückzufallen? Kant hat diese Frage aufgeworfen und ihre Beantwortung in Angriff genommen. Aber siehe da: Statt zu einer Einigung und Verständigung zu kommen, wurde der Wirrwarr schlimmer als je zuvor. Zu den alten Systemen kamen auf Grund seiner eigenen Lehre nun noch ein halbes Hundert neue hervor. Auch als neuerdings ein Teil der Neukantianer, die Marburger Schule Cohens, den strengen Gedanken durchzuführen suchte nicht Metaphysik und System sondern Methode und Kritik zu predigen: ein unausgeglichener Rest, ein Stück alter Dogmatik blieb unvermerkt auch bei ihnen haften. Und wenn umgekehrt diejenigen, die sich sagten, daß hier nichts

zu holen sei, wieder das Panier eines etwas abgeklärten und mit der Entwicklung mehr in Übereinstimmung stehenden Materialismus aufpflanzten, auch sie kamen nicht durch. Denn sie vernachlässigten gerade das, was Kant geleistet, hatten meist sogar nicht das mindeste Verständnis dafür und kritisierten an Kant herum wie eine Hackmaschine Anatomie treibt.

Wie aber kann man nun beginnen? Wir haben im letzten Grund doch nur zwei entgegengesetzte Ausgangspunkte, von denen aus das möglich erscheint: von der Welt aus, die wir kennen, und vom Erkennen aus, das diese Welt und sich selbst erkennen will.

Gehen wir von der Welt aus, so steht sie als ein in Zeit und Raum sich entfaltender, für uns nach außen wie nach innen, zeitlich nach vorwärts wie nach rückwärts unabschließbarer, im großen gleichartiger, im einzelnen sich fortwährend verschiebender Zusammenhang vor unserm geistigen Blick. Wir sind mit unseren Gedanken und Gefühlen und unserm Wollen und Tun in sie eingebannt, entstehen, samt unserm Bewußtsein — unserer Bewußtheit, wie die Marburger sagen — in ihr und vergehen wieder im Tod. Unsere Bewußtheit selbst ist durch die Berührung mit dieser Welt bedingt, und ihr Inhalt und ihre Denk- und Willensrichtungen werden durch die Art bestimmt wie die Außenwelt, einschließlich der uns umgebenden Menschenwelt, auf uns einwirkt. Der Urwaldbewohner denkt und will ganz natürlich anders als das Mitglied einer zivilisierten Gesellschaft. Aber beide leben in der einen selben Welt. Das ist die gegebene Grundlage, die jeder, wie er diese Erscheinung auch auslege, welche Metaphysik er auch darauf ausspinnen werde, ganz natürlich anerkennt. Das soll nun *erklärt* und vor allem soll erklärt werden, wie wir das erkennen und deuten können. Wir gehen also bei dieser Methode vom Erkannten zum Erkennen. Die Erklärung besteht dann einfach darin, wie dies Erkannte sich weiterhin in seinen Einzelheiten zu einander verhält und sodann, wie es zum Erkennen kommt.

Der zweite Weg ist umgekehrter Art. Wir betonen die Tatsache, daß wir etwas wie Welt, Wissenschaft usw. zu erkennen vorgeben, es muß also in unserm Bewußtsein etwas enthalten sein, was oder wodurch wir erkennen. Folglich müssen wir erst einmal die Eigentümlichkeiten dieses unseres Bewußtseins, besonders aber diejenigen seiner Bestandteile, durch die wir jene Objekte vorstellen und denken, ins Auge fassen. Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus die verschiedenen erkenntnistheoretischen Richtungen, ob sie nun mehr die seelischen Funktionen als solche, oder, wie die Marburger Schule, nur die Bestandteile, die direkt zum Urteil über Gegenstände notwendig sind, analysieren.

Nun sollte man denken: Wenn das Erkenntnisproblem von diesen beiden Seiten angegriffen wird, so müssen die beiden Untersuchungen, wenn sie richtig angestellt sind, ebenso in der Mitte zusammentreffen wie die Stollen von beiden Seiten bei einem wohlberechneten Tunnelbau, oder es müssen sich die Ergebnisse wie Rechnung und Probe zu einander verhalten, das heißt sie müssen stimmen. Aber davon ist tatsächlich nicht die Rede. Die Untersuchung vom Objekt aus scheint, konsequent durchgedacht, dazu zu führen, daß das Bewußtsein als eine vorübergehende Erscheinung im Weltganzen zu betrachten ist, die in irgendwelcher noch nicht näher zu bestimmenden Weise mit gewissen Erscheinungen der Außenwelt, den Organismen, speziell dem Gehirn, zusammenhängt. Die andere Untersuchung scheint, konsequent durchgedacht,

zu besagen, daß das Bewußtsein als das Allumfassende anzusehen ist, in dem sich sowohl Subjekt wie Objekt befinden. Dort ergibt sich also unausweichlich eine materialistische, hier unausweichlich eine idealistische Konsequenz. Das aber kann nicht stimmen. Hier muß auf einer Seite oder vielleicht auf beiden ein Fehler gemacht worden sein, der aufzudecken wäre.

Die Aufdeckung und Beseitigung dieses Fehlers ist das heutige Erkenntnisproblem. Haben wir erst einmahl die Grundlagen hierfür gefunden, so haben wir vielleicht auch die Mittel in der Hand den heutigen Unfug der metaphysischen Systeme (der starr gewordenen und in den Mittelpunkt gerückten Modifikationen oder Mischungen jener beiden Betrachtungsweisen) überhaupt aus der Welt zu schaffen.

XXX!  
**HERMANN MATTUTAT · UNFALLHÄUFIGKEIT  
 UND UNFALLVERHÜTUNG**



ÄNGST schon hat man sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß jeder neue Jahresbericht des Reichsversicherungsamts über die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften eine weitere rapide Erhöhung der Zahl der Betriebsunfälle zur öffentlichen Kenntnis bringt. Geraume Zeit hindurch versuchte man dafür Erklärungen zu geben, die dazu dienen sollten die Wucht der Unfallziffern einigermaßen zu mildern. Immer wieder betonte man, daß die Arbeiter durch die wachsende Vertrautheit mit dem Unfallversicherungsgesetz in zunehmendem Maß auch die leichteren, früher nicht beachteten Unfälle zur Anmeldung brächten und so jenes Ansteigen der Unfallziffern herbeiführten. Diese Erklärung genügte aber nicht: Jahr für Jahr stiegen die Unfallziffern weiter, so daß sich schließlich mit ihr nichts mehr anfangen ließ. An ihre Stelle trat der Vorwurf, daß die Arbeiter, durch die Unfallversicherung gleichgültig gemacht und abgestumpft, nicht mehr wie früher den bei der Arbeit drohenden Gefahren Beachtung schenkten und infolge mangelnder Vorsicht und Aufmerksamkeit die Erhöhung der Unfallziffer selbst verschuldeten. Allein trotz aller die *Rentensucht* der Verletzten bekämpfenden Maßnahmen erhöht sich die Zahl der Unfälle in Industrie und Landwirtschaft unausgesetzt, wie dies auch der letzte Bericht des Reichsversicherungsamts vom Jahr 1909 beweist.

Wie sich die Unfallhäufigkeit bei den 66 gewerblichen und 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie den für die Unfallversicherung in Betracht kommenden Ausführungsbehörden entwickelte, macht nachstehende Tabelle ersichtlich:

Jahr	Zahl der versicherten Betriebe	Zahl der versicherten Personen	Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle	Zahl der bei den Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfälle		Unfälle		Gesamtzahl der erstmalig entschädigten Unfälle	Entschädigte		
				mit tödlichem Ausgang	mit dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit	Witwen	Kinder		Angehörige		
1890	5234243	13015370	200001	181374	6047	2708	42038	38976	3687	7348	302
1895	5248709	17698633	310139	285617	6448	1706	75527	71111	4185	4185	249
1900	5189829	18117965	454341	417022	8567	1390	107654	102008	5549	5549	329
1905	5296437	19384803	609160	559384	8928	1487	141121	134693	6188	6188	334
1909	6149053	26182908	664247	604545	9363	1118	139070	132226	6372	6372	307

Hiernach hat die Zahl der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsunfälle von 1890 bis 1909 bei allen Versicherungsträgern um 232,12 %, bei den Berufsgenossenschaften allein um 233,3 % zugenommen. Die Zahl der tödlichen Unfälle erhöhte sich um 56,4 %, während die der Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit um 143,3 % herabging. Wie die Zahl der Betriebsunfälle überhaupt, so stieg auch die Zahl derjenigen Unfälle, die eine Rentenfestsetzung notwendig machten, also eine längere teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, und zwar bei allen Versicherungsträgern um 233,19 %, bei den Berufsgenossenschaften allein um 239,7 %. Dabei wuchs in der angegebenen Zeit die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften nur von 64 auf 66, während die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf 48 beschränkt blieben. Die versicherungspflichtigen Betriebe vermehrten sich von 5 234 243 auf 6 149 053 = 36,6 % und die versicherungspflichtigen Personen von 13 015 370 auf 26 182 908 = 101,17 %. Die Unfallhäufigkeit hat sich somit im Vergleich mit der Zunahme der versicherungspflichtigen Personen um mehr als das Doppelte gesteigert.

Ganz außerordentlich hoch ist die Steigerung der Unfallhäufigkeit in der Landwirtschaft, der keine entsprechende Zunahme der Versicherten gegenübersteht. Während sich von 1890 bis 1909 die Zahl der versicherten gewerblichen Betriebe von 390 622 auf 715 953 = 108 %, die der Versicherten von 4 926 672 auf 9 003 908 = 80 % und die der erstmaligen Entschädigungen von 26 403 auf 70 986 = 168,9 % erhöhte, finden wir bei der Landwirtschaft für den gleichen Zeitraum nur eine Zunahme der Betriebe von 4 843 621 auf 5 434 100 = 12 %. Infolge der Ausdehnung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes war die Zunahme der Versicherten prozentual wesentlich stärker; deren Zahl erhöhte sich von 8 088 698 auf 17 179 000 = 112 %. Noch mehr steigerte sich aber die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle, und zwar von 12 573 auf 61 240 = 387 %.

Sehen wir zu, welcher Art die Ursachen der zur Entschädigung gelangenden Unfälle sind. Nach der Statistik des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1909 ergibt sich folgendes:

Unfälle	in der Industrie	in der Landwirtschaft
1. an Motoren	13 838	4 461
2. an Hebemaschinen, Fahrstühlen etc.	3 082	80
3. an Dampfkesseln infolge Explosion und sonstigen Ursachen	194	16
4. infolge Explosion von Sprengstoffen	600	224
5. durch glühendes Metall, Gase und Dämpfe	2 273	845
6. infolge Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen	11 301	3 851
7. durch Fall von Leitern und Treppen	11 047	17 319
8. bei Auf- und Abladen, Heben und Tragen	10 076	3 305
9. infolge Überfahren durch Fuhrwerk, Absturz vom Wagen	4 802	11 196
10. infolge Überfahren im Eisenbahnbetrieb	3 858	103
11. im Schiffsverkehrsverkehr, Fall über Bord etc.	521	30
12. infolge Verletzungen durch Tiere, Stoß, Schlag, Biß usw.	988	8 880
13. infolge Verletzungen durch Handwerkszeug (Meißel, Äxte usw.)	4 947	4 893
14. auf sonstige Weise	3 459	4 037

Wie die vorstehenden Zahlen zeigen, verteilt sich die Unfallhäufigkeit nicht gleichmäßig sondern zeigt einen sehr verschiedenen Charakter, der je nach Berufsart und Art der Tätigkeit wechselt. Während einzelne Gruppen verhältnismäßig niedrige Ziffern aufweisen, schwellen andere zu außerordentlicher Höhe an. Diese Erscheinung ist nicht nur bei den gewerblichen sondern auch bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu bemerken. Bei den Unfällen an Motoren sind am stärksten vertreten: die Bergwerks-, Metall-, Holz-, Ziegelei-, Textil-, Papier-, Bekleidungs- und chemische Industrie; bei den Unfällen an Hebe­maschinen kommen hauptsächlich in Betracht: die Bergwerks-, Metall- und die Ziegeleiindustrie sowie das Lagereigewerbe. Dagegen sind bei den in Ziffer 6 und 7 bezeichneten Unfällen neben der Knappschaftsberufsgenossenschaft die Baugewerksberufsgenossenschaften am stärksten beteiligt, während für die Ziffern 8 bis 12 überwiegend die Fuhrwerks- und Lagereiberufsgenossenschaft in Frage kommen. Bei den landwirtschaftlichen Unfällen ist eine ähnliche Gruppierung festzustellen. Am häufigsten sind die Unfälle infolge Sturz von Leitern und Treppen; danach folgen die Unfälle durch Überfahren, Sturz vom Wagen usw., alsdann solche infolge Umgangs und Beschäftigung mit Tieren. Verhältnismäßig groß ist hier noch die Zahl der Verletzungen durch Handwerkszeuge und Motore.

Tritt man diesen Verhältnissen näher, so kommt man ziemlich leicht und schnell den Ursachen der Unfälle auf den Grund; sie sind zum größten Teil in der ungenügenden Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, speziell der Unfallverhütung zu suchen. Auf dem Papier sieht zwar in dieser Beziehung alles schön und wohlgeordnet aus. Wir haben da einen schier ungeheuren Wust von gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften, die sich alle mit dem Schutz der Arbeiter befassen und alles bis ins kleinste behandeln. Daneben bestehen noch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften. Ein Stab von Gewerbeinspektionsbeamten und -beamtinnen befaßt sich mit der Aufsicht über die Durchführung dieser Vorschriften, wobei ihnen die Organe der Polizei und schließlich auch die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften zur Seite stehen. Man sollte meinen, unter solchen Umständen könnte es dem gesetzlichen Arbeiterschutz und der Unfallverhütung an nichts fehlen. Leider ist dem nicht so. Gesetzliche Vorschriften allein tun es eben nicht, sie müssen auch zur praktischen Anwendung gelangen. Von den Unternehmern ist in dieser Richtung in Güte wenig zu erlangen, weil die Erfüllung und Beachtung der Arbeiterschutzvorschriften ihnen nicht nur unbequem sondern auch mit Geldausgaben verbunden ist, die sie als überflüssig ansehen. Es ist nicht uninteressant dabei zu beobachten, welche kleinliche Rücksichten zuweilen in Frage kommen, und welcher Art häufig die Beweggründe für die Außerachtlassung selbst der elementarsten Schutzvorkehrungen sind. So klagen die Berufsgenossenschaften fortgesetzt darüber, daß von vielen Maschinenfabrikanten die Lieferung der Maschinen ohne die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen erfolgt, weil sie dadurch etwas billiger sind. Es handelt sich hierbei lediglich um ein Konkurrenzmanöver, das auf Täuschung der Käufer ausgeht, denn die nachträgliche Anbringung der Schutzvorrichtungen kommt wesentlich teurer zu stehen als wenn dies schon bei der Herstellung der Maschine geschieht. Ähnliches zeigt sich in dem Verhalten der Unternehmer gegenüber der Einführung der runden Sicherheitswelle als Ersatz der Vierkantmesserwelle an Hobel- und Abrichtmaschinen. Die *Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft* gewährte den Unternehmern, die an Stelle der gefähr-

lichen Vierkantwelle die runde Sicherheitswelle einführten, sogar eine Prämie. Trotzdem fühlte sich eine ganze Anzahl Unternehmer nicht zur Anschaffung der Sicherheitswelle veranlaßt und ließ es ruhig geschehen, daß ihre Arbeiter infolge dieser Unterlassung die schlimmsten Handverstümmelungen erlitten. Erst als die Berufsgenossenschaft gegen diese Unternehmer mit Schadenersatzklagen vorging, erreichte sie ihren Zweck. Auf zahlreichen anderen Gebieten sieht es nicht besser aus. Wieviel der gesetzliche Arbeiterschutz noch zu wünschen übrig läßt, zeigt die für seine Durchführung geschaffene Kontrolle, die noch bei weitem nicht als ausreichend angesehen werden kann.

Im Jahr 1909 betrug die Zahl der für die Gewerbeinspektion in Deutschland in Betracht kommenden revisionspflichtigen Betriebe 267 554 mit insgesamt 6 209 225 Arbeitern. Für die Beaufsichtigung dieser Betriebe waren 488 Beamte vorhanden, die 167 067 Betriebe = 53,8 % revidierten. Insgesamt wurden während des Berichtsjahrs 138 654 Betriebe 1mal, 19 460 Betriebe 2mal und 8953 Betriebe 3mal revidiert. Nur wenige Bundesstaaten weisen eine intensivere Aufsichtstätigkeit und damit günstigere Revisionsziffern auf. Im allgemeinen wird also nicht einmal das, was als das mindeste angesprochen werden muß, eine jährliche 1malige Revision aller Betriebe erreicht. Infolgedessen ist es nur zu erklärlich, daß in den nicht revidierten Betrieben Mißstände aller Art jahrelang unbeanstandet bestehen bleiben und zu Unfällen und Erkrankungen der Arbeiter Veranlassung geben. Auf die Polizei ist hinsichtlich der gewerblichen Aufsicht kein Verlaß. Ihre Organe sind für diesen Zweck auch wenig geeignet. Dennoch sind ihr große und wichtige Aufsichtsgebiete zugewiesen, so das Baugewerbe, das Handelsgewerbe und der gesetzliche Kinderschutz, wobei sie aber völlig versagt.

Auch mit der berufsgenossenschaftlichen Kontrolltätigkeit ist es nicht weit her. Im Jahr 1909 waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 327 technische Aufsichtsbeamte tätig, die 715 953 Betriebe mit 9 003 908 Versicherten zu beaufsichtigen hatten. Es kamen somit im Durchschnitt auf jeden Beamten 2189 Betriebe und 24 476 Arbeiter. Diese Betriebe jährlich auch nur einmal aufzusuchen ist für den Beamten selbstverständlich eine Unmöglichkeit. Von einer wirksamen Kontrolle der Betriebe durch die Berufsgenossenschaft kann unter solchen Umständen keine Rede sein, namentlich, da sich ihre Aufsichtsbeamten nicht nur mit der Revision der technischen Einrichtungen der Betriebe sondern auch der Lohnlisten, Bücher usw. zu befassen haben.

Noch schlimmer sieht es in der Landwirtschaft aus. Hier haben sich die meisten Berufsgenossenschaften noch nicht einmal zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften aufgeschwungen. Solche hätten freilich auch wenig Wert, da sie keine Beachtung finden würden, weil zu ihrer Durchführung die erforderlichen Aufsichtsorgane fehlen. Bei insgesamt 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind nur ganze 36 Aufsichtsbeamte vorhanden. Auf einen Beamten entfallen demnach nach den früher angeführten Ziffern 150 947 Betriebe und 477 194 Versicherte. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hält übrigens die Anstellung von Kontrollbeamten nicht einmal für notwendig, und somit ist dort von einem Unfallschutz überhaupt nichts zu bemerken. Man kann darauf neugierig sein, ob sich nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung hierin eine Besserung bemerkbar machen wird. Nach den §§ 848 bis 891, die im wesentlichen auch für die Landwirtschaft maßgebend sind, besteht für die Berufsgenossenschaften die

Verpflichtung Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und auf Verlangen technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen. Bisher bestanden ähnliche Vorschriften, die aber nur bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Beachtung fanden, von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dagegen überwiegend ignoriert wurden, ohne daß das Reichsversicherungsamt einschritt und von seinen Befugnissen als Aufsichtsbehörde Gebrauch machte.

Neben der unzureichenden Aufsicht über die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes wirken aber auch noch andere Umstände bei der Zunahme der Unfallhäufigkeit mit. Bei einer Vergleichung und Gegenüberstellung der Unfallziffern seit Inkrafttreten der Unfallversicherung zeigt sich in den einzelnen Jahren eine nicht unerhebliche Verschiedenheit: Die Ziffern steigen und stagnieren mit der wirtschaftlichen Konjunktur. Das erklärt sich nicht nur durch die in der Zeit der Hochkonjunktur von den Arbeitern geforderte intensive Tätigkeit sondern auch durch die starke Heranziehung ungeübter und mit den Einrichtungen und Gefahren des Betriebs nicht vertrauter Arbeiter. Die Nichtvertrautheit der Arbeiter mit den ihnen bei der Arbeit drohenden Gefahren spielt in den modernen Betrieben für die Unfallhäufigkeit eine sehr große Rolle. Die zahlreichen Unfälle, die dem Leichtsinne, der Gleichgültigkeit und Unaufmerksamkeit der Arbeiter zugeschrieben werden, sind hierauf zurückzuführen. Das ist nur zu wohl verständlich. Ein sehr großer Teil, wenn nicht die Mehrzahl der gelernten Arbeiter, erhält seine Ausbildung heute noch in handwerksmäßigen und kleingewerblichen Betrieben. Nicht besser steht es um die ungelernten Arbeiter. Mit ihrem Eintritt in den modernen Großbetrieb stehen sie völlig neuen Verhältnissen gegenüber, über deren Eigenart sie von keiner Seite aufgeklärt werden, und mit denen sie sich nur allmählich vertraut machen können. Über die ihnen anvertrauten Maschinen und Vorrichtungen erhalten sie nur eine oberflächliche Unterweisung, gerade nur soweit es deren Inbetriebhaltung eben mit sich bringt. Eine nähere Kenntnis der Konstruktion der von ihnen bedienten Maschinen und des Ineinandergreifens ihrer Teile geht deshalb einer sehr großen Anzahl Arbeiter, besonders aber den Arbeiterinnen völlig ab. Versagt einmal die Maschine, so sind sie nicht in der Lage den Mangel festzustellen und den oft geringfügigen Anlaß hierzu zu beseitigen; es muß dies durch den Betriebsmeister oder durch besonders für diesen Zweck angestellte Arbeiter geschehen. Ebenso groß ist vielfach auch die Unkenntnis der bei der Arbeit verwandten Stoffe und Materialien. Mit größter Harmlosigkeit hantiert man mit gefährlichen Säuren und Giften, ohne nur einen Augenblick daran zu denken, welche Folgen eine Unvorsichtigkeit haben kann. Das gleiche kann man gegenüber leichteren Verletzungen, wie Rißwunden, Schürfungen und Quetschungen, beobachten. Daß aus der Nichtbeachtung solcher Verletzungen durch Eindringen von Eitererregern schwere und lebensgefährliche Blutvergiftungen entstehen können, ist nicht allzu vielen Arbeitern bekannt, und wo das doch der Fall, schätzt man diese Gefahr sehr niedrig ein. Zwar enthalten die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften verschiedentlich Hinweise und Verhaltensmaßregeln, die dieser Unachtsamkeit entgegentreten und sich auch ferner noch auf die Handhabung von Maschinen und Schutzvorrichtungen beziehen. Das will jedoch nicht viel besagen, weil die Arbeiter meist gar nicht dazu kommen die an einer von ihrem

Arbeitsplatz vielleicht weit entlegenen Stelle angebrachten Unfallverhütungsvorschriften zu lesen, oder deren Inhalt so in sich aufzunehmen, daß sie damit auch vertraut sind. Das letztere wäre notwendig, wenn die Unfallverhütungsvorschriften einen Zweck haben sollen.

Will man daher der ständig zunehmenden Unfallhäufigkeit entgegenwirken und die heute vorhandenen ungeheuren Verluste an Menschenleben, Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiter wirksam eindämmen, dann muß man nicht nur für eine weit umfassendere und energischere Aufsicht und Kontrolle der gewerblichen Betriebe und damit einer strengen Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes Sorge tragen sondern auch die Arbeiter durch geeignete Aufklärung und Belehrung hierzu heranziehen. Gerade in dieser Beziehung muß noch sehr viel mehr geschehen. Dazu gehört auch, daß sich die Arbeiter der Pflicht nicht nur gegen sich sondern auch gegen ihre Mitarbeiter bewußt werden etwa auftretende Mißstände in den Betrieben sofort an der dafür kompetenten Stelle zur Feststellung zu bringen und auf ihre Beseitigung zu drängen. Statt dessen findet man heute noch in zahlreichen Fällen, wie Arbeiter jahrelang die ärgsten Mißstände und die vorschriftswidrigsten Einrichtungen in den Betrieben ruhig hinnehmen. Erst bei ihrem Austritt oder bei ihrer Entlassung fällt es ihnen ein der Gewerbeinspektion oder dem für sie zuständigen Gewerkschaftsbeamten Anzeige zu machen. Bei geeigneter Aufklärung der Arbeiter könnten derartige Fälle mindestens verringert werden; denn die Angst vor Entlassung, die diesen verspäteten Anzeigen zugrunde liegt, ist meist eine unberechtigte, da eine Beseitigung von Mißständen sehr wohl ohne Bloßstellung der Arbeiter erfolgen kann.

Wie kann nun die für die bessere Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes erforderliche Aufklärung und stärkere Mitwirkung der Arbeiter vor sich gehen? Wir haben für diesen Zweck in den Ausstellungen für Arbeiterwohlfaht in Berlin und München mustergültige Einrichtungen. Auch in einzelnen anderen größeren Orten hat man ähnliches wenn auch in kleinerem Umfang geschaffen; allein alles das reicht bei weitem nicht aus. Nur einem kleinen Teil der Arbeiter ist es möglich diese Einrichtungen an Ort und Stelle zu besuchen. Sehr zu begrüßen ist es deshalb, daß man sich neuerdings in der Erkenntnis der Wichtigkeit einer Aufklärung der Arbeiter über diese Dinge bemüht ihnen die technischen Vorkehrungen zum Schutz gegen Unfallgefahren durch Veranstaltung von Wanderausstellungen zur Kenntnis zu bringen. Beispielsweise geht in dieser Weise die württembergische *Zentralstelle für Gewerbe und Handel* vor, die daneben auch Arbeiter mit staatlicher Unterstützung die Ausstellung für Arbeiterwohlfaht in Berlin besuchen läßt. In diesem Jahr ist man von dort aus noch einen Schritt weiter gegangen, indem man Arbeiter zur Hygieneausstellung nach Dresden schickte und sich hierfür zur Erlangung geeigneter Vorschläge an die Gewerkschaften gewandt hat. Als sehr geeignet für den verfolgten Zweck haben sich auch Vorträge von Gewerbeinspektoren und technischen Beamten in den Betrieben erwiesen. Leider sind derartige Maßnahmen noch sehr vereinzelt. Die Unternehmer zeigen hierfür nur geringes Interesse, obwohl sich gerade auf diesem Weg sehr viel erreichen ließe. Dieses Interesse wird auch so lange nicht vorhanden sein als solche Belehrungen der Arbeiter nicht obligatorisch sind oder die Arbeiter nicht mit Nachdruck darauf hingedrängt werden. In dieser Beziehung könnte von den Gewerkschaften sehr viel geschehen, und auch die

Krankenkassen haben allen Anlaß in dieser Hinsicht nicht gleichgültig zu verharren. Sie sowohl als auch die Gewerkschaften — diese in um so höherem Maß als sie die Gewährung von Krankengeld in den Bereich ihrer Leistungen ziehen — werden durch die vorhandene Unfallhäufigkeit außerordentlich hoch finanziell belastet. Ihr Interesse geht deshalb ebenfalls dahin die Unfallhäufigkeit zurückzuschrauben. In welcher Weise das geschehen kann, zeigt das Vorgehen des Metallarbeiterverbandes, der einen Beamten eigens zu dem Zweck angestellt hat durch Lichtbildervorträge seinen Mitgliedern die Einrichtungen der modernen Großbetriebe der Metallindustrie, die dort zur Anwendung kommenden Maschinen, Schutzvorrichtungen usw. zu zeigen.

Das Interesse der Arbeiter für den gewerblichen Arbeiterschutz wie auch für die Arbeiterversicherung ist gegenwärtig bedauerlicherweise noch sehr gering. Das ist wohl begreiflich. Die Trockenheit und Kompliziertheit der Materie läßt bei den Arbeitern ein Interesse nicht leicht aufkommen. So gelangt man dort zu einer Unterschätzung der Wichtigkeit dieser Dinge, wie sie sich bei den Protestversammlungen gegen die Reichsversicherungsordnung in dem schlechten Versammlungsbesuch an nur zu vielen Orten deutlich zeigte. Das Interesse erwacht bei vielen Arbeitern erst, wenn sie durch Arbeitslosigkeit, rechtswidrige Entlassung, Krankheit, Unfall, Invalidität oder sonstige Umstände auf die nun für sie maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen werden. Damit ist aber der Arbeiterschaft nicht gedient, weil auch durch die Summierung noch so krasser Einzelfälle eine die gesetzgebenden Faktoren beeinflussende Massenwirkung nicht ausgelöst werden kann. Anders dagegen, wenn den Arbeitern in anschaulichster Weise, etwa bei Vorträgen, das ihnen drohende Schicksal vor Augen geführt wird, sie nicht nur durch das gesprochene Wort sondern auch im Bild die ganze Misere ihres Daseins kennen lernen. Auf diese Weise eröffnet sich der Weg für eine ganz neue Agitationsmethode, deren Anwendung für die moderne Arbeiterbewegung und ihre weitere Ausbreitung nicht ohne Erfolg bleiben würde. Das auf diese Weise zu bearbeitende Agitationsgebiet ist nicht klein, es läßt sich für die verschiedensten Zwecke verwenden, wie ja auch der Umstand beweist, daß die Genossenschaftsbewegung, die Flottenpropagandisten und andere das Hilfsmittel der Lichtbildervorträge zur Anwendung bringen. Man sollte daher auch in der *Generalkommission der Gewerkschaften* die Frage in Erwägung ziehen, inwieweit die angedeutete Agitationsmethode dem gewerkschaftlichen Kampf dienstbar zu machen ist und die mit der kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Mißstände noch wirksamer als seither bekämpft werden können.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Johannes Helden

**Arbeitslosen-  
versicherung** Die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* hat den gesetzgebenden

Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten und den Gemeindevertretungen eine Denkschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Ge-

meinde unterbreitet. In den Jahren 1903 bis 1909 haben die deutschen Gewerkschaften insgesamt 34 529 186 Mark für Unterstützung Arbeitsloser aufgewandt. Die Jahressumme der Unterstützung stieg von 1 883 923 Mark im Jahr 1903 auf 9 719 757 Mark im Jahr 1909. Diese erhebliche Steigerung ist nicht allein durch das Wachsen der Mitgliederzahl der Gewerkschaften bedingt, denn diese

stieg nur von 794 827 auf 1 823 931. Pro Kopf des Mitgliederbestands wurden für Arbeitslosenfürsorge aufgewandt: 1903 1,60 Mark, 1904 2,38, 1905 2,08, 1906 2,06, 1907 2,87, 1908 5,18 und 1909 5,33 Mark. Mit Recht weist die Denkschrift der *Generalkommission* darauf hin, daß die Aufwendungen der Gewerkschaften für Unterstützung Arbeitsloser dem öffentlichen Wohl dienen, und daß die Fürsorge für Arbeitslose von dem Reich, den Staaten und den Gemeinden geleistet werden müsse. Die Verpflichtung der Gemeinden ist auf dem deutschen Städtetag, der im September in Posen tagte, bestritten worden. Schon früher ist in dieser Rundschau (1911, 2. Band, pag. 789) von den Thesen, die Kommission und Vorstand des Städtetags der Gesamtversammlung vorlegen wollten, Notiz genommen worden. Die Thesen besagen insbesondere, daß die »weitere Förderung einer rationellen Arbeitslosenversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen« ist. Die Untersuchung wird aber als Aufgabe des Reichs und der Bundesstaaten und der Verweisung der weitem Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeinden als eine Verlegenheitsmaßnahme bezeichnet. Der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes machte Ausführungen, die allgemein als Ablehnung jeder Arbeitslosenversicherung aufgefaßt wurden. Er will nur die Unterstützung Arbeitsloser in großen Krisen gelten lassen, die er als Menschenpflicht erklärt. Die dauernde Unterstützung ist ihm der Umsturz der bestehenden Ordnung. Arbeitslosigkeit ist nach Adickes nicht nur, wie die »sozialistische Irrlehre« sagt, eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise sondern ist hauptsächlich in klimatischen Verhältnissen begründet, denn im Winter ist die Arbeitslosigkeit am größten. Für die Angehörigen der Saisongewerbe will Adickes auf keinen Fall Unterstützungen in Zeiten der Arbeitslosigkeit gewährt wissen, denn jeder, der einem Gewerbe angehört, das ihm nur für 6 Monate Arbeit gibt, hat die Pflicht sich für die übrigen 6 Monate des Jahres nach anderer Arbeit umzuschauen. Da in den Großstädten für die Bauarbeiter im Winter keine Arbeit vorhanden ist, bedauert Adickes den »verhängnisvollen Zug, daß man von sozialistischer Seite bewußt versucht hat die Arbeiter in die Großstädte zu ziehen, wo sich alles in Geldwirtschaft umsetzt«. Der Städtetag hat die Thesen seines Vorstands gegen

eine ganz geringe Minderheit sozialdemokratischer Teilnehmer angenommen. Die Frage der Arbeitslosenversicherung wird also von einer Stelle der andern zur Erledigung zugeschoben. Gewiß ist es richtig, daß auch die Arbeitslosenversicherung durch das Reich am besten gelöst werden kann. Das schließt aber nicht aus, daß auch die Städte, solange das Reich sich weigert der Durchführung der Arbeitslosenversicherung näher zu treten oder die von den Gewerkschaften getroffenen Einrichtungen zu unterstützen, Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosigkeit treffen. Die Bereitstellung von Notstandsarbeiten hat sich an vielen Orten als unzulänglich erwiesen; sie können nicht in genügendem Maß für die Zeiten der Arbeitslosigkeit aufgespart werden und sind zuweilen wohl auch unwirtschaftlich. Adickes' Argumentation ist völlig unzutreffend. Er will, daß jeder für sich selbst sorgt, er verkennt dabei, daß Arbeitslosigkeit ein Zustand ist, gegen dessen Eintritt besonders der industrielle und gewerbliche Arbeiter so wenig geschützt ist wie gegen Krankheit und andere unabwendbare und unverschuldete Ereignisse. Und diese Art der Arbeitslosigkeit und die Not, die sie bei der reinen Geldwirtschaft zur Folge hat, ist durch die kapitalistische Produktionsweise bedingt. Wer die gewiß mit manchen Fehlern behafteten Lohnnachweise der Berufsgenossenschaften kennt, weiß, daß auch die Bauarbeiter in ihrem Gewerbe selten so viel verdienen, um auch während der durch klimatische Verhältnisse bedingten Arbeitslosigkeit existieren zu können, viel weniger aber noch in Zeiten, in denen das Gewerbe von Krisen heimgesucht wird. Völlig verkehrt ist es die Wanderung der Bauarbeiter vom Lande in die Großstädte auf bewußte Förderung durch sozialistische Kreise zurückzuführen. Die Bauarbeiter gehen, wie die Angehörigen anderer Gewerbe, dorthin, wo sie Arbeit finden, und an das Land, von dem sie gewöhnlich stammen, fesselt sie eigener Besitz nur in seltenen Fällen. Und Arbeitsgelegenheit ist im Winter auf dem Lande auch recht knapp. Auch der Hinweis Adickes', daß die Gesellschaft nicht für jeden einzelnen Arbeitslosen aufkommen könne, denn sonst müßte sie auch dem arbeitslosen Anwalt, Arzt und Gewerbetreibenden Unterstützung garantieren, trifft die Frage gar nicht. Es handelt sich wirklich nicht darum die Folgen vereinzelter Fälle von Arbeitslosigkeit zu paralisieren sondern der Not, die aus der gehäuften Arbeits-

losigkeit arbeitstüchtiger und arbeitslustiger Menschen innerhalb unserer gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse entspringt, zu begegnen. Die arbeitslosen Arbeiter der Industrie und des Gewerbes mit beschäftigungslosen Anwälten und anderen zu vergleichen beweist, wenn es ernst gemeint ist, eine ungläubliche Verkennung der Verhältnisse. Gefördert haben die Verhandlungen des deutschen Städtetags die Arbeitslosenversicherung nicht. Das kann nicht damit geschehen, daß man auf die Selbsthilfe verweist und die Schwierigkeiten betont, die der Durchführung der Arbeitslosenversicherung entgegenstehen. Mittel zu finden, um die Schwierigkeiten, wenn auch nur schrittweise, zu beseitigen, das war und bleibt die Aufgabe des deutschen Städtetags.

× **Katholiken-** tag 1911 Die 58. Generalversammlung der deutschen Katholiken vom 7. bis zum 10. August in Mainz sollte besonders die sozialpolitischen Verdienste des Zentrums betonen. Dazu bot den äußern Anlaß die Erinnerung an den sozialpolitischen Bischof Ketteler. Sein 100. Geburtstag sollte an seinem Bischofssitz gefeiert werden. Und für die bevorstehenden Reichstagswahlen seine sozialpolitische Arbeit zu loben war dem Zentrum inneres Bedürfnis.

Die größte Vereinigung der Katholiken ist der *Volksverein für das katholische Deutschland*. Er zählt rund 700 000 Mitglieder gegen 652 000 im Vorjahr. In seiner Zentralstelle in München-Gladbach werden 18 akademisch gebildete Beamte literarisch und rednerisch beschäftigt. Neben der Zentralstelle wirken Bezirkssekretariate und Vertrauensmänner des Vereins im Sinn der Zentrumsparthei. Die Bildungsarbeit des Vereins befaßt sich hauptsächlich mit der Reichsversicherungsordnung, der Lebensmittelversorgung usw. Die schriftliche Agitation des Vereins war sehr umfassend. Von der Vereinszeitschrift *Der Volksverein* wurden mehr als 4 Millionen Exemplare verbreitet, fast ebenso viele Flugblätter wurden ins Land geworfen, dazu anderes Agitationsmaterial und Material zur Interessierung für Gebildete. Einzelschriften des *Volksvereinsverlags* wurden in mehr als 1½ Millionen Exemplaren verbreitet. Die sozialwissenschaftliche Bibliothek des Vereins zählt 31 000 Bände, und für die wissenschaftlichen Arbeiten werden 670 Zeitschriften und Tageszeitungen gehalten.

Der Jugendfürsorge wendet der Verein fortgesetzt besondere Aufmerksamkeit zu; er sucht speziell das Interesse für die Fortbildungsschule zu wecken, heißt es in dem Bericht. Daß in der Fortbildungsschule der Religionsunterricht obligatorisch sein soll, ist bekannt, wurde aber in einer Resolution nochmals gefordert. Der Rekrutenfürsorge will der Verein nach einem Beschluß weitgehende Aufmerksamkeit und Förderung zuwenden. Und für den Mittelstand soll gesorgt werden, daß er hinreichend Arbeit und Absatz habe, weshalb Handwerker und Kleingewerbetreibende bei Bestellungen und Einkäufen nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Für die jugendlichen Industriearbeiterinnen wird erweiterter und verstärkter Schutz bei der Berufsarbeit verlangt. Alles in allem: Rührige und umfangreiche Bestrebungen, besonders durch Flugblätter und andere Schriften, um die Arbeiter im Lager des Zentrums festzuhalten. Die Furcht den Einfluß auf die Arbeiter zu verlieren, die gerade das Zentrum von allen bürgerlichen Parteien am meisten braucht, um seine politische Stellung zu erhalten, ist in allem zu spüren.

× **KurzeChronik** In Paris tagte vom 29. Juni bis zum 1. Juli der internationale Jugendgerichtskongreß. Er befaßte sich hauptsächlich mit der Spezialisierung der Rechtsprechung für Jugendliche, mit der Mitwirkung der Wohltätigkeitsvereine bei Durchführung der Aufgaben der Jugendgerichte und mit der Schutzaufsicht für Jugendliche. × Das Reichsgericht hat sich in einem Urteil vom 13. Februar 1911 für die Zulässigkeit des Boykotts in wirtschaftlichen Kämpfen ausgesprochen. Der Boykott wird nach dem Reichsgericht auch nicht dadurch sittenwidrig (und deshalb unzulässig), weil durch ihn Unbeteiligte geschädigt werden. Beschimpfende Angriffe will das Reichsgericht bei Anwendung des Boykotts nicht zulassen, dagegen ist gegen starke und übertreibende Ausdrücke, wie sie im politischen Kampf üblich sind, nichts einzuwenden. × Die Zahl der von den katholischen Gesellenvereinen errichteter Hospize und Ledigenheime vermehrt sich fortgesetzt. In Deutschland, Österreich und der Schweiz bestehen 354 Hospize, die 4800 Arbeitern ständig Wohnung bieten. Für die Errichtung der Hospize besteht in Köln eine besondere Bauberatungsstelle. × Der Bundesrat hat auf grund

der ihm durch das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung erteilten Vollmacht die Amtsdauer der jetzigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus den Kreisen der Versicherten und Arbeitgeber bis zum 31. Dezember 1913 verlängert. X Nach einer Erhebung der Zentralstelle des deutschen Städtetags bestehen in 45 Städten zusammen 99 von den Gemeinden unterhaltene Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge. 28 Städte geben Vereinen Zuschüsse. X Der preußische Kultusminister hat eine neue Verfügung betreffend die Überwachung der gewerblichen Beschäftigung von Schulkindern erlassen. Die Beschäftigung soll durch Befragen der Kinder festgestellt werden. Übertretungen der gesetzlichen Vorschriften sollen durch Vorstellungen bei den Eltern und dem Arbeitgeber beseitigt werden. Wenn dies erfolglos bleibt, ist dem Kreisschulinspektor Bericht zu erstatten.

X  
**Literatur** Von den Schriften der *Ungarischen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* /Jena, G. Fischer/ sind zwei zu erwähnen: die Dr. Emerich Ferenczis über Heimarbeit und die Dr. Stefan Varrós über Regelung der Maximalarbeitszeit der Frauen und der Jugendlichen in Betrieben mit 10 oder mehr Arbeitern. Aus der zweiten Schrift sei registriert, daß in Ungarn die Beschäftigung von Kindern zwischen 12 bis 14 Jahren für täglich 8 Stunden noch gesetzlich erlaubt ist. Schutz vor Verwendung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in ungesunden und gefährlichen Gewerbezweigen steht nur auf dem Papier. Eine Verordnung, die die ungesunden und gefährlichen Industrien bezeichnet, ist nie erlassen. X *Das Internationale Arbeitsamt* hat einen *1. vergleichenden Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahmen veröffentlicht* /Jena, G. Fischer/. Er enthält eingehende Angaben über Einführung der Fabrikinspektion in den europäischen Staaten, den Umfang der Inspektionspflicht, die Organisation der Gewerbeaufsicht, die Beamten, deren Zahl, Vorbildung und Befugnisse. Die Revisions-tätigkeit wird in absoluten und relativen Zahlen dargestellt. X In der verdienstlichen Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ ist der 2. Teil der schon in dieser Rundschau (1910, 3.

Band, pag. 1588) erwähnten Schrift Dr. Heinrich Pudors *Zur Sozialpolitik des Mittelstandes* erschienen. Wie schon berichtet, plädiert Pudor für die Umkehr der Entwicklung. Von der Rückkehr zu handwerksmäßigen Formen der Produktion und Verteilung erwartet er die Gesundung des Wirtschaftslebens. Förderung des Handwerks und seiner Organisationen, der Innungen, muß nach ihm die Hauptaufgabe der sozialpolitischen Gesetzgebung sein. Die deutsche Sozialpolitik hat am verkehrten Ende angefangen, beim Proletarier. Was diese Schrift mit Kultur und Fortschritt zu tun hat, ist nicht recht verständlich. X In der gleichen Sammlung gibt Dr. H. Handke mit dem Schriftchen *Das Problem der Arbeitslosenversicherung* einen kurzen Überblick über die theoretischen Erörterungen dieses Problems und eine gedrängte Darstellung der wichtigsten Versuche zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit (Erwerbslosenunterstützung durch Verbände der Arbeitnehmer, Aufwendung öffentlicher Mittel usw.). Dr. Handke vertritt die Forderung allgemeiner Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit. X In einem im Druck erschienenen Vortrag *Der Unternehmerstand* /Leipzig, Teubner/ will Professor Ludwig Pohle die Bedeutung des Unternehmers für die Volkswirtschaft darlegen. Der Unternehmer hat nach Pohle die moderne Volkswirtschaft ins Leben gerufen, nicht umgekehrt. Die Unternehmung wird als besondere Form der Erwerbswirtschaft definiert, wenn mindestens eine Kraft zu ihrer Leitung erforderlich ist. Zum Unternehmerstand zählen neben den leitenden Eigentümern auch die Angestellten, »die entweder allein oder mit anderen zusammen selbständige Entscheidungen in Fragen der Betriebsorganisation zu treffen haben, und denen die Wahrung des Lebensinteresses der Unternehmung, die Gewinnerzielung, anvertraut ist«. Die Zahl der Unternehmungen (im obigen Sinn) berechnet Pohle nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom Jahr 1907 auf 59 599 landwirtschaftliche und 81 549 gewerbliche. Da manche Unternehmungen mehrerer Unternehmer bedürfen, ist die Zahl der letzteren größer, wird aber im besten Fall einige Hunderttausende betragen. Das Unternehmertum erscheint Pohle folglich nur als eine »dünne Oberschicht«, deren Vertreter großer Kunst und Geschicklichkeit bedürfen, um in Ländern mit gleichem Wahlrecht Anteil

an der politischen Führung der Nation zu behalten. Der Verfasser untersucht die Entstehung des gewerblichen Unternehmertums, deren Ursachen er in persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten findet. Seiner ganzen Auffassung entsprechend wünscht Pohle den Unternehmern eine führende Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben. X Die Schrift H. Schneiders *Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie* / Hannover, Dörnke & Mey/ verdankt ihre Entstehung der beabsichtigten, aber nicht ausgeführten Beteiligung des Fabrikarbeiterverbands an der Hygieneausstellung in Dresden. Die Schrift sollte eine Erläuterung der ausgestellten Materialien, Abbildungen, Tabellen und Diagramme sein. Eingehend stellt der Verfasser die Gefahren der chemischen Industrie aus der Statistik der Unfälle und der Erkrankungen dar. Gerade in der chemischen Industrie bietet die Zahl der Unfälle allein, wie Schneider mit Recht betont, keinen Maßstab zur Beurteilung der Gefahren für die Arbeiter. Werden doch nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts die langsamen Vergiftungen nicht als Unfälle anerkannt sondern als Gewerbekrankheiten, die in der Statistik der Berufsgenossenschaften nicht erscheinen. Die Schrift Schneiders ist eine treffliche Zustandsschilderung der Lage der Arbeiter der chemischen Industrie, die nicht nur, wie ihr Titel ankündigt, die Gefahren der Arbeit in den chemischen Fabriken behandelt sondern auch manches Licht auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter der chemischen Industrie wirft. Mit der Schrift haben sich der Verfasser und der Fabrikarbeiterverband ein Verdienst um jede ernsthafte Sozialpolitik, die erkennen und bessern will, erworben.

## WISSENSCHAFT

### Geschichte / Paul Kampfmeyer

**Ehe und Familie** Von dem großzügigen soziologischen Werk Dr. F. Müller-Lyers *Die Entwicklungsstufen der Menschheit*, ist der 2. Band *Formen der Ehe* / München, Lehmann/ erschienen. Mit gutem Recht schließt sich Dr. Müller-Lyer nicht der Gliederung der Eheformen an wie sie uns aus der Morganschen *Ancient Society* bekannt und geläufig geworden ist. Nach Morgan beginnt die Entwicklung des Geschlechtsverkehrs mit der Promiskuität, schreitet dann zur geschlechtlichen Ver-

mischung von Brüdern und Schwestern und zur Punaluae fort usw. Mit den Formen des Geschlechtsverkehrs verknüpft Morgan aufs engste die Familienformen. Aus bestehenden Familien- und Verwandtschaftsformen leitet er zum Beispiel frühere Formen geschlechtlicher Paarung ab. Mit großem Nachdruck hat schon Julius Lippert in seiner Kulturgeschichte gegenüber Morgan betont, daß der Geschlechtsverkehr auf einem Antrieb des allerprimärsten Instinkts beruht, daß aber die Ehe als Grundlage der Familienorganisation die Schöpfung gesellschaftlicher Fürsorge ist.

Müller-Lyer häuft ein großes Material, das uns den Unterschied zwischen rein sexueller Paarung und der Ehe als dem Fundament der Familie dartut. Bei den Naturvölkern paaren sich ziemlich ungerügt die jungen Leute, sie überlassen sich willig der elementaren Kraft des sexuellen Instinkts, aber über diesen reinen Paarungsverhältnissen baut sich dann die Ehe und die Familie der Erwachsenen auf. Die Ehe hat als soziale Organisation den Zweck der Erzeugung und Aufzucht der Kinder. Sie ist eine in die Zukunft gerichtete soziale Institution. Die Tatsachen, die Müller-Lyer in dem ausführlichen 2. Kapitel *Die Formen der Ehe* anführt, zeigen uns klar, welche Bewandnis es mit der vielfach mißverstandenen *Promiskuität* der Völker des Altertums und der sogenannten *primitiven Völker* hatte.

Das vorliegende Werkchen Müller-Lyers ist übrigens nur als eine Art Einleitung zu seinem System der *Geneonomie* zu betrachten, und unter *Geneonomie* versteht er »die Summe aller derjenigen soziologischen Erscheinungen, die unmittelbar oder mittelbar mit der Erzeugung von Menschen zusammenhängen«. Er will uns die historische Entwicklung der Familienformen und der sexuellen Liebe geben. Die späteren Bände seines Werkes werden sich offenbar auch kritisch mit den Theorien von Morgan, Engels, Bachofen, Lippert usw. auseinandersetzen. Friedrich Engels hat durch seine Arbeit über die Entstehung der Familie, des Staates und des Privateigentums den Dualismus in das einheitlich ökonomische System von Marx hineingetragen. Die Beziehungen zwischen den Wirtschaftsformen und den Ehe- und Familienformen müssen von neuem wieder gründlich untersucht werden. Und eine solche, diese Beziehungen aufhellende Untersuchung erhoffen wir von dem soziologischen Forscher Müller-Lyer.

X

X

**Griechentum** In der Wertung des Griechentums gehen die Anschauungen der Kulturhistoriker und Philologen weit auseinander. Dem fast kritiklosen Enthusiasmus für das Griechentum am Ausgang des 18. Jahrhunderts ist eine historisch vertiefte kühlere, aber gerechtere Würdigung am Schluß des 19. Jahrhunderts gefolgt. Das 18. Jahrhundert schloß in Deutschland mit einem wahren Schönheitskultus des weltbürgerlichen, allerdings eng begrenzten Kreises der Intellektuellen ab. Diese schönheitstrunkenen Elemente hatten kein Auge für die ökonomisch-soziale Eigenheit der von ihnen vergötterten Griechenwelt. Erst der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts war es vorbehalten in die Eigenart der sozialen Wirtschaftsverhältnisse Griechenlands einzudringen. Und nur bei dem großen Philologen Boeckh, dem wir das grundlegende Werk über den *Staatshaushalt der Athener* verdanken, blüht bei aller Schwärmerei für klassisches Hellenentum eine sozial feinsinnige Auffassung der griechischen Verhältnisse durch. Die gigantische Fülle von Vorstellungen und Betrachtungen über hellenische Eigenart, die die Weltliteratur entwickelt hat, faßt Gustav Billeter kurz und prächtig informierend in seinem anregenden Werk *Die Anschauungen vom Wesen des Griechentums* /Leipzig, Teubner/ zusammen.

Noch W. von Humboldt erschienen die Ausstrahlungen des Hellenengeistes als völlig einheitlich. »In allen griechischen Gedichten, ohne Unterschied der Gattung und der Zeit«, so schreibt er an Schiller, »herrscht ein Geist.« Aber gegen diese Einheit des Stils lehnt sich schon Jakob Burckhardt auf. Und in unseren Tagen hebt Wilamowitz in seinen Reden und Vorträgen kühl den Satz hervor: »Die Antike als Einheit und als Ideal ist dahin; die Wissenschaft selbst hat diesen Glauben zerstört.« Das Maßhalten wird dann als charakteristisches Merkmal des künstlerischen griechischen Schaffens gerade von Schiller und Humboldt bezeichnet. Rohde wendet sich heute gegen das »Unwesen«, das bisweilen mit der griechischen σοφιστική getrieben wird, und gerade Maßlosigkeit und Unbeständigkeit werden jetzt vielfach als Wesenszüge des Griechentums hingestellt. In lachenden Farben haben Schiller, Hölderlin, Humboldt die Welt der »griechischen Heiterkeit« gemalt, aber Wilamowitz zerstört in seinen *Griechischen Tragödien* den schönen Traum von der »heiteren Schön-

heitsreligion der Hellenen«. Eine ganze Reihe Altertumsforscher verbreitet sich jetzt über den Pessimismus der Griechen. Den hochtönenden Lobpreisungen des harmonischen, heitern Griechengeistes hält der klassische Philologe Pöhlmann entgegen, daß gerade Burckhardt dazu berufen war »die harte und oft düstere, ja furchtbare Wirklichkeit, die sich hier, ähnlich wie in dem Italien der Renaissance, hinter einer hochgesteigerten geistigen und künstlerischen Kultur nur zu oft verbirgt, zu lebendigster Anschauung zu bringen: den tragischen Riß, der durch die hellenische Hochkultur wie durch alle hohe Kultur hindurchgeht«. Wilamowitz bezeichnet das Perikleische Zeitalter mit seinen heiteren, dem Kultus der Schönheit hingegebenen Griechen als eine »Erfindung«. Einem Herder, Theodor Vischer, Springer war Griechenland die Wiege der Menschlichkeit, der Völkerliebe, der Humanität, aber Wilamowitz berichtet heute trocken, Humanität sei »etwas so Ungriechisches . . .«, daß die Sprache nicht einmal ein Wort dafür hat«. Der Grieche wurde in früheren Zeiten überschwänglich als *Individualist*, als Freiheitsenthusiast gefeiert; in seinem geistvollen Werk *Menschliches; Allzumenschliches* bezeichnet aber Nietzsche einmal den Griechen direkt als »Staatsnarren«. Und der alte Boeckh hat schon den Ausspruch getan, daß das griechische Privatleben ganz im Staatsleben aufgelöst war. Dem aufgeklärten, rationalistischen Griechen der frühern Zeit stellen unsere Tage den religiösen Griechen gegenüber, und für Nietzsche ist Mythos und Mystik der Mittelpunkt des alten, vorsokratischen, wahren Griechentums. Kurt Breysig schreibt in seiner *Kulturgeschichte der Neuzeit* den Satz nieder: »Nichts ist bezeichnender für das innerste Wesen der hellenischen Kultur als der innige Zusammenhang, in dem die Entwicklung ihrer Kunst und die ihres Glaubens mit einander stehen.«

In der Würdigung der einzelnen Epochen der griechischen Kultur klaffen die Ansichten der Altertumsforscher weit auseinander. Burckhardt stellte die homerische Zeit hoch über die Folgezeit, Nietzsche betrachtete das 5. und 6. Jahrhundert, das »tragische Zeitalter«, als den eigentlichen Höhepunkt der Entwicklung, Wilamowitz nennt dagegen das 3. Jahrhundert den »Gipfel der hellenischen Kultur und damit der antiken Welt«. Er schreibt: »Mögen die ewigen Gedanken früher gedacht, die ewigen

Kunstwerke vorher geschaffen sein: durch die Ausgestaltung der Wissenschaft ebenso wie durch die Weltherrschaft gewinnen beide erst die Macht auf die Ewigkeit hin zu dauern und zu wirken.« Die frühere klassizistische Wertung der Antike ist heute überwunden. Ed. Meyer spricht es offen aus, daß sich der Versuch die klassisch-griechische Kultur zum Vorbild zu erheben auf die Dauer als undurchführbar erwiesen habe. O. Kern äußert sich über »das falsche Dogma vom klassischen Altertum«. Und Wilamowitz bekämpft den Klassizismus wiederholt, denn »jene Antike, die ein absolut verbindliches Vorbild für Kunst und Leben sein sollte, war für beides eine ernste Gefahr, schon darum, weil sie ein Wahnbild war.«

Bei der Ergründung der Ursachen des griechischen Niedergangs schürft man heute viel tiefer als in früheren Tagen. Mit allgemeinen Wendungen über den *sittlichen Verfall*, über den überwuchernden Individualismus und Subjektivismus half man sich früher über die Frage des griechischen Untergangs hinweg. Heute macht für diesen ein Victor Hehn »die Abwesenheit des realistisch-technischen Sinns« verantwortlich. Pöhlmann führt den Abstieg Griechenlands darauf zurück, daß Hellas »vom Standpunkt der Politik wie der Weltwirtschaft ein Nebenland geworden« sei. Und er beleuchtet dann scharf die »verhängnisvollen sozialpolitischen Mächte, welche die antike Welt im gesamten Umkreis des Mittelmeers ihrer auflösenden und zersetzenden Gewalt unterwarfen: Kapitalismus und Geldoligarchie, Pauperismus und Sklavenwirtschaft«.

Diese kurzen Ausführungen können natürlich nur auf die vielseitigen Aufschlüsse hinweisen, die uns der belebte Billeter über den Wechsel der Anschauungen vom Wesen des Griechentums gibt.

X  
Römisches  
Kaiserreich

Das epochale Werk Guglielmo Ferreros *Größe und Niedergang Roms* / Stuttgart, J. Hoffmann/ (siehe diese Rundschau, 1908, 1. Band, pag. 133, und 1910, 2. Band, pag. 658) schließt vorläufig mit der glänzenden Darstellung des *Weltreichs unter Augustus* ab. In diesem 6. Band fesselt uns wieder die große Kunst Ferreros verwickelte ökonomisch-soziale Vorgänge lebensvoll und klar darzustellen. Das interessante Zusammenwachsen der durch Roms Kriegskunst unterworfenen Länder zu einem großen

Weltreich ist kaum anderswo so plastisch geschildert worden wie hier von Ferrero. Gallien schießt schnell zu einem *Agypten des Westens* empor, prächtig schwingt sich wirtschaftlich das Portal auf, Syrien und die Donauprovinzen, Spanien und Kleinasien kommen einander näher. Die alten Industrieländer gelangen wieder zur Blüte, und in der Friedensära entfaltet sich, modern ausgedrückt, das Reich des Freihandels. Und dieser wirtschaftliche Aufschwung kam eigentlich spontan ohne das Eingreifen zielklarer politischer Mächte zustande. Mit Recht bemerkt Ferrero: »Während Augustus sich abmühte, um in Rom das aristokratische Regime wieder regierungsfähig zu machen, vollzog sich ganz allmählich und dank der Bemühungen von Millionen von Menschen, die keine klare Vorstellung von dem Endergebnis haben konnten, in den hinsichtlich von Sprache, Rasse, Überlieferungen, Klima verschiedensten Gebieten des Reiches ein Prozeß gegenseitiger Assimilation und der Ausgestaltung einer geschlossenen wirtschaftlichen Einheit, und enger als es die Gesetze und Legionen Roms oder der Wille des Senats der Cäsaren vermocht hätte, wob sich das immer feinmaschigere Netz der materiellen Interessen um alle die einzelnen Glieder.« Und so ist das römische Weltreich eigentlich die Schöpfung unbewußt schaffender wirtschaftlicher Kräfte.

In zwei Punkten hat sich nach Ferrero die Politik des Augustus und seiner Nachfolger als besonders erfolgreich erwiesen: in der Romanisierung Galliens und in der Herausbildung eines einheitlichen Staatsgedankens. »Nach den asiatischen Begriffen von der Monarchie«, so hebt Ferrero mit Nachdruck hervor, »erschien der Staat als das Eigentum einer Dynastie, das der Herrscher vergrößern, verkleinern und zerstückeln konnte. Er hatte das Recht es zwischen seine Söhne und sonstige Verwandte zu verteilen, und er konnte es testamentarisch vermachen wie ein Grundstück oder ein Gebäude. Für den Römer dagegen war der Staat die *res publica*, die gemeine Sache, die jedermann und niemand gehörte.« Augustus und Tiberius erscheinen dem Historiker Ferrero als die zielklaren Fortsetzer des einheitlichen republikanischen Prinzips. Und in diesem Punkt tritt seine originelle Auffassung der Lebensarbeit des Augustus und Tiberius hervor. »Von dem ganzen Lebenswerk des Augustus und des Tiberius hatte dabei nichts eine längere Lebensdauer als ihre zielbewußte Arbeit an der Ret-

tung des Wesentlichen am republikanischen Prinzip, wenn auch freilich die Nachwelt dies nicht begreifen wollte, und es selbst unsere Zeitgenossen, die nach vielen Jahrhunderten noch die Früchte dieser Arbeit pflücken, nicht einsehen wollen.«

**Deutschland: Die Gründung des Deutschen Reichs ist zu einer patriotischen Haupt- und Staatsaktion von deutschnationalen Historikern zurechtgemacht werden.** Im Vordergrund der patriotischen Geschichtsklitterung stehen Deutschlands großherzige, von einer stürmischen nationalen Begeisterung beseelte Fürsten, die auf dem Altar des Vaterlands wertvolle Souveränitätsrechte uneigennützig opfern. Unter den Fürsten obenan glänzt natürlich der König von Bayern, der durch seine Initiative die deutsche Kaiserwürde wieder erneuern half. Über die tatsächliche Geschichte der Reichsgründung klären uns jetzt nach und nach die Aufzeichnungen der bei der Reichsgründung beteiligten Fürsten, Diplomaten und Parlamentarier auf. Einen Teil dieser Geschichte hat jetzt Erich Brandenburg in der *Quellensammlung zur deutschen Geschichte* /Leipzig, Teubner/ in den Briefen und Aktenstücken zur *Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches* wiedergegeben. Es fehlen leider zahlreiche Stücke aus den Tagebüchern und Memoiren der Teilnehmer an den Ereignissen, so die Tagebuchaufzeichnungen des preußischen Kronprinzen. Man kann für diese fehlenden Stücke auch nicht die Gründe Brandenburgs gelten lassen, daß die Einordnung dieser Aufzeichnungen in den chronologischen Rahmen der Publikation sehr schwierig gewesen wäre. Aber trotz dieser Lücken erhält man immerhin aus der Aktenstücksammlung ein anschauliches Bild von der wirklichen Reichsgründung. Mit nicht ganz unberechtigtem Argwohn verfolgte Ludwig II. die Entwicklung der deutschen Frage. Schon im August 1870 »deutete« er in einem Brief an König Wilhelm I. die »Hoffnung an, daß er nicht mediatisiert würde«. Die preußische Presse huldigte der preußisch-deutschen Kaiseridee. Der bayrische Gesandte Perglas schreibt deshalb an Ludwig II., »Bismarck habe mit Entrüstung gehört, daß die preußische Presse neuerdings von einem deutschen Kaisertitel für den König Wilhelm spreche. Fürst Gortschakow habe sich mit Interesse für

die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten ausgesprochen«. Die Kaiseridee taucht dann unverhüllt in der Denkschrift der badischen Regierung für den Bundeskanzler am 2. September auf. Die Unterhandlungen Preußens mit den süddeutschen Staaten über den Beitritt zum Norddeutschen Bund beginnen und schleppen sich unsäglich lange fort. Der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm bemüht sich heiß seinem Vater klarzumachen, daß die Kaiserfrage »nicht mehr zu umgehen oder abzuweisen« sei. Nicht allein süddeutscher sondern auch preußischer Partikularismus ist zu überwinden. »Preußischer Partikularismus«, so schreibt in dem erwähnten Brief der Kronprinz, »wird das seinige ebenso als Hemmschuh wie auch die süddeutschen Staaten leisten, und es wird beständig laviert werden müssen.« Am 30. Oktober hält dann Jolly bereits die »Kaiserwürde für eine beschlossene Sache«. Bayern denkt in dem langwierigen Handel um den Anschluß an das Deutsche Reich ständig an Besitzvergrößerung. So schreibt denn Eisenhart an den Grafen Bray am 31. Oktober: »Ferner bin ich von meinem allergnädigsten Herrn angewiesen Eurer Exzellenz wiederholt die Frage einer mäßigen Territorialvergrößerung im allerhöchsten Namen recht nachdrücklich ans Herz zu legen, und möchten Sie diese Angelegenheit recht bald mit Grafen Bismarck zur Besprechung bringen. So weit die Aufträge seiner Majestät.« Inzwischen wird Ludwig II. heftig bearbeitet sich für die Kaiseridee zu engagieren. Ende Oktober läuft in München der Brief des Großherzogs von Baden ein durch des Königs kühne Initiative es dahin zu führen, »daß die schweren Opfer der Nation zuletzt mit Anerbietung der Kaiserwürde an den greisen Heldenkaiser belohnt und gekrönt würden«. Herr von Mohl wird beauftragt »in München zu sondieren, wie König Ludwig über das Angebot der Kaiserkrone denke«. Der Graf Bray gibt aber keine Aussicht, »daß man den König zu einem solchen Schritt werde bestimmen können«. Ludwig selbst verhält sich gegenüber der Kaiseridee ablehnend. Und deshalb schreibt der Staatsrat Gelzer an den Großherzog Friedrich am 18. oder 19. November von München aus: »Dagegen verberge sich der König keineswegs, daß die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde eine bedeutende Beschränkung der königlichen Souveränität bedeute, also einem Herabsteigen von der

jetzigen Stufe ähnlich sehe und auch zur Folge haben müsse.« Am 24. November 1870 wird endlich das mit Bismarck getroffene Abkommen über den Anschluß Bayerns an das Deutsche Reich unterzeichnet. Seufzend ruft Graf Bray in seinem Brief vom 25. November an seine Gemahlin aus: »Dies ist der Anfang des neuen Deutschlands, und, wenn unsere Entwürfe genehmigt werden, das Ende Altbayerns! Es wäre nutzlos sich darüber täuschen zu wollen.« Inzwischen will die Kaiserfrage wegen des bayerischen Widerstands nicht von der Stelle rücken. Die Fürsten sind ernstlich besorgt, der Reichstag werde ihnen in der Kaiserfrage zuvorkommen. Bismarck wird ungeduldig, er schreibt am 27. November einen Brief an Ludwig II., um ihm die Initiative in der Kaiserfrage mundgerecht zu machen und legt sofort den Entwurf einer Erklärung Ludwig II. vor. »Ich habe mir erlaubt«, so schreibt Bismarck an König Ludwig, »dem Grafen Holnstein den Entwurf einer etwa an meinen allergnädigsten König und, mit den nötigen Änderungen der Fassung, an die anderen Verbündeten zu richtenden Erklärung auf seinen Wunsch zu übergeben.« Der Minister von Friesen legt nun bei dem Säumen Bayerns dem König von Sachsen die Frage nahe die Initiative in der Kaiserfrage zu ergreifen, doch dem König Johann will es nicht recht in den Sinn »gleichsam mit Übergelung Bayerns den ersten Schritt zu tun«. Er wendet sich daher am 29. oder 30. November an König Ludwig in der Kaiserfrage. Vom 30. November ist dann ein Brief Ludwig II. an den Preußenkönig datiert, der diesen um die Annahme der Kaiserwürde ersucht. Von diesem Brief ist nicht einmal der volle Wortlaut bekannt, sondern nur die Erklärung, die Delbrück am 5. Dezember im Reichstag als Schreiben Ludwigs II. verlas. Der Minister von Friesen hält diesen Brief für den Entwurf Bismarcks, den dieser dem König Ludwig in die Feder diktieren wollte. Am 2. Dezember reiste Graf Holnstein von München mit dem Kaiserbrief nach Versailles. Von allen diesen wichtigen Schritten war der Geschäftsträger Bayerns, der Graf Bray nicht unterrichtet. Man erfährt durch ein Schreiben des sächsischen Gesandten, des Grafen Kömmeritz vom 2. Dezember, Graf Bray glaube, »daß Graf Holnstein seinen Zweck erreicht habe, bestimmt wisse er dies aber nicht, ebensowenig sei ihm bekannt, was überhaupt in Hohen-

schwangau wegen der Kaiserfrage beschlossen worden sei«.

Am 5. Dezember verlas dann Delbrück die angebliche Abschrift des Briefes König Ludwigs an den Preußenkönig. Dieser Brief ist, wie schon bemerkt wurde, der Entwurf Bismarcks. »Wahrscheinlich«, so bemerkt Friesen, »habe Bismarck, um einem etwaigen Antrag des Reichstags zuvorkommen und in der festen Annahme, daß der Brief des Königs mit diesem Entwurf wörtlich übereinstimmen werde, eine Kopie des letztern im voraus nach Berlin geschickt und dann die Veröffentlichung sofort nach der wirklich erfolgten Übergabe des Briefes telegraphisch abgesandt. Davon, daß er die Absicht habe den Brief noch in der selben Sitzung vorzulesen, habe ihm Delbrück nichts gesagt. Überraschend sei an dem Brief, daß der Antrag lediglich vom bayrischen Standpunkt aus motiviert werde, wodurch das Anerbieten des Kaisertitels als eine Art von Gegenleistung gegen die Bewilligung der bayrischen Reservatrechte« erscheine: Über diese geheimen Abmachungen war der König von Sachsen aufs äußerste empört, er ließ sein Bedauern vom sächsischen Gesandten Kömmeritz aussprechen, daß er nicht von den Verhandlungen über die Kaiserfrage verständigt sei.

Kurz vor der Versäiller Kaiserproklamation erfolgte übrigens noch ein bezeichnender Schritt Bayerns: Prinz Luitpold erbat beim König Wilhelm eine Audienz und entledigte sich eines Auftrags seines Königs, der dahinging, »die bayrische Armee möge des in allen Verträgen mit den deutschen Staaten vorgeschriebenen Passus im Fahnenfeld, wo dem Bundesfeldherrn Gehorsam gelobt wird, entbunden und die Verpflichtung zu diesem Gehorsam möge gestrichen werden«. Luitpold äußerte ferner, daß die Verstimmung in Bayern deshalb so groß sei, weil man Alternierung der Kaiserwürde zwischen Bayern und Preußen gehofft habe.

Am 18. Januar erfolgte endlich die Kaiserproklamation. Der preußische Partikularist Wilhelm I. war in Ver zweiflung und mußte erst zu diesem Akt im inbrünstigen Gebet Fassung und Kraft gewinnen. Er schreibt am 18. Januar an die Kaiserin Augusta: »Eben kehre ich vom Schloß nach vollbrachtem Kaiserakt zurück. Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu überneh-

men habe, teils und vor allem über den Schmerz den preußischen Titel verdrängt zu sehen! In einer Konferenz gestern mit Fritz, Bismarck und Schleinitz war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen.« Das ist die Geschichte der Erneuerung der deutschen Kaiserwürde!

× **KurzChronik** Vom 12. bis zum 15. September feierte die schottische Universität

Saint Andrews ihr 500jähriges Jubiläum.

× Seit der Amtsentsetzung Jathos ist die Bewegung für eine Reform des jetzigen unhaltbaren Verhältnisses von Kirche und Staat in Deutschland in ein neues Stadium getreten. So forderte zum Beispiel die *Vereinigung der Freunde der christlichen Welt* die Entstaatlichung der Kirchen, so verfaßte der Frankfurter Pfarrer D. Erich Förster den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Religionsfreiheit im preußischen Staat /Tübingen, Mohr/, so bekämpfte der Pfarrer Lic. G. Traub-Dortmund das Staatskirchentum wuchtig in seiner Schrift *Staatskirchentum oder Volkskirche?* /Jena, Diederichs/. × Im Anschluß an den Plan der Frankfurter Universitätsgründung regt Professor Paul Natorp-Marburg die Errichtung eines sozialpädagogischen Universitätsinstituts zur Weckung und Pflege sozialen Wollens und Arbeitens an. Der Gedanke der studentischen Unterrichtskurse habe an allen deutschen Hochschulen begeisterte Aufnahme gefunden. Aber es fehlte »allzusehr an geeigneter Hilfe und Anleitung seitens der Universitäten und Hochschulen«. »Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß es wenigstens eine Stätte an einer deutschen Universität gäbe, wo eine solche Anleitung in nicht dilettantischer sondern wissenschaftlich überlegter Weise geboten würde.« × Adolf Harnack und Konstantin Diobuniotis-Athen entdeckten einen Kommentar des Origines zur Apokalypse. Im Lauf des kommenden Winters geben beide Gelehrte den Originestext heraus.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Dramen** Europa hat keinen größern als Gabriele d'Annunzio in der Kunst die Weltgeschichte in prächtige, dekorative Szenenbilder umzuformen. Die Tragödie vom *Schiff* /Leipzig, Inselverlag/, die

Venedigs Historie verherrlicht, ist wiederum ein Zeichen vom Genie des Italieners. Es mag wahr sein, daß er zu Unrecht ein mächtiges Weltenbegebnis allein auf erotische Abenteuer stellt. Aber wie er es tut, das ist wunderschön. Wie durfte es einer wagen eine Frau als blutwütende Mörderin vor tausend Menschen auf die Szene zu bringen? Jeder würde zu pathetisch werden oder gar lächerlich; d'Annunzio entgeht dieser Gefahr. Das heidnische und das christliche Venedig kämpfen. Es siegt das christliche, und die Frau, die alle Grausamkeit und Tollheit der heidnischen Stadt war, wird an dem Bug des Schiffes gekreuzigt, das Venetiens Helden zu Eroberungszügen hinausträgt. Nur bei d'Annunzio sind diese bilderreiche Sprache, diese Hitze des Gefühls, diese Romantik der Megäre, diese panzerasselnde Ritterlichkeit Stil eines Poeten.

Kein Stil ist gefährlicher. Man sehe auf den Dilettanten Emil Ludwig, der mit der Unerschrockenheit eines bewußtlosen Liebhabers seine Renaissance-tragödien oder mythischen Spiele drucken läßt. Diesmal begibt Ludwig sich wiederum an den Stoff *Tristan und Isolde* /Berlin, Oesterheld/. Er putzt sein Drama mit einem Notennotto, er widmet es jemandem zum 73. Geburtstag. Ihm gelingt auch nicht selten ein schönes Sprachbild. Aber die Kunst des Gestaltens fehlt ihm. Er ist ein kultivierter Nachahmer vieler fremder Arten: d'Annunzios und Stuckens und Stefan Georges und . . .

Der Dichter Max Dauthendey, der die frischesten, natürlichsten Verse dichtet, dem hier schon oft gerechtes Lob gesagt werden durfte, wanderte einmal über die Erde, und sein *Wanderbuch über die geflügelte Erde* zeigte schon, daß der Lyriker den Subjektivismus überwinden wollte. Menschen, die ihm ganz fremd waren, schilderte er im *Wanderbuch*. Dinge, die sich nur mit Vernachlässigung des lyrischen Eigensinns ergreifen ließen, standen darin. Und dann die Novellen Dauthendey's, die gar tief beobachtende Objektivität verlangten. Würde er sich genug vergessen können, um ein Dramatiker zu werden? Nein. Obwohl sein Schauspiel *Die Spielereien einer Kaiserin* /München, Langen/ heißt. Sein Drama ist nur aus einzelnen Bildern zusammengesetzt, aus lyrischen Stücken, und jedes Stück läuft zu einer Pointe aus. Das

Leben der Katharina II. wird geschildert. Sie ist am Anfang noch das Weib eines preußischen Soldaten. Sie ist am Ende die sterbende Kaiserin. Ein großer Zeitraum wird überspannt. Die Szenen rollen sich sehr lebhaft ab. Doch die seelische Entwicklung der Charaktere liegt in den Zwischenakten. Ob es der preußische Soldat ist oder der wilde, prunkendes Tafelgeschirr und Weiberherzen zertrümmernde Zar Peter, Katharina spielt mit all den Menschen nur. Aber General Menschikow, der sie zu seiner ersten Geliebten einst gemacht hat, ist ihr einziger Geliebter geblieben, der Mann, dem sie sich unterwerfen wollte, daß er mit ihr spiele. Tragisch enden die Spielereien der Kaiserin, da sie den Geliebten erst vollkommen gewinnt, als der Tod sie zu sich beruft. So verbindet wohl ein Gefühl, besser noch: ein Symbol des Gefühls, die zerflatternden Akte. Doch diese Einheit ist eher als Idee des Dichters wahrnehmbar denn als Kunstwirklichkeit.

Die biblische Mystik, die Hebbel der Seele Judiths gegeben hat, wurde von einem Jüngling ausgedacht. Hebbel wollte die große dunkle Leidenschaft in der Mörderin des Holofernes zeigen. Die *Judith* ist die erste Tragödie des Dichters, und er würde es als eine Profanation angesehen haben der frommen Jüdin anderes als die pathetischsten Herzensregungen einzufloßen. Und so hat er die verworrene Psychologie der Judith als ein Grauen gedeutet, das aus weiblichem Heldenmut und aus plötzlich gewecktem Liebesinstinkt gemischt ist. Vielleicht sind Frauen imstande wirklich die vollkommenste Freude ihres Geschlechts zu erfahren, wenn sie das Schwert über den Mann schwingen, der sie mit nichts als seinen harten Knochen auf das Beilager hinabzog. Aber es scheint, als wenn Shaw mit seinem Lachen im Recht war, daß solche biblischen oder legendären Frauen, die Medea etwa oder die Messalina und die Judith und die Jungfrau von Orleans, für die Menschen unserer Zeit nicht sehr verständlich sind. Mit dem Psychiater meinen sie, daß die höchsten Märtyrerinnen und Heiligen verrückt geworden sind. Voltaire konnte sich nicht enthalten all seine Ironie und parodistische Begabung auf die Pucelle zu verschwenden. Und nun die Witwe Judith, die dem assyrischen General Holofernes das Haupt abschlägt, um Jerusalem zu retten. Judith kann das tun, da sie

trotz der Ehe mit Manasse Jungfrau blieb, und sie trägt also das assyrische Haupt ihren lieben Landsleuten zu. Man verdenkt es einem Zeitgenossen nicht, wenn ihm der Gedanke kam die Legende zu parodieren. Georg Kaiser tat es, indem er sein Erstlingswerk schrieb, die Komödie *Die jüdische Witwe* /Berlin, S. Fischer/. Da ist Judith Jungfrau geblieben, weil ihr Gatte eben gar keine Kraft mehr besaß, um ihrem weiblichen Schicksal fortzuhelfen. Da schlägt die Judith dem Holofernes den Kopf nicht in einem Irrsinn aus Heiligkeit und Sinnenlust ab. Da köpft sie den Assyrer in kindlicher Unachtsamkeit, weil er sie vom König Nebukadnezar abtrünnig machen möchte, der ihr zum Liebesdienst vollkommener wäre als der unförmige Kriegsheld. Kaiser hat das Sexuelle etwas heftig betont, und er ist der durchsichtigen Derbheit nicht aus dem Weg gegangen. Er will sich nichtscheanisch gebärden, kann aber nur mit Blasiertheit prunken. In seiner Gefühlskälte zeigt er Begabung; vielleicht wird er bei größerer Reife sympathischer. An die Seele rühren kann solch ein Stück nicht.

Die Komödie Hermann Bahrs *Die Kinder* /Berlin, S. Fischer/ stülpt die Deszendenztheorie ein wenig um. Der Graf hat einst die Gattin des Arztes verführt, der Arzt die Gattin des Grafen. Beide Damen wurden Mutter. Nun glaubt die Professorentochter, daß sie alle Freiheitsliebe und Gedankenstärke vom gelehrten Vater geerbt hat. Dabei war ihr Vater doch der reaktionäre, untätige Graf. Und der Grafensohn, der sich als besten Vertreter seines Standes fühlt, wurde doch von dem Arzt in die Welt gesetzt, der vom groben Bauernstamm herrührt, obwohl er Professor und Hofrat tituliert ist und dem Grafen sein Schloß mit den steifen, aristokratischen Lakaien abgekauft hat. Und langsam und bestütigend kommt die Wahrheit an den Tag.

Nur ein Stimmungsbild, kein von Schicksalen ausgefülltes Stück ist Heinrich Manns Akt *Variété* /Berlin, Paul Cassirer/. Bohème vom Tingeltangel und die dazu gehörigen Damen der Halb- und Überwelt reden durcheinander. Und über all dem der Geist und das unerbittliche Sehen Heinrich Manns.

Der Engländer George Moore hatte wohl das Recht nur ein Szenarium anstatt des ausgeformten Werks zu veröffentlichen. Denn sein von M. Meyer-

feld übersetzter Torso *Der Apostel* / Berlin, Paul Cassirer/ ist sehr merkwürdig. Manche Theologen und Psychiater erklären sich die Legende von der Auferstehung Christi auf sehr medizinische Art. Jesus sei am Kreuz von einem Todeskampf heimgesucht und als tot begraben worden, obwohl er nur scheinot war. Einige Getreue des Propheten retteten ihn dann aus der Gruft, die später leer gefunden wurde. Das Evangelium sagt: weil Christus zum Himmel gefahren ist. Die Gegner des Wunders behaupten: weil Jesus heimlich in das Haus seiner Freunde gebracht worden ist. Dort wurde er gepflegt, dort wurden ihm die Wundmale ausgeheilt, und er hat noch Jahre weitergelebt. George Moore folgt der Erzählung, daß der gesunde Christus nicht mehr seinen Widersachern getrotzt hat. Er ist hoch in die Berge Palästinas hinaufgewandert und hat in einem Essäerkloster Unterkunft als dienender Bruder gefunden. Inzwischen hat die Sage von der Himmelfahrt Christi die Menschen im Tal gewonnen. Paulus hat mit ihr das Christentum verbreitet. Paulus hat Christi Lehre gepredigt und die Tausende getauft, daß sie sich zum Glauben an die Auferstehung des Heilands bekannten. Der Apostel kommt auch zu dem Bergkloster der Essäer. Der dienende Bruder wird beauftragt dem Apostel die Füße zu waschen, ihn mit reinen Hemden zu bekleiden, ihm das Lager zu richten. Da betrachtet Paulus den Bruder, da erstaunt er: »Jesus von Nazareth!« Jesus: »Ich bin nicht auferstanden.« Jesus erzählt seine Schicksale seit der Kreuzigung. Paulus verzweifelt und erschlägt schließlich den lebendigen Christus, damit der Glaube an die Auferstehung, das Fundament des Christentums, gereißet werde.

X  
**Schmidtbonn** Der Kritiker sieht mit ängstlichem Erstaunen, wie Wilhelm Schmidtbonn seine jungen Kräfte vergeudet. Schmidtbonn schrieb einmal Novellen, die sein Herz erschuf, sein Herz, das abgöttisch der Heimat anhing und den armen Menschen und den unschuldigen Kindern. Seine Novellen und sein erstes Spiel *Mutter Landstraße* waren weit inniger als nachher der *Graf von Gleichen*. Daß Schmidtbonn sich nicht in der geraden Linie hinaufrang sondern eher verfiel, ist zweifellos. Und der Grund dieses Niedergangs ist beinahe sonnenklar zu

erkennen. Einem blutjungen Dichter setzen zuerst die Probleme zu. Er will Lebensrätsel lösen, er will von den Geheimnissen der Welt ein Schock enthüllen. Er überanstrengt sich, als wenn sein Gehirn und seine von der Empfindung genährte Phantasie zu fest angegriffen und Wundmale davongetragen hätten. Der Jüngling wächst, und Probleme fesseln ihn nur noch, sofern sie dem Irdischen angehören, in das sein Herz verflochten ist. Die Poesie ist körperlicher, weniger metaphysisch geworden, weniger von der Grübelelei berührt. Schmidtbonn war schon zu dieser Reife gelangt. Jetzt verzichtet er mit bedauernswerter Gleichgültigkeit auf sein Recht, ja auf seine Pflicht Probleme zu lösen oder das Herz zu entfalten. Er hat sein Handwerkszeug gebildet, und er tändelt nun mit diesem Werkzeug um die Kunst. Beweis dieser These sind die Tragikomödie *Hilf! Ein Kind ist vom Himmel gefallen*, die Tragödie *Der Zorn des Achilles* und die Rhapsodien *Lobgesang des Lebens* / Berlin, Fleischel/. Als die Fabrikantentochter Maria Vogel-sang einmal in der väterlichen Villa allein war, stiehlt sich der Dieb Bischof über den Zaun. Er nimmt der Maria die Ehre und läßt ihr ein Kind. Die Eltern merken dann das Unglück. Sie denken mit Recht, das Kind kann nicht vom Himmel gefallen sein. Sie drängen, und Maria tut nichts anderes als daß sie auszieht, um den Vater ihres Kindes zu suchen. Da findet sie denn Bischof, den Dieb, mit seinem Lumpengesindel, und sie führt ihn wirklich an der Hand heim. Der Fabrikant entsendet sie salbungsvoll über den Ozean, da er doch nicht anders gegen den Vater des Enkels verfahren kann. Doch Bischof und Maria sind gar nicht von Gewissensbissen geplagt. Stolz wandern sie fort, als wenn sie ein neues Leben und eine neue Moral entdeckt hätten. Zwei Dinge wollte Schmidtbonn mischen: den Blödsinn des Daseins und dessen tragischen Ernst. Aber ihn zehrt das Problem nicht auf; er will auch gar nicht die ganze Macht des Seelischen in die Menschen verschütten. Literarisch, abhängig, indem er seinen eigenen Stil nachahmte, schuf er dieses Stück. Ob ein Dichter aus den gefüllten Bornen seines Talents schöpft oder nur einen alten Ton wiederholt, das kann der aufhorchende Kritiker genau verspüren. Das Gute, das Versprechende und Gewinnende in Schmidtbonn ist sein heftiges Glücksgefühl, seine Stimmung zum Rhapso-

dieren. Und so wird in dieser Tragikomödie oft eine Prosa von großem Reiz geredet, so schleppen die Menschen ihr Schicksal gar nicht als lästig. Sie sind stolz, ob es nun zum Glück oder zum Elend geht. Und diese Stimmung gleicht vieles in dem Stück aus. Diese Stimmung bringt auch eine Sorglosigkeit in die Gedichte Schmidtbonnns, die zu verteidigen wäre, wenn sie den Poeten nicht zum Leichtsinne verleitet. Rhapsodien tönen in einem eigenen, geheimen Rhythmus aus Andacht und Jubel, nicht aus Redseligkeit. Es ist sehr wahr, daß der Mund von der Fülle des Herzens überfließt. Die Rhapsodien Schmidtbonnns danken ihren Ursprung jedoch nur dem Hang zum Reden, einer Produktionslust, die nicht von ästhetischem Bedenken gezügelt wird. Schmidtbonnns Legenden sind Prosa ohne viel innere Form. Und in der Tragödie vom *Zorn des Achilles* ist er noch nicht vorsichtiger geworden. Er dachte sich den Achill als den jubelnden Jüngling, als den geraden, sinnlichen, in Ehrlichkeit und Treue mustergültigen Menschen, als den schönsten, stärksten, anmutigsten Mann. Und er verwirrt den Achilles in jenen homerischen Streit, da der Held sich von seinen Landesbrüdern zurückzieht, weil man ihm die Briseis, seine köstlichste Beute, nahm. So können die Griechen Troja nicht stürmen. So fallen die Helden von Hellas, und mordend wütet Hektor unter ihnen. Aber Achilles zürnt, er will nicht kämpfen. Und wie dann der süße Freund Patroklos in der Rüstung des Starken gegen Hektor zieht, wie er getötet, schändlich geschleift und geschändet wird, da erwacht Achilles, da ist sein Widerstand gebrochen, da rüstet er sich, da heult er sein Schlachtgeheul gegen Troja. Die Stadt ist bald darauf gefallen. Schön dachte sich Schmidtbonn den Achilles. Nur Rhapsodien wollte er ihm in den Mund legen. Es gelang ihm. Und es ist ein mächtiges Bild, als Achill am Schluß seine Schlachtrhythmen singt. Aber die psychologische Basis fehlt dem Stück. Die Frauen der Tragödie, die das Unglück bringen sollen, sind ganz und gar nicht gelungen. Sie reden an dem Herzen des Hörers vorbei, der also nicht glaubt, daß sie zum Achilles reden. Also auch hier die große Unbesorgtheit Schmidtbonnns, der nicht fest niemet, der nicht seelisch vertieft, der naive kindliche Momente neben die wahrhaftigsten stellt. Die Szenen zwischen Achilles und Patroklos sind hohe Kunst. Dann kommen

wiederum die Frauen, und alles ist zerstört. Patroklos, Achill, Agamemnon, sie reden Kleistisch, Chryseis und Briseis, sie reden nach Grillparzer. Das bringt böse, sehr harte Dissonanzen.

X  
Romane Schon der Novellist Max Halbe fand Gefallen an der Rahmenerzählung. Was ihm ein Kamerad einmal in vertrauter Plauderei zutrug, das gibt er als einen Bericht von seelischer Merkwürdigkeit halb romantisch, halb nachdenklich wieder. Das Ereignis soll nicht das bedeutende Element sein, also nicht der unterhaltende Stoff sondern die psychologische Ausdeutung, die Belehrung des Zuhörenden. Pädagogik mit dem Poetischen. Die Form hat ihren Reiz, sie hat auch ihre Gefahren, da der Rahmen sehr leicht zu weit aufgespannt werden kann. Die objektive Geschichte ohne Maskierung in der Ichform oder anderen Gestalten will dem modernen Leser am besten behagen. Als Halbe seinen sehr umfangreichen Roman von der *Tat des Dietrich Stobäus* /München, Langen/ schrieb, wählte er wiederum die Verkleidung. Der alte Kriminalanwalt legte in die Hände seines jungen Kollegen ein dickes Manuskript, die Lobens- und Liebesberichte des Kaufherrn Dietrich Stobäus, der wegen eines nie aufgeklärten Mordes an seiner Geliebten vor die Geschworenen kam. Der alte Advokat stirbt, bald liest der junge natürlich in einer langen langen Nacht, was Dietrich bekannte. Ehe es in die Geschichte geht, sind 100 Seiten für die Einführung aufgewandt; die Seiten sind nicht kurzweilig. Das Leben des Herrn Dietrich enthält die große Liebe zu einem sehr schönen Theatermädchen, das ihn belügt, betrügt, von der er dennoch nicht lassen kann. Da tauchen die beiden ungleichen Geliebten eines Tages im Angesicht des Meeres in die Fülle der reichsten Lust unter. Und als plötzlich die Geliebte ins Wasser gestürzt, von dem Wasser auf ewig begraben ist, da hebt sich für die Richter das Rätsel auf, ob der liebeswahnsinnige Kaufherr gemordet, ob nur das unlösbare niederträchtige Schicksal gewirkt hat. Der Fall ist trotz allem, wie der Kritiker feststellt, gar nicht verzwickelt, so sehr auch Dietrich selber in seiner unkargen Redseligkeit sich zu Erklärungen treibt. Mehr Konzision für ein Thema, das so ausführliche Behandlung nicht vertrug.

Feine Einzelheiten gibt Halbe natürlich hier wie immer.

Der zweite, nach Novellen und sehr reifen, sehr feinen Gedichten hinausgesandte Roman Max Brods heißt *Jüdinnen* /Berlin, Juncker/. Noch immer ist die Poesie Brods Studentenpoesie, für sehr junge Herzen. Er verläßt nicht diese Welt, er ist in die grünen Herren verliebt, die noch vor dem physikalischen Lehrbuch schwitzen, deren Träume von erschreckenden Bildern der Examina ausgefüllt sind, wenn sie nicht ganz leuchtende Liebesträume erleben dürfen. So verwundert nun allmählich die begrenzte Anschauung Brods, aber seine Hellsichtigkeit für die Geschöpfe dieser Welt ist erstaunlich. Die Liebe des 17jährigen zu der 27jährigen wacht auf. Es ist eine Sommerliebe mit Tennis, Laubwald, Lagern im. Rasen und Kegelschieben. Es ist eine Sommerliebe im böhmischen Badeort Teplitz, mit Prager Jüdinnen, die als Mädchen etwas an Hysterie leiden, doch in der Ehe sehr vernünftig werden. Das wird alles so hingeplaudert, als wenn es ein Hauch wäre. Und es sind Schicksale von 40, 50 Menschen, deren Seele und Sinne klares, fesselndes Leben gewinnen.

Zola, d'Annunzio und Jacobsen sind die Lehrer, von denen noch alle unsere modernen Erzähler abhängen, auch die deutschen. Es gibt da auch ganz deutsche Ausnahmen, wie zum Beispiel den seligen Wilhelm Raabe. Doch der Roman ist eher in die Hände der kultivierten Schriftsteller geraten als in die Macht der großen Poeten. Das Schreiben der Romane ist ein Kunstgewerbe geworden, womit gar kein Tadel ausgesprochen wird. Denn es gehört zu einem Kunstgewerbler gar nicht wenig Geschmack und Talent.

Solch gehobener Handwerker, solch feiner Mann, der niemals gegen eine Regel der Behaglichkeit und der Anmut sündigt, ist Hermann Kroepelin. Sein Buch heißt *Harte Ehen* /Berlin, S. Fischer/. Eine junge Lehrerin wird Gattin eines Arztes. Der Mann ist ein braver, etwas egoistischer Mensch, der auf Seelenschwingungen der Frau nicht so gut geschult ist wie auf das Führen des Seziermessers. Da will die Frau eben seelisch müde werden, als das Unglück kommt. Der Arzt stirbt, ein Opfer seiner Pflicht. Die Witwe steht allein da. Sie nimmt eine Stelle als Erzieherin im Mecklenburgischen an. Da spinnt sich wieder die Liebe zwischen ihr und

dem Gutsherrn, ihrem Brotherrn. Doch der Mann hat eine Frau und zwei Kinder. Die Liebenden meinen das alles überwinden zu können. Da zeigt sich, daß der Mann seinen Kräften nicht trauen durfte. Die Kugel aus dem Jagdgewehr ist seine letzte Erlösung. Die Geliebte aber muß in Berlin ein armes Leben als Pensionswirtin anfangen. Kroepelin hat auch viel von Fontane gelernt. Er ist sehr sachlich, sehr ruhig. Er geht an gar kein neues Problem. Er beschäftigt die Phantasie niemals übermäßig. Er ist ganz von Kultur erfüllt. Über die gleichen Tugenden verfügt zum Beispiel Martin Beradt. Sie haben beide schon jetzt, mit ihren 30 Jahren, die Kühnheit, die Meisterschaft der alten Herren. Das ist beinahe rätselhaft, diese Weisheit, die doch sonst erst zur Epoche der Arterienverkalkung erworben wird. Poesie als etwas ganz Ursprüngliches ist es nicht; es ist ein mit unendlichem Fleiß hergestelltes Kunsterzeugnis.

Der Russe Ossip Dymow steht seiner Sehnsucht nach dem Jacobsen sehr nahe. Sein Roman *Der Knabe Wlass* /Berlin, Paul Cassirer/ soll keine Erscheinung des Lebens zu plump anfassen. Der Knabe Wlass, der im traurigen Witwenhaus der darbenen Mutter zur Universität heranreift, soll durch Stimmungen geführt werden, durch verschleierte Dunstwelten, aus denen ein empfindsames Gemüt bald das tiefe, deutliche Leben herausspürt. Die Dampfsheit russischer Revolutionäre, die Traurigkeit des jungen Mädchens, das seine Schönheit und jungfräuliche Mystik an einen groben Kerl geben muß, die rührende Anstrengung der Mutter Glanz und Süßigkeit zu spenden, obwohl die Schränke leer, und die Renten furchtbar schmal sind, das wären alles hohe Aufgaben für den Künstler. Dymow fürchtet sich vor jedem lauten Wort, vor jeder Schilderung, die einen Akzent fordert oder eine Derbheit. Dymow verlangt Leser, die schon lyrisch erhaben sind, ehe sie die Seiten aufschlagen. Für solche Leser darf er sich die Mühe sparen nach heftigeren, mehr zündenden Worten zu suchen, um ihnen seine Stimmung zu übertragen. Dymow ist dem Priester gleich, der innerhalb seiner Sekte mit den Worten der Tradition einen Taumel hervorruft. Doch die Uneingeweichten bleiben kalt bei der Rede des Priesters. So ist Dymow ein sektierender Schriftsteller, der seine zarten, blassen Stimmungsbilder nur für einen Kreis und für eine abgesonderte Gesellschaft schreibt.

Gegen den Kritiker hat der Poet stets die Waffe des Stolzes, daß der Kritiker ein dürrer Rationalist sei, daß der Kritiker verurteilt, was seinem engen Gefühl widersteht. Grenzenlos darf der Mut des Dichters sein. Über diese Theorie gibt es gar nichts zu streiten. Der Dichter darf alles wagen, wie der liebe Gott, der die Genies gemacht hat, aber auch die Bandwürmer und die Läuse. Und so würde gegen Ulrich Rauschers Roman *Richard Dankwards Weltgericht* /Frankfurt, Rütten & Loening/ der Einwand schweigen müssen, daß der junge Mann eine ganz unerhörte Begebenheit künstlerisch hat formen wollen. Denn es ist wirklich beispiellos, daß ein sehr tüchtiger Jurist von einem Frauenbildnis des 18. Jahrhunderts um den Verstand gebracht wird, daß dieser Mann seine herrliche Stellung und seine höchst angenehme Gattin verläßt, um sich in den schmierigsten Bordellen zu vergeuden, um schließlich von entschiedener Verblödung heimgesucht zu werden. Dankwards Abfall von allem Gewöhnlichen und Moralischen soll eben sein Weltgericht sein, da er die Dummheit und Dürftigkeit der Welt fürchtbar verspürt und die wirkliche Welt in dem sonst Verachteten und Angespuckten sucht. Wahnsinn ist die Folge dieses gefährlichen Abenteuers. Gegen Rauschers Absicht wäre gar nichts zu sagen, sofern er seine Kunst beherrschte. Aber welcher Dilettantismus; Wie er bei E. T. A. Hoffmann und bei dessen französischen Schülern die Stilistik ausborgt; wie er dann wieder in den Ton des Rétif de la Brétonne verfällt; wie er endlich Mittel des Balzac anzuwenden versucht. Jede Zeile in dem Buch gibt dem Belesenen Spuren an, wie Rauscher hier und da und überall lernen wollte.

Sollte Hermann Bahr den Rahmen für die Romanserrie zu weit gespannt haben, die er dem österreichischen Volk bestimmt? In dem 1. Buch, das Theater und Aristokratie Wiens zusammenbringt, hat er menschlicher und grazioser diese Welt geschildert als in einem seiner größeren Jugendbücher *Theater*. Der Roman *Drut* schildert die Beamten Oberösterreichs, die den Tod einer ihnen im Blut und Charakter fremden Frau herbeiführen. Bahr verklärte hier einen wenig behaglichen Fall der Skandalchronik zu einem sinnreichen Lebensereignis. Leben, Anschauung war sehr viel in den beiden Romanen von der österreichischen Menschenkomödie. Der 3. Band *O Mensch!* /Berlin, S. Fischer/

ist inhaltlich sehr arm. Schicksale sind überhaupt nicht entwickelt oder beendet. Es wird nur gedacht und geredet. Und wir treffen einen Kammer Sänger, der deutschnational und judenfeindlich ist, und wir treffen einen Prinzen Adolar, einen sozialen Utopisten und einige sehr brave Originale. Sie alle reden aber um sich herum. Sie erklären den Österreicher, sie dienen einem Dialog über das Österreichische. Der Dialog ist geistreich. Es war aber unrecht so etwas als Roman zu titulieren.

Sehr fleißig, aber sehr wenig begabt ist Hans l'Arronge. Das hindert ihn nicht einen dicken Roman nach dem andern zu schreiben. Er heißt diesmal *Die Macht der Blondes* /Berlin, Continent/. Schon der Titel verleitet zum Irrtum. Man möchte an einen der beliebten Kultur- und Rassenromane denken, die mit kosmischen Spielereien die Leser unterhalten. L'Arronge ist viel irdischer, auch viel trivialer. Daß ein Mann die blonden Frauen sehr liebt, daß er ein blondes Mädchen heiratet und sie nachher betrügt, weil er ein noch schöneres Blondhaar aufgefunden hat, das gibt die moralischen Stützen dieses Romans.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die guten Bücher nicht mit großen Leidenschaften angefüllt sein müssen. Zur Bekräftigung des alten Spruchs diene nur ein Buch, das warnen soll, das als eine schlechte, geschmacklose Spekulation auf Skandal sucht verurteilt werden soll. Franz von Hohenegg schrieb einen Roman *Operettenkönige*, einen Wiener Theaterroman /Berlin, Laue/. Da wird gestohlen, betrogen, da wird gemordet, da werden die Hunderttausende gerollt, da wird die heißeste Liebe geliebt. Es ist ganz gleichgültig, ob die Herrscher der modernen Operette, die Sängerinnen und die Theaterdirektoren solche Spitzbuben, Vampyre und Halunken sind wie sie Hohenegg schildert. Man muß solchen Schund einmal fester fassen, da er sich als etwas Ernstes und Mahnendes aus gibt.

X  
Neuauflagen In ihrem Bestreben alles Gut zu retten kommen die Verleger auf die entlegensten Gebiete. So ist eine Bücherei *Zyklop* gegründet worden /Sachsen-Altenburg, Vogt/, die gar den großen Kolportageerzähler Eugen Sue wieder zu Ehren bringen möchte. Die *Geheimnisse des Volkes* werden übersetzt. Aber das ist ein schlechtes Unternehmen. Das Riesenschub ist auf dem minderwertigsten

Papier gedruckt, und die Ausstattung des Werkes ist aufdringlich und geschmacklos. Außerdem liegt kein Grund vor Eugen Sue im Grab zu stören.

Den Nachruhm verdiente aber Guy de Maupassant. All seine Werke sind sehr kostspielig. Da lag der Gedanke einer Auslese nahe. Er ist in den *Oeuvres choisies de Guy de Maupassant* /Paris, Delagrave/ verwirklicht. Der Privatdozent F. Berndt besorgte die Auswahl. Er tat es mit sehr großem Geschick, und er schrieb eine mustergültige Einleitung. Es fehlen nicht die Jugendgedichte, und dann folgen die Erzählungen und das Beste aus den Romanen. In diesem 400 Seiten starken Sammelband ist unendlicher Reichtum. Dabei ist das Rechenexempel außerordentlich schön gelöst auf einer Seite mit gutem deutlichen Druck möglichst viel unterzubringen.

In England kommt jetzt langsam auch der Dichter Disraeli zu Ehren, der als Lord Beaconsfield der größte Minister des Victorianischen Zeitalters gewesen ist. Die soeben in England erscheinende Monumentalbiographie Disraelis zeigt uns die Jugend des ehrgeizigen Mannes, der neben dem politischen Ruhm stets nach dem literarischen strebte, der als journalistischer Pamphletist seine Feder übte, um als Romanschriftsteller fortzufahren, auch dann noch, als er die Pearskrone trug. Und jetzt, da wir wissen, wie persönlich Disraeli schrieb, wie er seine Seele aufblätterte, erscheint uns sein Roman *Constanzini Fleming* als das interessanteste seiner Werke. Oscar Levy in London verdeutschte und interpretierte uns dies Buch /Berlin, Oesterheld/ so gut, so geistreich wie es bei uns allen Vermittlern fremdländischer Literatur zu wünschen wäre.

In der Bibliothek zeitgenössischer Romane /Berlin, S. Fischer/ ist jetzt Bernhard Kellermanns lyrischer Roman *Yester und Li* für 1 Mark zu kaufen.

Dem Folkloristen, dem Sprachforscher und dem Literaturhistoriker ist Abraham a Santa Clara, der große Wiener Prediger, noch immer ein lieber Gegenstand des Studiums. Professor Karl Bertsche, als Forscher auf diesem Gebiet wohlbekannt, bringt nun eine Auswahl der Werke Abrahams /Bonn, Markus & Weber/. Es handelt sich um keine Bearbeitung, die die Ursprünglichkeit und Derbheit des Originals verwischt. Die Ausgabe dient gelehrten und ästhetischen Zwecken zugleich. Man sollte den Abraham a Santa Clara nicht als

Klassiker zu hoch schätzen. Er hat trotzdem seinen Rang in der Geschichte der Beredsamkeit und des geistlichen Liedes. Die *Hendelsche Bibliothek der Gesamtliteratur* hat auch den Erhgeiz mit den 25 Pfennig-Heften den Bibliophilen zu gefallen. Der Deckel jedes Heftes ist nicht nur ein lappiger Papierstreifen sondern schmiegsame Pappe. Das Buch soll eben auch in die Bibliothek gestellt und nicht sofort weggeworfen werden. Bei der Auswahl der letzten Publikationen war das Hallenser Verlagshaus besonders glücklich. Es seien genannt: *Gnadenbrot*, Turgenjews bestes Schauspiel, gewissenhaft übersetzt von Adolf Heß. Des Cyrano von Bergeracs *Reise in die Sonne*, ein bunter Zukunftstraum mit philosophischen Horizonten. *Das Leben des Michelangelo Buonaroti*, von seinem Schüler Ascanio Condivi. Dieser Biograph war der liebevollste Herold der Menschengröße seines Meisters. *Die Abtissin von Castro*, eine Renaissancenovelle von Stendhal. Ein *Russisches Novellenbuch*, das Erzählungen von Potapenko und anderen enthält. Von besonders großem Wert sind auch die philosophischen und historischen Bände dieser Bibliothek; so eine sehr gute Ausgabe des Flavius Josephus. Deren Erwähnung gehört zwar nicht in diese Rubrik, soll aber das Bild dieser trefflich besorgten Sammlung vervollständigen.

× ×  
**Kurze Chronik** Im Krankenhaus zu Marseille ist Louis Xavier de Ricard gestorben, der im Jahr 1866 den *Parnasse contemporain* begründete und so der Begründer der berühmten Dichterschule der *Parnassiens* wurde. Ricard starb im größten Elend. × Die Grabstätte der Eltern Goethes zu Frankfurt am Main ist vor dem Verfall durch einen neuen Anbau gerettet worden. × In seiner Vaterstadt Stavenhagen hat Fritz Reuter ein Denkmal erhalten. × Mit sozialem Ernst hat Otto Krille sein Drama *Anna Barenthin* /Berlin, Sassenbach/ geschrieben. × Der Mansfelder Knappenstreik von 1909 wird in dem Heft *Aus Mansfelds Ehrentagen* von Adolf Thiele dargestellt /Halle, Thiele/. Es ist ein halb historischer, halb dichterischer Bericht. × Ein interessantes Familienbild enthalten die *Aufsetzungen über eine Familie Klopfer* von Arnold Zweig /München, Langen/. × Mit fesselnder Innigkeit hat Christian Mengers die Erinnerungen eines alten Handwerkers aus seinen Wanderjahren geschrieben (*Aus den letzten Tagen*

der *Zunft* /Leipzig, Wigand/. × Den merkwürdigen Fall des unbewußten Plagiats behandelt Georg Sylvester Viereck in dem Roman *Das Haus des Vampyrs* /Stuttgart, Juncker/. × Dem kleinen Mann und auch den himmlischen Dingen gewidmete Skizzenbücher schrieben Marie Holzer *Im Schattenreich der Seele* /Leipzig, Volger/: Lektüre für Stunden großer Müdigkeit; Hans Holzschuher *Vom sprechenden Baum* /Frankfurt, Rütten & Loening/: gereimte und freie Lyrik aus großer Naturliebe gedichtet; *Briefe an eine schöne Frau* /Berlin, Oesterheld/ mit Unrecht zum Druck beförderte Sätze eines Dilettanten. × Als ein gebildeter Kopf, nicht als Dichter verfaßte Johannes Guthmann *Romantische Novellen* /Berlin, Paul Cassirer/. Er ist modern, er hat aber auch die Greuel des Zirkus im kaiserlichen Rom studiert. × Einige Romane sind noch zu erwähnen. Die Geschichte einer Liebe ist in dem Buch Max Ludwigs *Marianne* /München, Langen/ enthalten. Die Liebe ist unglücklich, da der Jüngling sein Herz einem ohne Hoffnung sterbenskranken Mädchen unterwarf. Max Dreyer schrieb einen Roman *Auf eigener Erde* /Berlin, Ullstein/, dessen löbliche Tendenz vom Landwirt Treue zur Scholle verlangt. Und Dreyer zeigt, daß solche Treue höchst erbaulich mit vorher äußerst ungewissen Verlobungsfesten abschließt. Was eine Variétédame in einem Krähwinkel als *Sommerspuk* für Unheil anrichtet, erzählt Kurt Küchler mit ein wenig Fröhlichkeit und Zotigkeit /Berlin, Boll & Pickardt/. Walter Classen *Fritjof Reimarus, Fünf Tage im Leben der Großstadtleute* /Hamburg, Boysen/: Ein sehr freier Mann, dem das Schreiben sauer wird.

#### × Literatur

Etwas akademisch steif nannte Oskar Walzel die Sammlung seiner Aufsätze *Vom Geistesleben des 18. und 19. Jahrhunderts* /Leipzig, Inselverlag/. Walzel ist aber kein akademischer Sonderling sondern ein gebildeter Schriftsteller mit modernen Launen, der auch historische Arbeiten ohne Überheblichkeit oder Trockenheit betreibt. Erich Schmidt hat in seinen *Charakteristiken* das kultivierteste Beispiel eines Gelehrten gegeben, der über viele Dinge der Poesie für viele Leser und nicht nur für begangene Fachleute schreibt. Georg Brandes ist noch vielseitiger als Erich Schmidt, noch mehr geschult im ersten, wissenschaftlich unangreifbaren Essay die Menge zu erfassen. Walzel ist der

Jüngste, der die Romantik in Sonderstudien durchwanderte. Seiner Liebe sind die romantischen Naturen am nächsten verwandt. *Schiller und die Romantik, Clemens Brentano und Sophie Mereau*: das sind Themen, denen er vorzüglich gewachsen ist. Dann kommen auch ab und zu minderbedeutende Zeitungsansätze, die gut aus dem stattlichen Band gestrichen werden könnten. Von österreichischen Dichtern, von Saar, von der Eschenbach erzählt Walzel, und der eben sehr gefeierte Alexander von Villers, der sein ganzes Leben dilettantisch gestaltete und doch einige der schönsten deutschen Briefe geschrieben hat, wird von Walzel in einer sehr wertvollen Studie charakterisiert.

#### Musik / Hugo Leichtentritt

**Mahlerfeier** Früher als sonst setzte diesmal die Konzertsaison ein. Schon in den ersten Tagen des September brachte der rühmlich bekannte Essener Männergesangverein unter Matthieu Neumann ein sehr klangvolles Präludium mit seinem Konzert in der *Philharmonie*. Der eigentliche erste Akt des großen winterlichen Musikschauspiels lud dann mit der Mahlergedenkefeier an, die von der *Gesellschaft der Musikfreunde* veranstaltet wurde. Eine würdige Feier. Oskar Fried, einer der berufensten Mahlerinterpreten, setzte sein ganzes Können, seine ganze Energie und Begeisterung ein, um Mahlers 2. Symphonie möglichst eindringlich wiederzugeben. Es ist das nämliche Werk, mit dem Mahler selbst im Jahr 1895 als Dirigent und Komponist zum erstenmal in Berlin Aufsehen erregte. Ich erinnere mich aus meinen Studienjahren noch ganz lebhaft des gewaltigen Eindrucks, den diese kolossale Schöpfung auf uns jüngere Musiker alle machte. Die Berliner Kritik war freilich ganz anderer Meinung. Trotz ihres absprechenden Urteils hat gerade diese Symphonie den Komponisten Mahler in der Welt berühmt gemacht. Ein Beethovenschers Trauermarsch leitete die Feier ein, dann sang Messchaert die innigen, ergreifenden *Kindertotenlieder* Mahlers (auf Rückertsche Gedichte), zum Schluß kam die Symphonie. Es verlautet übrigens, daß Fried im folgenden Winter auch die 8. Mahlersche Symphonie auführen will, deren Erstaufführung durch Mahler vor einem Jahr in München so viele Federn für und wider den Künstler in Bewegung gesetzt hat. Zwei bisher unveröffentlichte große symphonische Werke aus Mahlers Nachlaß werden auch demnächst bekannt gegeben werden, teils

durch den Druck teils durch Aufführung, nämlich die 9. Symphonie und das *Lied von der Erde*, in 6 Gesangssätzen mit Orchester, auf altchinesische Dichtungen.

× **Kurze Chronik** In Eisenach fand Ende September ein Bachfest statt, von der *Neuen Bachgesellschaft* veranstaltet. Die Leitung lag in Händen des Berliner Hochschuldirektors Hermann Kretzschmar. Von den zahlreichen Mitwirkenden taten sich besonders hervor ein Madrigalchor unter Leitung Carl Thiels, die ausgezeichnete Klavercinspielerin Frau Wanda Landowska aus Paris. Neben einer langen Reihe Bachscher Kompositionen kamen auch Werke anderer älterer Meister zu Gehör, wie Schein, Eccard, Haßler, Corelli, Joh. Christ. Bach, Phil. Eman. Bach. × Eine Lisztzentenariofeier wird vom 21. bis zum 25. Oktober in Budapest veranstaltet werden. Eine ganze Anzahl ehemaliger Schüler Liszts nimmt daran teil, als berühmteste von diesen Eugen d'Albert, Arthur Friedheim, Moriz Rosenthal, Frédéric Lamond, Emil Sauer, Bernhard Stavenhagen, Sofie Menter, Wjera Timanow. × In München hat Felix Mottl bisher keinen Nachfolger gefunden. Michael Balling soll augenblicklich die besten Aussichten auf den vielumworbene Posten haben. Gustav Brecher, der eine Zeitlang als vorausichtlicher Münchener Hofkapellmeister angesehen wurde, ist bei seinem Münchener Gastdirigieren nicht sehr begeistert aufgenommen worden. Als Kandidaten wurden auch Otto Lohse, Dr. Karl Muck, Max Schillings genannt. × Die Berliner Erstaufführung des Richard Straußschen *Rosenkavaliers* steht in diesem November bevor. Aus der bereits vielbesprochenen amerikanischen *Rosenkavaliertournee* ist nichts geworden, weil der wagemutige Unternehmer die Aussichten schließlich nicht günstig genug fand. × Als vor Jahren die Straußsche *Salome* die musikalische Welt in Aufregung versetzte, da tauchte in Frankreich ein zweiter *Salome*komponist auf, Mariotte. Eine unangenehme Kontroverse erfolgte darauf zwischen den beiden Komponisten. Jetzt wird von einer neuen *Elektra* berichtet, die Gabriel Dupont in Paris demnächst herausbringen will. × Die Berliner *Singakademie* kündigt für diese Saison außer ihren klassischen Repertoirestücken auch mehrere neue Chorwerke an: Wilhelm Bergers *Totentanz*, Walter Braunfels' *Aus der Offenbarung Johannis* und Liszts *Grauer Festmesse*. × Am 5. August waren

100 Jahre seit der Geburt des französischen Opernkomponisten Ambroise Thomas vergangen, der in Deutschland nur durch *Mignon* bekannt ist. An seinem Geburtshaus in Metz wurde eine Erinnerungstafel angebracht. × Einer der wenigen Verfechter der melodramatischen Musik, Max Schillings, hat ein neues Werk dieses Charakters veröffentlicht. Wie sein bekanntes *Hexenlied* ist auch das neue Melodram *Jung Olaf* zu einer Wildenbruchschen Ballade geschrieben.

× **Literatur** Das Buch Felix Auerbachs *Die Grundlagen der Musik*, aus der Sammlung *Wissen und Können* /Leipzig, Barth/ ist eine Ausarbeitung von 11 Vorträgen, die der Verfasser an der Universität Jena gehalten hat. Es beschäftigt sich mit den physikalischen und psychologischen Grundlagen der Musik mehr als mit eigentlich musikalischen Problemen. Die wissenschaftlichen Tatsachen sowohl wie die wichtigsten Hypothesen werden in gründlicher, dabei aber fesselnder und leicht verständlicher Art abgehandelt. Diese *Tonwissenschaft*, wie der Verfasser sie nennt, wird im allgemeinen von den Jüngern der Tonkunst als etwas sehr Trockenes und Unerquickliches gern beiseite geschoben. Nichtsdestoweniger ist diese Tonwissenschaft, wenn man sich einmal zu ihr bemüht hat, etwas sehr Interessantes. Von jedem durchgebildeten Musiker des 20. Jahrhunderts sollte man verlangen dürfen, daß er über die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Kunst ins Reine gekommen ist. Ernsten, wißbegierigen Musikern wird diese Schritt von großem Nutzen sein. × Auf eine andere Seite der Basis unseres gegenwärtigen Musizierens geht Karl Stumpf ein, in seinem Buch *Die Anfänge der Musik* /Leipzig, Barth/. Hier handelt es sich nicht so sehr um physikalische und psychologische Studien als um ethnologische Forschung. Ein ganz neues, erst seit wenig Jahren angebautes Gebiet der Musikwissenschaft ist das Studium der primitiven Volksmusik. Wie die wilden, von europäischer Kunst noch wenig oder gar nicht berührten Völker musizieren, versucht man zu ergründen. Der Phonograph leistet dabei die wichtigsten Dienste. Die Ergebnisse dieses Studiums sind schon jetzt sehr wertvoll und versprechen noch viel mehr für die Zukunft, wenn ein noch umfangreicheres Material erst vorliegen wird. Dem Leser wird hier klar gemacht, daß die exotische Musik, die der unsrigen in jeder Weise

unähnlich ist, keineswegs nur ein wüstes Geschrei, Geplärre ist, wie der Durchschnittseuropäer annimmt, sondern durchaus künstlerische Elemente besitzt, unserer Musik in manchem sogar überlegen ist, wie zum Beispiel in der merkwürdigen Freiheit der Rhythmik. Was die Wissenschaft über die primitive Musik bisher hat feststellen können, beleuchtet Stumpf, ein Meister und einer der Begründer dieser Wissenschaft, in dem vorliegenden hochinteressanten Buch. X Eine Sammlung von 10 Essays über verschiedene musikalische Themata ist J. Alfred Johnstones Buch *Modern Tendencies and Old Standards in Musical Art* / London, Reeves/, durch die als Leitmotiv die konservative Kunstanschauung des Verfassers hindurchklingt. Die Zentenarfeiern Mendelssohns, Schumanns, Chopins gaben ihm Veranlassung zu gehaltvollen Gedenkartikeln über diese Meister. Ein Lieblingsthema für ihn ist das Abwägen von absoluter Musik und Programmmusik gegen einander, das Gegenüberstellen von klassischer und romantischer Kunstauffassung, von Individualität und Exzentrizität. Das positiv Wertvollste in dem Buch sind wohl die Aufsätze *Music in London 250 years ago* und *A Harpsichord Tutor of about 1750*, beide kulturgeschichtlich interessant und fesselnd geschrieben. X Mit seinen *Musikantengeschichten* hat sich Karl Söhle ein eigenes Genre geschaffen. Dazu gehört auch *Der heilige Gral* /Leipzig, Staackmann/, eine Erzählung von köstlichem Humor, für die alle Liebhaber des bodenständigen, knorrigen, niederdeutschen Wesens dankbar sein werden. Eine sehr unterhaltsame kleine Selbstbiographie Söhles ist dem Büchlein beigegeben.

## KULTUR

### Verkehr / Felix Linke

**Untergrundbahnen: Rentabilität** In seinen bekannten Schriften über die Schnellbahnen in Großstädten sucht Richard Petersen nachzuweisen, daß nur in ganz begünstigten und sehr stark frequentierten Gegenden von Weltstädten, also in den Gebieten des allerkonzentriertesten Verkehrs, Untergrundbahnen überhaupt rentabel sein können. Ihre Baukosten seien so hoch, daß in anderen Gebieten an eine Verzinsung überhaupt nicht zu denken sei. Er zeigt an den finanziellen Ergebnissen einiger kontinentaler Stadtbahnen, wie schlecht es damit steht. In London ergibt keine der Bah-

nen eine Dividende von 3 %, in Chicago ergibt nur die *South Side Elevated* 4 %, während die höchste Verzinsung die der Berliner Hoch- und Untergrundbahn mit 5 % ist. Er überschlägt dann weiter, daß Hochbahnen für deutsche Verhältnisse nicht unter 3, Untergrundbahnen nicht unter 6 Millionen Mark für den Kilometer herzustellen seien und kommt zu dem Schluß, daß nur die billige Schwebebahn den berechtigten Anforderungen an Billigkeit der Beförderung sowie Rentabilität entspreche. Das ist ja natürlich, denn Petersen steht an der Spitze der Berliner *Schwebebahngesellschaft*. Man kann Petersen, dessen Schriften sehr aufklärend gewirkt haben, keinen Vorwurf daraus machen, denn er verfolgt seiner Meinung nach das beste und erstrebenswerte Ziel und vertritt vor allen Dingen auch die Forderung der breiten Bevölkerungsmassen: Billigkeit der Beförderung.

In einem Artikel des *Berliner Tageblatts* vom 18. Juli 1911 tritt Professor Blum an die Seite Petersens. Er gießt Wasser in den Wein der günstigen Betriebsergebnisse der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, die bekanntlich im letzten Jahr 5½ % Dividende ausgeschüttet hat. Er meint, daß eigentlich die Dividende hätte viel niedriger sein müssen und rechnet heraus, daß, wenn alles so wäre, wie er meint, sich bisher eine Verzinsung von noch nicht 1½ %, nur im letzten Jahr eine solche von 2,7 % ergeben hätte. Das ist sehr merkwürdig, denn kein Mensch glaubt im Ernst, die Gesellschaft schüttele 5½ % aus, wenn sie nur 2,7 % verteilen könnte. Im Gegenteil, ich weiß aus einer besten Quelle, daß es der Gesellschaft im Grund sehr unangenehm sei jetzt schon so hohe Dividenden verteilen zu müssen; sie würde gern damit warten, wenn sie erst alle ihre Projekte in der Tasche hat. Vorher will sie nicht gern Gelüste an anderer Stelle erregen und tut daher alles, um die Dividende herunterzudrücken. Wenn es ihr darauf ankäme möglichst hohe Dividenden herauszuwirtschaften, würde sie manches nicht tun, was jetzt geschieht, sie würde ihre großen Werkstätten nicht unterhalten, weil sie viel besser wegwäme, wenn sie gewisse Reparaturen und dergleichen durch die nahen großen Berliner Firmen ausführen ließe usw. Vorerst liegt ihr an zu hoher Dividende nichts, später wird sich das Blatt einmal wenden.

Sodann muß man aber auch Professor

Blum, der sich durch seine Gutachten und sein Auftreten gegen die albernen Tunnelprojekte der *Großen Berliner Straßenbahn* um die Stadt Berlin ein Verdienst erworben hat, noch nach anderer Richtung hin widersprechen. Er sieht die Anlage von Stadtschnellbahnen nur von der Seite des kapitalistischen Privatmanns an, während die ganze Berliner Bevölkerung an den Bahnen ein so dringendes Interesse hat, daß es gar nicht so sehr auf die Rentabilität ankommen darf, daß lieber einige Millionen oder sogar einige Zehner von Millionen *à fonds perdu* gegeben werden sollten als daß solche Bahnen nur nach kapitalistischen Gesichtspunkten erbaut werden. Eine häßliche Hoch- oder Schwebebahn verschandelt das ganze Stadtbild, und das zu vermeiden wäre schon einige Millionen wert. Zudem steht die Sache mit der mangelnden Rentabilität gar nicht so schlimm. Wie ein Fachmann in einer Entgegnung im *Berliner Tageblatt* nachweist, sind die Baukosten von Untergrundbahnen in Berlin gar nicht so hoch wie Blum und Petersen annehmen. Der Kilometer Untergrundbahn kostete auf der Berliner Weststrecke  $2\frac{1}{4}$  Millionen Mark, der Kilometer Hochbahn 1,7 Millionen Mark. Nun arbeitete die Untergrundbahn der Weststrecke zweifellos günstig, weil sie breite Straßen zur Verfügung hatte; aber daß es anders sein könnte, tut doch nichts zur Sache. Daß ein Untergrundbahnbau in der Friedrichstraße teurer wird, sieht jeder ein, und wie sich die Stadt da mit der Rentabilität abfinden wird, ist ihre Sache. Weshalb aber in den Außengebieten mit den breiten Straßen sich nicht ebenso billig sollten Untergrundbahnen bauen lassen wie im Westen, ist jedenfalls nicht einzusehen. Auch die Bewohner dieser Straßen haben ein Anrecht auf Schonung ihrer Nerven und darauf, daß ihnen die Gegend nicht zu arg verschandelt wird. Denn daß das Straßenbild durch eine Hochbahn gewinnt, davon kann selbst die Berliner Weststrecke noch nicht überzeugen, die noch immerhin nicht zu den häßlichen Bauten gehört, an sich sogar in manchen Teilen schön ist.

Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß es der Bevölkerung gerade auf eine billige Fahrgelegenheit ankommt. Die Hochbahn würde zweifellos noch viel mehr benutzt, wenn sie billiger wäre. Daß die Fahrpreise erheblich niedriger sein können, beweist die glänzende Rentabilität. Jedenfalls zeigt die ganze Sache wieder,

wie notwendig es ist, daß die Bahnen Allgemeinbesitz werden. Das Verkehrsinteresse ist auch zu stark als daß es dauernd kapitalistischen Gesellschaften anvertraut werden könnte.

X  
**Ofenbergbahn**

X  
Von Zernez nach Schluderns wird eine neue 53,2 Kilometer lange Bergbahn

von 1 Meter Spurweite gebaut werden, die das obere Engadin über den Ofenpaß mit dem Vinschgau verbinden soll. Die Bahn wird sich bei Zernez an die neue Bahnlinie der rhätischen Bahn und bei Schluderns an die Vinschgaubahn anschließen. Sie soll als elektrische Bahn mit Einphasenstrom betrieben werden, ebenso wie die neue Linie der rhätischen Bahn. Die Linie beginnt bei Zernez 1475 Meter über dem Meer, erhebt sich in fast ununterbrochener Steigung auf 1987 Meter beim Anfang des Ofenbergtunnels, rund 18 Kilometer von Zernez, und fällt in der folgenden rund 30 Kilometer langen Strecke bis Glurns auf 922 Meter. Die größte Steigung von 40 ‰ ist auf rund 20 Kilometer Streckenlänge vorhanden, und längere Strecken liegen in Steigungen von 30 bis 36 ‰. Die Bahn erfordert 15 Tunnels von fast 8 Kilometer Gesamtlänge, wovon der längste, der Ofenbergtunnel, in 35 ‰ Neigung liegt. Von größeren Brücken und Talübergängen sind 20 vorgesehen; sie sollen möglichst als gewölbte Bauten ausgeführt werden. Die Strecke berührt 12 Bahnhöfe oder Haltestellen. Von den 15,5 Millionen Baukosten entfällt noch nicht 1 Million auf das rollende Material.

X  
**Unterirdische Fernsprechkabel**

X  
Schneestürme und andere Unwetter haben die Oberleitungen des deutschen Fernsprechbetriebs oftmals in solchem Umfang gestört, daß wochenlang die wichtigsten Fernsprechlinien unbenutzbar waren, und der Verkehr völlig unterbrochen war. Die deutsche Reichspostverwaltung plant daher alle oberirdischen Fernsprechleitungen nunmehr auch außerhalb der Städte durch Kabel zu ersetzen. Das erste Fernsprechkabel soll von Berlin nach Magdeburg und sodann über Hannover nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk verlegt werden. Es wird 75 Leitungen enthalten, so daß in absehbarer Zeit alle wichtigen Städte des genannten Bezirks mit Berlin unmittelbar verbunden werden können. Schon in den Jahren 1848 bis 1850 hatte man unterirdische Telegraphenleitungen

verlegt, im letztgenannten Jahr berichtete Werner Siemens schon von 400 Meilen. Daß man davon wieder abgegangen und zu den überirdischen Leitungen zurückgekehrt war, lag daran, weil man gut isolierte Drähte und Kabel noch nicht in der Güte herstellen konnte, daß sie allen Anforderungen, auch an Haltbarkeit, genügten. Erst viel später war man dazu imstande, nachdem auch die rein elektrischen Apparate solche Verbesserung erfahren hatten, daß man überhaupt Kabel unbedenklich für Telegraphie und Telephonie verwenden konnte.

**X Saharabahn** Ein bemerkenswerter Bahnbau wird in Afrika ausgeführt, nämlich eine Bahn in die Sahara hinein. Algier hat schon ein verhältnismäßig dichtes Eisenbahnnetz, das von vielen Vergnügungsreisenden eifrig benutzt wird. Eine Bahn führt im Süden des Landes bis nach Biskra, der schönsten und kultiviertesten aller Oasen der Sahara. Ein großer Fremdenstrom führt alljährlich dorthin, die Zahl der Besucher hat im letzten Jahr bereits 6000 überschritten. Mit diesen Besuchern haben sich in dieser Oase natürlich auch europäische Hotels und Pariser Moden breitgemacht, während der ursprüngliche orientalische Charakter schon fast ganz verschwunden ist. Das ist vielen Reisenden mit Recht ein Greuel. Denn sie suchen nicht die nervenzerrüttende Unruhe der Weltstadt dort sondern die Stille und den Zauber des Wüstenlands. Sie entschließen sich daher in steigender Zahl noch weiter nach Süden vorzudringen und machen den beschwerlichen Weg durch die Wüste nach der noch unkultivierten Oase Tugurt. Das soll geändert werden; der alte Karawanenweg wird durch eine 210 Kilometer lange Eisenbahnlinie begleitet werden. Die Gegend von Biskra bis Tugurt soll sehr schön und reich an Dattelpalmen sein, von denen nur die halbe Ernte auf den Markt kommen kann, weil es an Transportgelegenheit fehlt. Man hofft die Bahn, deren Bau auf 9½ Millionen Francs Kosten geschätzt wird und bereits finanziert ist, bis Oktober 1914 fertigstellen zu können. Wer dann noch Ruhe haben will, muß noch einige hundert Kilometer südlich ziehen und die dortigen Oasen (Quargla usw.) aufsuchen.

**X Vereinigte Staaten Eisenbahnen** Das letzte Jahrzehnt hat den Verkehrsmitteln der Union eine gewaltige Ausdehnung und Steigerung gebracht. Nach dem *Statistical Abstract* 1910 betrug die

Länge der Bahnen in der Union im Jahr 1900 312 000 Kilometer, Ende 1909 aber 382 000 Kilometer. Was das besagt, mag man daraus ermessen, daß das deutsche Eisenbahnnetz Ende 1909 nur 60 089 Kilometer Länge hatte, Haupt- und Nebenbahnen zusammengenommen; dabei hat Deutschland das zweitgrößte Eisenbahnnetz der Erde. Die Zahl der amerikanischen Lokomotiven betrug 1900 37 663, 1909 aber 57 212. Eisenbahnwagen waren in Benutzung 1900 1 450 838, 1909 dagegen 2 218 280, wovon 2 073 606 Güterwagen, 45 584 Personenwagen und 99 090 andere Wagen waren. Die Ladefähigkeit der Güterwagen betrug im Durchschnitt 35 Tonnen. Das Personal, einschließlich Arbeiter, belief sich 1900 auf 1 017 653, 1909 auf 1 502 823 Personen, die im erstgenannten Jahr 2 430 000 000 Mark, im letztgenannten 4 130 000 000 Mark Löhne und Gehälter bezogen. Die Zahl der Passagiere betrug 1900 576 831 251, 1909 891 472 425. Die Zahl der Personenkilometer stieg innerhalb des Zeitraums von 16 auf 29 Milliarden, die der beförderten Tonnen von 870 auf 881 Millionen Tonnen, das Kapital der Eisenbahngesellschaften von 48,3 auf 73,5 Milliarden Mark, die gezahlte Dividende von 500 auf fast 1000 Millionen Mark. Unter den beförderten Gütern stehen die bergbaulichen Erzeugnisse an Masse weit voran; Fabrikate bildeten nur den 4. Teil. Dann folgten in absteigender Reihe Forstprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Tierprodukte.

**X Kurze Chronik** Das Berliner Nord-südbahnprojekt erfährt weitere unabsehbare Verzögerungen. **X** In Deutschland ist im Verkehr zwischen den großen Städten das **Brieftelegramm** versuchsweise eingeführt worden. Brieftelegrame sind Briefe, die über Nacht gegen die geringe Gebühr von 1 Pfennig pro Wort an den Bestimmungsort telegraphiert werden, so daß sie mit der ersten Post dort bestellt werden können. **X** Die selbsttätigen **Blocksignale** auf der Londoner Untergrundbahn, deren etwa 1000 vorhanden sind, haben sich in mehrjährigem Betrieb vorzüglich bewährt. Diese 1000 Signale haben jährlich rund 400 Millionen Bewegungen auszuführen, wobei nach den sorgfältigen Aufzeichnungen der Überwachungsstellen nur ein Versager auf rund 650 000 Signalbewegungen kommt. Auch bei einem Versagen des Signals kann der Zug nur aufgehalten, nicht gefährdet werden. Auf der Distriktseisenbahn werden trotz verwickelter Betriebs-

verhältnisse stündlich 38 und auf der Hampsteadstrecke 42 Züge auf jedem Gleis abgefertigt. X In der Südmandschurei werden andauernd große Hafenhäfen ausgeführt. In Dalny, Port Arthur, Antung ist die südmandschurische Eisenbahngesellschaft außerordentlich rührig, in Niutschwang soll der Liaofluß reguliert werden, und den Ausbau des eisfreien Hafens in Hulutau haben die chinesischen Behörden ohne Rücksicht auf die Ausführung der Tschintschu-Tsitsihar-Aigun-Eisenbahn ganz energisch in die Hand genommen. Es wird der Anschluß an die chinesische Nordbahn in Lienshan hergestellt. Der Hafen wird nicht bloß dem Dschunkenverkehr dienen sondern auch für allergrößte Ozeandampfer zugänglich sein. Die Materialbestellungen sind in England und den Vereinigten Staaten erfolgt. An dem Bau arbeiten bereits 4000 Kulis. Die Hafenanlage ist ersten Ranges und offenbar dazu bestimmt den Verkehr möglichst von dem japanischen Dalny abzulenken. Hulutau ist der natürliche Hafen für den wichtigen Verteilungsplatz Tschintschufu; seine Hauptbedeutung aber würde erst durch den Bau der wichtigen Linie Tschintschufu-Tsitsihar recht zur Geltung kommen. X In Erwartung enger Handelsbeziehungen zwischen Kanada und der Union, die nunmehr durch den Ausfall der Wahlen in Kanada einen starken Stoß erlitten hat, haben die Bahngesellschaften beider Seiten bereits große Operationen vorgenommen, die besonders die Erwerbung von Verbindungsbahnen im Auge haben. Es soll vor allem eine Menge Zweiglinien erbaut werden.

## DIVERSA

### Notizen

**Kinderrente und freie Liebe** Frau Dr. Hope Bridges Adams Lehmann bezeichnet in ihrem Artikel *Mutterschutz* (in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1242 ff.) als »gordischen Knoten der ganzen Frage«, als ein »ungelöstes und unlösliches Problem« die angebliche Unmöglichkeit ökonomischer Sicherstellung der aus freiem Sexualverkehr entspringenden Kinder: »Das Kind bleibt unversorgt, und wir werden sehen, daß nur die dauernde Verbindung [nämlich von Vater und Mutter in der Ehe oder Ehe ähnlicher Form] das Recht des Kindes wahren kann.« Gerade für dieses Problem hat aber die Mutterschutzbewegung eine meines Er-

achtens mindestens im Prinzip grundlegende Lösung gefunden, und zwar in Gestalt der Mutterschaftsrentenversicherung, deren die Autorin allerdings dort, wo sie die Forderungen der Mutterschutzbewegung aufzählt, nicht Erwähnung tut.

Was von den Leitern der Mutterschutzbewegung unter der als eines der Hauptziele aufgestellten Mutterschutzversicherung gedacht war, ist keineswegs nur die Entbindungsversicherung, in welche Form die bürgerliche Frauenbewegung nachträglich die populär gewordene Mutterschaftsversicherung übernommen hat, sondern eine dauernde Kinderrente. In dem ersten offiziellen Programm des Bundes für Mutterschutz hieß es unzweideutig: »Endlich aber ist die (eheliche wie uneheliche) Mutterschaft überhaupt ein für die Gesellschaft so außerordentlich wichtiger Faktor, daß es dringend erwünscht erscheint sie nicht mit all ihren Konsequenzen ausschließlich der Privatfürsorge zu überlassen. Im Interesse des Allgemeinwohls muß vielmehr eine allgemeine Mutterschaftsversicherung erstrebt werden, deren Kosten durch Beiträge beider Geschlechter sowie durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln aufzubringen sind. Diese Versicherung muß nicht nur jeder Frau für den Fall ihrer Schwangerschaft Bereitstellung zureichender ärztlicher Beihilfe und sachkundiger Pflege während der Zeit der Niederkunft gewährleisten sondern auch weiter die Erziehung des Kindes bis zu dessen Erwerbsfähigkeit sicherstellen. Näher ausgeführt ist das Projekt dann in einem Aufsatz von Dr. W. Borgius, der in der Zeitschrift *Mutterschutz*, 1906, pag. 149 ff., erschien. Später hat man, mit dem Wachstum der vor allzu radikalen Gedanken zurückschreckenden Mitläuferschaft, diesen Programmpunkt allerdings etwas unter den Tisch fallen lassen, und in den offiziellen Forderungen des Mutterschutzverbands figuriert er meines Wissens gegenwärtig nicht mehr. Immerhin ist es eine Forderung der Mutterschutzbewegung, die von vielen ihrer Anhänger auch heute noch nachdrücklich vertreten wird. In der Tat scheint mir die Kinderrente allein den sonst unlöslichen Widerstreit zwischen freier Liebe und Existenzsicherheit des Kindes zu lösen, und zwar in einem durchaus sozialistischen Sinn. Deshalb wollte ich hier noch kurz auf dies Projekt hinweisen.

CURT HARTWIG